

110 - 10153

153 Pisku

12.11.2008

Paluden

ZENTRALVERBAND DER INDUSTRIE FÜR BÖHMEN UND MÄHREN

Prag II, Graben 14. Fernruf: Ortsverk h 266-51* 205-41*

Drahtanschrift: Zentralindus 1

Fernruf Fernverkehr: 26158-9

An das

Ministeramt,

Prag IV.,
Czernin-Palais

Gehem

Ministeramt

Eing: -5 DEZ 1944

Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen

PRAG

Dr. Schl./Kr. 1491/44g. 4. Dezember 1944

Betreff:

Bei der Antwort bitte Zeichen
und Geschäftszahl wiederholen

Unter Bezugnahme auf den Vortrag des Herrn Dr. Adolf beim Herrn Staatsminister am Samstag, den 2.12.1944 übersende ich beiliegend das Protokoll über die Sitzung des Rüstungskommandos Brünn vom 27.10.1944 mit der Bitte, es dem Herrn Staatsminister unter Hinweis auf die Seite 10 auf 11 vorzulegen.

Beilage.

Heil Hitler!
Zentralverband der Industrie
für Böhmen und Mähren
Präsidialbüro

Schleyer
/Dr. Schleyer/

Mini Vortrag 7. 12. 44

2

24431



THIS INSTRUMENT IS FILED

OKLAHOMA
STATE BOARD OF HEALTH

11

OKLAHOMA
OKTOBER

10

100 90 80 70 60 50 40 30 20 10 0

[Faint, illegible handwritten text in green ink, possibly a signature or notes.]

Rüstungskommando

Br ü n n

Br.b.Nr.: 5681/44 geh.

G e h e i m !

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung mit den Lw.- Verlagerungs-
betrieben am 27. Oktober 1944.

Klößner-Deutz Feinbau Ges.m.b.H., Brünn, Radetz-
kygasse 15.

4

- 1.) Verlagerung Auerberg Blanz -
keine Schwierigkeiten.

- 2.) Wattefabrik Austerlitz.
Keine Schwierigkeiten.

- 3.) Schloßbrauerei Raitz.
Keine Schwierigkeiten. Einrichtungsgegen-
stände für Baracken sind eingelangt. Die
2 Lastwagen sind auf Holzgas umgebaut.

1917

Waffenwerke Brünn A.G., Werk Brünn.

1.) Malzfabrik Raigern.

Arbeiten sind beendet, keine Schwierigkeiten.

2.) Hutstumpenfabrik Vafek & Břinek, Raigern.

Arbeiten sind ebenfalls beendet, keine Schwierigkeiten, Trafostation in Betrieb genommen.

Für die beiden Objekte in Raigern beantragt die Firma Zuweisung eines Lkw (2 - 3 to) in der Hauptsache um durch größere Bevorratung als bisher einen ununterbrochenen Ausstoß zu bewerkstelligen. Der Betrieb hatte für diese Zwecke einen schweren Wagen der von der Transportstaffel aber zu anderweitigem Einsatz abgezogen werden mußte. Der Vertreter der Transportstaffel wird den Wunsch des Betriebes dem Leiter der Transportstaffel 122, Stbf. Dorsheimer, vortragen und den Betrieb noch am 28.10.44 die Entscheidung mitteilen.

TuV

Tr.St. 122

3.) Neu zugewiesen Zuckerfabrik Rohrbach.

Mit den Bauarbeiten ist am 9.10.44 begonnen worden mit 40 Bauarbeitern, die von den Objekten in Raigern abgezogen wurden. Darüber hinaus werden weitere 40 Bauarbeiter benötigt und zwar:

- 15 Maurer
- 5 Zimmerleute
- 5 Betonfacharbeiter

und 15 Hilfsarbeiter.

Fertigstellungstermin Mitte Dezember 1944. Der Bauantrag läuft, die Begutachtung des Zweckverbandes steht noch aus und wird vom Rü Kdo angelehnt. Die Firma wird im Einvernehmen mit Rü Kdo Brünn die Einstufung des Baues in das Middelstbauprogramm zu erreichen suchen, da sonst keinerlei Aussicht besteht, Arbeitskräfte für das Objekt zu erhalten. Für die Bauarbeiten wird dringend ein schwerer Lkw zum Kiesfahren benötigt. Es wird abbesprochen, daß sich der Transportbeauftragte des Betriebes mit Transportstaffel 122 ins Benehmen setzt, um das Notwendige zu vereinbaren.

OT

E 3

Firma

TuV

Firma

Veranlassende
Dienststelle:

Für die Heizungsanlagen fehlen noch 30 Luffterhitzer und 600 m Rohrleitung. Die Firma beabsichtigt diese fehlenden Teile aus Gurein zu überführen, soweit sie dort nicht benötigt werden aus den Gebrauchtteilen die seinerzeit Klöckner zur Benützung überlassen wurden. Diese Frage kann in der heutigen Sitzung nicht entschieden werden, da die vertraglichen Unterlagen hier nicht bekannt sind. Die Firma wird angewiesen, ihren Werksbeauftragten mit den Werksbeauftragten von Klöckner in Verbindung zu bringen, um im unmittelbaren Einvernehmen eine Entscheidung herbeizuführen.

Firma
E 3

4.) Als weitere Verlagerungsobjekte hat die Firma beantragt

Fa. Gebr. Smrčka in Mähr. Budwitz. (2500 m²).

600 m² in der Lederfabrik Osvačil, Mähr. Budwitz.

Zuweisung des Sokolheimes in Mähr. Budwitz. - (1300 m²) - wurde abgewiesen.

Waffenwerke Brünn - Beranobjekt - 3000 m².

Flugmotorenwerke Ostmark GmbH., Brünn - Löscherstrasse

1.) Objekt Michalskogrotte.

Keine Schwierigkeiten, läuft normal.

2.) Kulnhöhle.

Das Holz für die Wand ist angeliefert und bereits verbaut. Für die Errichtung einer Zwischendecke werden weitere 150 m³ Holz benötigt, die durch Holzscheine abgedeckt und von denen 120 m³ sicher gestellt sind, um den Rest ist die Firma bemüht. Für den Antransport des Holzes werden 20 - 25 Lkw-Fahren erforderlich sein. Der Betrieb wird schnellstens an die Transportstaffel herantreten, um mit den Kpf. Schupp in Ubetz-Schule sich ins Benehmen zu setzen und über den Ausgang der Verhandlung dem Rū Kdo Brünn schnellstens Meldung erstatten.

Firma

Tr.St.122

TuV

E 3

Bauarbeiter werden zusätzlich nicht benötigt. Der im vorigen Protokoll gesetzte Termin 7.10.44 wurde eingehalten. Es sind 91 Maschinen überführt, davon sind 11 angeschlossen. Ab 10.11.44 wird auf volle Touren gearbeitet. Eine Waschbaracke ist in Aufstellung begriffen. Wasserfrage ist gelöst.

3.) Objekt Schoschuyka-Höhle - entfällt.

4.) Objekt Backofenhöhle - unverändert, vorläufig zurückgestellt.

5.) Auslass-Höhle.

Baulich bis auf Restarbeiten fertig. Es hat sich gezeigt, daß der vom Baubevollmächtigten genehmigte Fußboden nicht entspricht und sich durch den Verkehr eine ungeheure Staubentwicklung zeigt, die sich auf die Maschinen schädlich ausgewirkt hat. Die Firma wird beantragen, daß ein Zementestrich hergestellt wird. Ein entsprechender Antrag wird von der Firma noch eingereicht. Transportschwierigkeiten liegen nicht vor.

Firma

Veranlassende
Dienststelle:

Bezüglich der Autobusverbindung hat die Firma mit BMB verhandelt und es wurde ihr zugesagt, daß der Verkehr verstärkt wird, sobald eine größere Belgenschiff in Anslas beschäftigt wird.

Firma
TuV

6.) Rastelbinderhöhle.

Erweiterungsbau geht weiter. Fertig sind 1020 m², weitere 200 m² sind freigelegt, das endgültige Objekt ist mit 2000 m² insgesamt ins Auge gefasst. Aufgestellt sind 90 Maschinen, die 68 Maschinen der Lapperei sind noch nicht überführt, da die Beschädigungen infolge des Bombenangriffes am 25.8.44 noch nicht behoben sind.

7.) Stierfischhöhle.

In den baulichen Arbeiten ist insofern eine Verzögerung eingetreten, als sich herausgestellt hat, daß die Holzkonstruktion, die für die Zwischendecke geplant war, infolge der Petroldämpfe der Prüfstände nicht ausgeführt werden kann. Die geplanten Stützen müssen durch Eisenbetonstützen ersetzt werden. Die Neuplanung ist in der Ausarbeitung und wird ehestens zur Vorlage nach Berlin gehen. Der Betrieb rechnet damit, daß Ende November, wenn Eisen zeitgerecht herankommt, der Umzug in die Höhle vorgenommen werden kann. Die Wohnbaracke ist aufgestellt.

Firma

8.) August.

Mit der Errichtung der Luftschutzräume wird kommende Woche begonnen. Die Schwierigkeiten im Berufsverkehr bestehen nach wie vor und die Zugverspätigungen können aus bekannten Gründen auch kaum beseitigt werden. Es wurde der Firma nahegelegt, durch Kasernierung der infrage kommenden Gefolgschaftsmitglieder den zeitlichen Schanden zu beseitigen und die Firma hat auch bereits in Reichmannsdorf entsprechende Objekte in Aussicht. Schwierigkeiten bestehen noch in der Einrichtung dieser Objekte, die Angelegenheit wird weiter verfolgt.

Firma

E 3

Veranlassende
Dienststelle:

9.) Benno.

Die Neutralisationsanlage ist baulich fertiggestellt. Heizungsanlage fertig. Kompressoranlage in Betrieb. Mit den Luftschutzmaßnahmen ist bereits begonnen. Wegen der noch bestehenden Schwierigkeiten in den Fernsprechverbindungen wird sich das Rü Kdo nochmals einschalten.

Z I c

Die Firma bringt zur Sprache, daß sehr oft die für sie beordneten Holzgas-Lkw ohne Treibstoffe kommen und von der Firma Tankholz verlangen. Zur Regelung dieser Frage wird sich die Transportstaffel 122 mit Kpf. Schupp ins Benehmen setzen.

Tr.St.122
TuV

Betreffs Anlieferung des Sandes per Eisenbahn wird die Firma eine Planung dem Rü Kdo Vorlegen.

1947

Klöckner-Deutz-Motoren A.G., Brünn, Werk Gurein

Veranlassende
Dienststelle:

1.) Julius Meyerhofer, Lettowitz.

Keine Schwierigkeiten, Heizung fertig.

2.) Beer & Römer, Zwittales.

2/3 der Bezugsrechte des Verdunkelungsstoffes abgedeckt, Rest fehlt. Zweckverband hat die Nachlieferung des Restes zugesagt. Rü Kdo wird sich einschalten. Heizungsbau fertig.

E 3

3.) Halle G Gurein.

Baulich abgeschlossen. Der vorgeschriebene Einbau von 2 Brandmauern ist noch mangels Bauarbeiten nicht beendet. Fertigstellung 31.10.44.

OT

4.) Johann Matuschka, Proßnitz (landw.Malzfabrik)

Heizungsanlagen zu 90 % fertiggestellt. Termin für die Aufstellung der Baracke konnte nicht eingehalten werden, da Arbeitskräfte nicht ausreichend zur Verfügung standen. Wenn die angeforderten Kräfte zugewiesen, erklärt Firma die Baracken innerhalb 10 Tagen zu erstellen.

Firma

OT

5.) Mähr. Speditionsbetriebe Josef Müller, (Brauerei Schwarzenberg).

Der abgebrannte Dachstuhl konnte mangels Arbeitskräfte nicht begonnen werden. Die beauftragte Firma aus Schwarzenberg müßte durch Zuweisung der fehlenden Arbeitskräfte (Zimmerer) unterstützt werden.

Firma

OT

6.) Kontropa, Skalitz /a.d.Zwitta.

Die restlichen Bauarbeiten werden durchgeführt. Weitere Maschinen werden nicht überführt, da Zementfußboden noch nicht endgültig fertiggestellt ist. 1 Wohnbaracke und 1 Wirtschaftsbaracke bereits erstellt, 2 und 3 Wohnbaracke in Aufstellung. Fertigstellung hängt von der Zuweisung von Arbeitskräften ab. Heizungsanlage Schwierigkeiten infolge Verbotes in Verkauf von Heizrohren.

Firma

OT

Firma

Ot

- 7.) Zuckerfabrik Kostel.
Anlauf hängt ab von der Beistellung von Bauarbeitern. Baracken sind noch nicht aufgestellt infolge Fehlens von Arbeitskräften.
- 8.) Kostel - 6 Prüfstände.
Die Überdachung ist im Bau. Betreffend Beistellung des Druckreglers wird die Angelegenheit vom RLM direkt gesteuert. Verhandlungen werden direkt von der Firma geführt.
- 9.) Klammhütte der BMM Blanz.
Der Zuweisungsantrag ist vom Hauptdienstleiter Sauer zurückgezogen worden. Antrag auf Zuweisung von Ausweichobjekten ist gestellt.
- 10.) Brodek, Proßnitz.
17 Bauarbeiter und 73 Hilfsarbeiter fehlen, können von OT nicht gestellt werden, dadurch wird die Fertigstellung des Objektes verzögert. Die Bauarbeiten im Wohnhaus der Zuckerfabrik noch nicht begonnen, da Arbeitskräfte fehlen. Wohnbaracken eingetroffen und im Bau.
- 11.) Zuckerfabrik Niemtschitz.
Keine Schwierigkeiten, Objekt bereits belegt.
- 12.) Schloß Raitz.
Objekt belegt, keine Schwierigkeiten.
- 13.) Bauvorhaben Topas eingestellt, Bauvorhaben Flußpat am 15.10.1944 in Angriff genommen.

Grundsätzliche Schwierigkeiten:

a/ Bau:

Trotz wiederholter Vorstellung bei der OT ist es bis jetzt nicht gelungen, die erforderliche Anzahl von Bauarbeitern für die Objekte Skalitz, Brodek und Kostel zu erhalten. Es werden benötigt:

- 50 Maurer
- 60 Hilfsarbeiter
- 20 Zimmerer.

Die Fertigstellung ist von der Beistellung der angeforderten Arbeitskräfte abhängig.

Verdunkelungen können weiter keine durchgeführt werden, da die Kontingente für den Verdunkelungsstoff bisher nicht abgedeckt wurden. Rü Kdo wird sich bei Zweckverband einschalten.

b) Energie:

Elektrizitätsmäßig keine Schwierigkeiten. Heizungsmäßig war durch verspätete Zuteilung der Baunummern keine Möglichkeit, die Kontingente rechtzeitig unterzubringen. Ein Verbot des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit Nr. 593 Fe C 11 ist ergangen, welches die Verwendung von Rohren, Siederöhre und Siederohrbögen bis zu 2 Zoll nicht zuläßt. Sachbearbeiter Nossek, Überwachungsstelle beim Minister für Wirtschaft und Arbeit lehnt Vorsprachen ab und fordert Einhaltung des Dienstweges. Die Firma wird entsprechenden Antrag beim Rü Kdo einreichen. Die Auslieferung der Großraumluftreither hängt von der Beistellung der Elektromotoren durch die Fa. Svet ab. Wie der Firma Klöckner zur Kenntnis kam, können aus einer Bulgarienlieferung, die zur Zeit in Fertigung ist, die erforderlichen Motoren ausgeliefert werden. Die Firma legt entsprechende Unterlagen dem Rü Kdo vor, welches seinerseits bei Fa. Svet das Weitere veranlassen wird.

Firma
E 3

E 3

c) Wasser:

Zur Wasserversorgung für die Unterkünfte fehlen insgesamt 6 Stück Großwasserversorgungsanlagen. Die Firma wird entsprechende Unterlagen dem Rü Kdo zur weiteren Veranlassung vorlegen.

Firma
E 3

d) Transport:

Um mit den vorhandenen Holzgas-Lkw im Winter Steigungen überwinden zu können, ist es notwendig, zusätzlich Spritzvorrichtungen für Brennstoff vorzusehen. Rü Kdo wird die Frage noch klären.

TuV

Die Firma benötigt zusätzlich 4 Stück Dieselsowie 5 Stück Holzgas-Pkw. Bezügliche Anträge werden eingebracht.

TuV

Mappe Antoll

13

1.) Arbeitseinsatz.

Die Arbeitseinsatzfrage ist momentan geklärt, neue Kräfteanforderungen werden fristgerecht vorgelegt werden. Die Frage des Austausches der Arbeitskräfte mit Letov Prag und Flugmotorenwerke Oetmark Brünn-Lösch ist bereinigt.

Z Ib

2.) Unterkunft.

In den Barackenlagern sind zur Zeit untergebracht 5200 Gfm., einschließlich 1400 Bauarbeitern. Zur Zeit sind noch unbelegt 112 Betten. Wenn die bereits in Angriff genommenen Baracken aufgestellt und vollständig ausgerüstet sind, die Massivbaracken vollständig trocken und ebenfalls eingerichtet sind, können weitere 770 Gfm. untergebracht werden. Die Bauarbeiter, die jetzt noch in den Wohnbaracken untergebracht sind, könnten in den aufgestellten Otto-Hütten untergebracht werden aber unter der Voraussetzung, daß die Einrichtungsgegenstände die jetzt noch vollkommen fehlen, beschafft würden. Die Beschaffung der noch fehlenden Einrichtungsgegenstände war Gegenstand der Besprechung in Prag am 26.10. 1944, die vom Rüstungsobmann angeregt und geleitet wurde. (Lt. angeschlossener Abschrift des Protokolls). Fl.Haupting. Grundmann wird die Beschaffung bei den zuständigen Prager Dienststellen weiter betreiben.

Firma

Fl.Hpt.Ing.
Grundmann

3.) Die Klagen über die hygienischen Verhältnisse in der Kantine und Werkküche muß der Betrieb zugeben. Er weist darauf hin, daß es sich hier lediglich um behelfsmäßige Maßnahmen handelt und in etwa 14 Tagen werden durch die Erstellung der endgültigen Einrichtungen die gerügten Mängel in Fortfall kommen.

Firma

In der Sitzung vom 26.7.44 war der Firma vom Rü Kdo Brünn bereits auf die notwendige Freizeitgestaltung und die geistige Betreuung der Gfm. hingewiesen worden. Die Firma hat seinerzeit

die Einsetzung eines besonderen Sozialbeauftragten zugesagt, jedoch mußte auf Grund der Verhandlungen mit der Gewerkschaft Niederdonau die Betreuung den DAF-Obmännern überlassen werden. Es haben wiederholt kameradschaftliche Abende stattgefunden, jedoch fehlt immer noch die dringend notwendigen Rundfunk- und Lautsprecheranlagen. Die Betriebsleitung wird bemüht sein, von dem Stammwerke freie Geräte zu beschaffen.

Firma

4.) Die Transport- und Verkehrsverhältnisse sind in den letzten Tagen in mehreren Teilbesprechungen erörtert worden, (siehe anliegende Abschrift vom 20. und 21.10.1944). Infolge der auf Grund dieser Besprechungen getroffenen Maßnahmen liegen besondere Schwierigkeiten zur Zeit nicht vor. Infolge Reifenmangels mußte die Omnibusverbindung Tischnowitz - Neudorf eingestellt werden. Die Firma wurde angewiesen, sich zunächst mit der BMB und der Direktion der Brünner Straßenbahn ins Benehmen zu setzen wegen Zuteilung von Omnibussen für diese Linie. Die Firma wird dem Rti Kdo über ihren Erfolg ehestens berichten.

Firma

TuV.

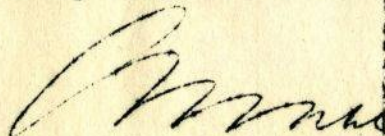
5.) Aus den vorhandenen Kfz.-Beständen ist es unmöglich, für die Objekte Kricans Lkw abzuzweigen. Der Betrieb wird zunächst die Frage klären, ob dies Objekt gegebenenfalls etwas zurückgestellt werden kann. Wenn dies nicht der Fall ist, können Lkw nur durch eine weitere Sonderaktion zur Verfügung gestellt werden. In etwa 14 Tagen dürfte es möglich sein, aus den jetzt für Tischnowitz eingesetzten Wagenbeständen einige für Kricans abzuzweigen. Die Klärung vorstehender Frage wird der Betrieb dem Rti Kdo melden.

Firma

TuV

E 3

Der Rüstungskommandeur Brunn:



(Oswald)
Oberst

Rüstungskommando Brünn
d. RM. f. R. u. K.
Z Gr. TuV

Brünn, den 20. Oktober 1944

Niederschrift

über die Besprechung am heutigen Tage, 20.10. 44.

Betrifft: Gründe der Terminverzögerung beim Eisenbahnbau bei "Diana" Tischnowitz.

Anwesend: Oberst Oswald, Rüstungskommandeur Brünn
Hptm. Dietrich, TuV, Brünn
Oberst a.D. von Schrötter, Firma Diana
Haupting Grundmann, Werksbeauftragter der "Diana"
Baurat David, O.T. Obltg. Brünn
Bauleiter Bienek, O.T. Obltg. Brünn
Sturmführer Rauhut Transportcorps Speer, Brünn
Obering. Elber beim Werksbeauftragten d. Diana.

Zunächst gibt Bauleiter Bienek einen Bericht über den heutigen Stand der Bauarbeiten. Nach seiner Ausführung entfallen auf

| | | | |
|---------------|---------|------------------|---------------------------|
| Erdarbeiten | 25 v.H. | Hiervon fertigt: | 90 v. H. = 22.5 v. Ganzen |
| Gleisarbeiten | 30 v.H. | " " | 40 v. H. = 12 v " |
| Unterbau | 45 v.H. | " " | 40 v. H. = 18 v. " |
| | 100 | | 52.5 |

Aus der Aussprache ergibt sich, daß nachstehende Gründe für die nicht-termingemäße Fertigstellung der Bahn maßgebend waren:

- 1.) Mangel an geeigneten Kfz.
- 2.) " " Treibstoff,
- 3.) Ausfall von Arbeitsstunden.

zu 1.) Bauleiter Bienek hat täglich an Verbindungsführer Dorsheimer den Stand an Kfz gemeldet und auf den Mangel an geeigneten Fahrzeugen hingewiesen. Diese Meldung erstattete er außerdem wiederholt an Fliegerhaupting. Grundmann und Staffelführer Otruba. Es sollten etwa 25 Lkws auf der Baustelle sein, durchschnittlich waren jedoch 3 vorhanden. Laut Mitteilung des Sturmführer Rauhut hat Verbindungsführer Dorsheimer wiederholt Fahrbereitschaftsleiter Eckel und Staffelführer Otruba um Abhilfe gebeten. Lange Zeit ohne Erfolg. Erst durch eine Sonderaktion von Fahrbereitschaftsleiter Eckel und Staffelführer Dorsheimer ist es gelungen aus dem Bereiche Mähren ab 18.9. 1944 allmählich 15 Lkws hereinzubekommen.

Fl.Hpt-Ing. Grundmann hat die Beschwerden immer gleich an Fahrbereitschaftsleiter Eckel und Verbindungsführer Dorsheimer weitergeleitet und schließlich den Adjutanten des Brigadeführers Kießling beim Eisenportkorps Speer Berlin, Obersturmführer Lederer eingeschaltet und um Beistellung von 2 Zügen zu je 15 mittleren Lkws mit Anhängern gebeten. Er hat auch bei Oberbürgermeister Judex wegen Durchführung von Straßenkontrollen vorgesprochen und wurde an Fahrbereitschaftsleiter Eckel verwiesen. Zur Durchführung dieser Kontrolle ist es jedoch nicht gekommen, weil inzwischen das Anrollen eines Zuges Lkw gemeldet wurde.

Dieser Zug ist am 20.10. angekommen, bestehend aus 19 Lkw zu je 2 to. Diese Lkws sind für den Bahnbau allerdings nicht brauchbar und es muß versucht werden, sie gegen werks eigene Wagen der Diana umzutauschen, die eine Tragfähigkeit von mindestens 3 to besitzen. Fliegerhaupting. Grundmann hat über die Schwierigkeiten beim Bahnbau außerdem direkt an Rüstungstab (Herr Lange) berichtet.

zu 2.) Über den Benzinmangel wurde fortlaufend von Beuleiter Biemek an Fl.-Hpt.-Ing. Grundmann und Verbindungsführer Dorsheimer berichtet. Fl.-Hpt.-Ing. Grundmann hat schließlich auch Transportcorps Speer, Hauptsturmführer Bläser, Berlin eingeschaltet. Die Benzinzufuhr und die Zuteilung von Diesel-Treibstoff erfolgt nunmehr in größerem Ausmaße als bis früher.

zu 3.) Der Ausfall an Arbeitsstunden entsteht dadurch, daß die Arbeitskräfte sehr unregelmäßig zur Sonntagsarbeit kommen und sich nach jedem Fliegeralarm verlaufen und erst nach langer Zeit wieder auf der Arbeitsstätte erscheinen.

Abschließend kann gesagt werden, daß die Hauptursache der Terminverzögerung in dem katastrophalen Zustande der beordneten Kfz. liegt, die in der Regel noch bevor sie die Baustelle erreichen reparaturbedürftig sind. Die Reparatur selbst dauert unverhältnismäßig lange, weil es sich um uralte Typen handelt, für die oft keine Ersatzteile zu beschaffen sind. Auch die Reifen dieser Fahrzeuge befinden sich in der Regel in einem ganz elenden Zustand.

Der Rüstungskommandeur Brünn

gez. Oswald

Oberst

über die am 21.10. 1944 beim RÜ Kdo Brünn stattgefundene
Besprechung (Fa. D i a n a)

17

Betrifft: Zusätzlicher Einsatz schwerer Lkw beim Eisenbahnbau
Tischnowitz.

Anwesend: Oberst Oswald, Rüstungskommando Brünn
Hptm. Dietrich, " , Sachbearb. TuV Brünn
Baurat Krechl, O.T. Obltg. Brünn
Fl-Hpt-Ing. Grundmann, Werksbeauftragter der Diana
Gr.-Fahrbereitschaftsleiter Eckel, R.A.V. Brünn
Verbindungsführer Dorsheimer, Transportcorps Speer
Oberstf. Finkenhauer, Transportcorps Speer
Stf. Glaser " " .

Sturmführer Glaser berichtet zunächst über den dztg. Einsatz-
stand an schweren Lkw bei dem Bausektor Diana Tischnowitz.

Es stehen zur Verfügung:

4 schwere Zgm. (Spezialfahrzeuge f. Schienentransport)
mit Anhängern,

1 8-to Lkw der O.T.

1 6-to Lkw Marke Tatra

Ab 23. 10. 44 sollen zusätzlich - vorläufig auf die Dauer von 6 Ta-
gen) eingesetzt werden:

3 schwere Lkw (5-to)

die vom RÜ Kdo Brünn im Einvernehmen mit Gruppenfahrbereitschafts-
leiter Eckel für Diana beordert werden u. zwar je 1 Kfz von Waffen-
werke Waetin, Polak & Hopp, Jglau und Sigmund-Chema, Olmütz.

Gr.-Fahrbereitschaftsleiter Eckel beordert außerdem im Einvernehmen
mit Verb.-Führer Dorsheimer noch 3 schwere Lkws von der Fa. Maresch,
die derzeit für die Waffenwerke Gurein fahren und 1 schweres Lkw von
Frächter Raval, der dzt. für Klöckner Gurein fährt nach Tischnowitz.

Stf. Glaser erklärt als verantwortlicher Beauftragter f.d. Trans-
portwesen in Tischnowitz, daß durch die zusätzliche Beorderung von
7 schweren Lkws und durch den Einsatz der Kolonne Finkenhauer mit
19 Lkw (2,5 to) das Auslangen gefunden werden wird.

Baurat Krechl erklärt, daß der Bahnbau beim Einsatz obengenannter
Lkw innerhalb 15 Tagen vom 23.10. an gerechnet für den Lastenver-
kehr fertig gestellt sein wird. Diese Erklärung bezieht sich jedoch
nur auf die Hauptstrecke, nicht jedoch auf die noch zusätzlich zu
errichtenden Nebenanschlüsse.

Zusatz: Am 22. 10. erschien Obstf. Finkenhauer bei Hptm. Dietrich
und erklärte, daß er über Befehl des Transportcorps Speer Berlin
die Steuerung des Transporteinsatzes bei Diana übernommen habe.
Er habe festgestellt, daß gar nicht soviel Schienen in Tischnowitz
vorhanden sind, als daß man die zusätzlich nach Tischnowitz beor-
derten Lkws für diese Zwecke einsetzen könne. Obstf. Finkenhauer
wurde angewiesen die zusätzlich beordneten 7 schweren Lkws, wenn
sie nicht zum Schienentransport benötigt werden, für andere Zwecke
des Bausektors zu verwenden und sofort Meldung zu erstatten, falls
ein oder der andere Wagen überflüssig werden sollte. Außerdem
wurde gebeten, den Firmen, die die schweren Lkws zur Verfügung ge-
stellt haben, für die Dauer der Beorderung dieser Kfz leichte Lkws
(2 to) zur Verfügung zu stellen.

Der Rüstungskommandeur Brünn

gez. O s w a l d
Oberst

3. Arbeitsanzüge.

Bedarf, von Fa. Diana angegeben: 2800 Männer-Arbeitsanzüge,
200 Frauenarbeitskleidung.

Es wurde festgestellt, daß seit Anfang September 1944 nichts durch Diana beantragt worden war. Laut Rumolini, Sachbearbeiter für Berufskleidung wird zugewiesen, was beantragt werde, es müsse jedoch genau festgestellt werden, wer Berufskleidung besitze und wer nicht. Für 100 Mann können nur 50 kompl. Arbeitsanzüge zugewiesen, sodaß jeder der 100 entweder Hose oder Bluse erhält, je nachdem, welcher Teil ihm fehlt.

Es wurde beschlossen, daß Diana rückwirkend ab 1. September raschest die entsprechenden Anforderungen stellt, die dann bewilligt werden.

Weiters wurde festgelegt, daß die aus der Ostmark überführten Gfm. künftig gänzlich in Protektoratsbetreuung überführt werden. Die soziale Betreuung von Wien aus für diese Gfm. müsse aufhören.

4. Gummimäntel oder ähnl. Regenschutzbekleidung.

Sofortbedarf für die am Bahnbau Beschäftigten 1000 Gummimäntel oder ähnl. Schutzkleidung, für die ständigen Hofarbeiter weitere 500 "

Bei der Erörterung dieses Punktes wird klar herausgestellt, daß alle Bauarbeiter, die im Rahmen der OT arbeiten, von der OT versorgt werden. Die Versorgungspflicht ist für diese Arbeitskräfte auf die OT übergegangen.

Mithin verblieben nur die ständigen 500 Hof- und Transportarbeiter, deren Regenschutzbekleidung gedeckt ist.

Fl. Haupting. Grundmann wurde geraten, den Bauleiter der OT zur Verantwortung zu ziehen, wenn seiner Meinung nach, die soziale Betreuung der Bauarbeiter unzureichend ist.

5. Warme Winterwäsche. - steht nach Mitteilung des Vorsitzenden Ob. Dir. Steindörffer nicht zur Verfügung. Es müsse höchstens gewartet werden, ob vom Rü Stab " als Leistungsanerkennung " eine Sendung einlange.

6. Einrichtungsgegenstände für nicht lagermäßig Untergebrachte.

Für 100 Gfm., die in Tischowitz in Fremdquartieren untergebracht sind, werden Spinde, Hocker, Waschbecken, Strohsäcke usw. benötigt.

Es wurde der Firma Diana der Rat gegeben, für die Leute kompl. Baracken aufzustellen. Wenn es sich um Angestellte handelt, würden eben die Stuben zu 5 Personen belegt werden.

7. Verbandsbüchchen. - Beschaffung ist klargestellt.

8. Trockenbatterien. Es wurde klargestellt, daß nur Frauen, die nachts im Finstern Wege zurücklegen haben, Anspruch haben.

Zur Vermeidung von Unglücksfällen wurde geraten eine schwache abgeschirmte Beleuchtung auf den besonders gefährlichen Wegen vorzusehen, zu der der LGK sicher die Genehmigung erteilen würde.

9. Schnaps und Zigaretten als "Anfeuerung".

Diese dürfen nur besondere Leistungszulagen sein.
Sie sind vom Werkbeauftragten zu prüfen.

10. Gummistiefel.

Als Regenschutz unzulässig, nur für im Wasser Arbeitende, ebenso für die bei den Bremständen Beschäftigten.

gez. Klein
Dipl. Ing.

11/11/48

[Faint blue ink stamp or text, illegible]

Fernschreibstelle _____

| | | |
|--|--|--|
| | | |
|--|--|--|

Dt. Staatsmin. Nr. 5453

/ 893/44 g

Fernschreibname _____

Laufende Nr. _____

Angenommen: _____

Aufgenommen: _____

Datum: 26.11. 19 44

um: 1400

von: Pops

durch: KL

Befördert: _____

Datum: _____ 19 _____

um: _____

an: _____

durch: _____

Rolle: + --- GEHEIM ---

GEHEIM

Vermerke: _____

Fernschreiben: _____

Posttelegramm: _____

von: _____

- STBS 070 26.11. 1300 = TM 3 ==

Fernspruch: _____

AN SS - FHA IN 6 UND ORG ABT ROEM 1 A BERLIN

2.) AN HOEH. SS - UND POL. FUEHRER PRAG

3.) AN B. D. W. - SS BOEHMEN / MAEHRN =

ABT. MELDET VERLADUNG UND ABFAHRT VON SS - TR. UEB. (ort)

PL. '' BOEHMEN '' LT. TO - SS PRAG WEGEN

TRANSPORTSCHWIERIGKEITEN ERST AM 27.11. 44 AB VERLADEBAHNHOF
LBRAMWITZ / PROT . ENTLADEBAHNHOF LT. TO- SS PRAG WAITZEN

(30 KM. NORDL. BUDAPEST) AN FAHRTNUMMERN SIND ZUGETEILT :

211 165 211 166 , 211 167 , - 211 168 , ==

= SS - PZ. JG. ABT. 4 GEZ. SCHUBERT. A- BRBNR.

57/44 GEH. SS - TR. UEB. PL. BOEHMEN ++

27.11.44
28.11.44

27.11.44
28.11.44

Unterschrift des Auftraggebers

Fernsprechanschluß des Auftraggebers

SD-Leitabschnitt Prag

Geheim

Ministeramt

15 NOV 1944

Geheim

1. An den
Deutschen Staatsminister für Böhmen und Mähren
44-Obergruppenführer **K. H. Frank**
Prag.

2. Nachrichtlich:
An den
Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD
44-Standartenführer **Dr. Weimann**
Prag.

Betr.: Festnahme des persönlichen Sekretärs des Justizministers,
Sektionsrat **Dr. Novak**.

Vorg.: Ohne.

Von einem deutschen Gewährsmann liegt hier folgender Bericht vor :

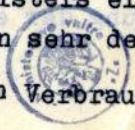
" Am Sonnabend, den 11. November 1944, 18.15 Uhr, kurz vor Beginn der Kundgebung der Sozialen Hilfe wurde im Salon des Gemeindehauses in Prag dem Regierungsvorsitzenden Dr. Krejčí vom hiesigen Gewährsmann gemeldet, dass Dr. Novak am Nachmittag des gleichen Tages wegen dringenden Verdachtes der Unterstützung und Förderung reichsfeindlicher Handlungen von der Geheimen Staatspolizei festgenommen werden musste. Dr. Krejčí erbleichte und schrie fast den Berichterstatter an : " Was, m e i n e n Novak haben sie festgenommen. Ja aber um Gottes Willen warum denn ? Das ist doch ein anständiger und durchaus loyaler Mann ! " Zu den übrigen beiden im Salon Anwesenden, Minister Dr. Bertsch und Kabinettschef Popelka gewendet sagte er sodann im aufgeregten Tone: " Stellen Sie sich vor, meinen persönlichen Sekretär hat man eingesperrt. "

Nach der Kundgebung erklärte er, dass die Festnahme Novaks ein Irrtum sein müsse, der sich bald aufklären müsse. Novak sei sein Privatsekretär gewesen, habe sich nie mit politischen Dingen abgegeben und sei auch von ihm selbst nie zu politischen Arbeiten herangezogen worden. Diese Erklärungen Krejčís widersprechen in jeder Hinsicht der Wahrheit. Novak empfing im Justizministerium sämtliche Besucher, die den Vorsitzenden der Regierung sprechen wollten und bekam hinsichtlich der Abfertigung der einzelnen Besucher Anweisungen

219

57412

von Krejčí. Krejčí selbst hatte vor Novak keine Geheimnisse, die vertraulichsten Dinge hat er diesem, ihm unbedingt ergebenen Diener mitgeteilt, der in hündischer Servilität stets die Ansichten und Äusserungen seines Chefs in sichtbarer Weise zu billigen bemüht war. Anstatt die hierzu bestimmten Beamten seines Sekretariats als Vorsitzender der Regierung mit den politischen Angelegenheiten zu befassen, zog er aus Bequemlichkeit Dr. Novak zur Erledigung dieser Dinge heran. Vor Novak und in Übereinstimmung mit ihm hat Krejčí in abstossender Weise den deutschen Entwurf der Wsetiner Rede kritisiert. Wiederholt ist Krejčí vor Novak und unter besonders angeordneter Hinzuziehung dieses Beamten gegen Minister Moravec, aber auch gegen führende Beamte des Staatsministeriums ausfällig geworden. Die Tatsache, dass Novak von Krejčí nach Wsetin mitgenommen wurde, zeigt, dass Krejčí in Novak, wie er jetzt darzulegen bemüht ist, nicht nur den persönlichen Lakaien gesehen hat, sondern einen in jeder Weise gefügigen Mann, dem er sich insbesondere im Hinblick auf seinen (Krejčis) Hang zur Schwatzhaftigkeit unbedingt in allen Dingen anvertrauen konnte. Trotzdem Krejčí vom Berichterstatter gebeten wurde, die Festnahme Novaks bis auf weiteres vertraulich zu behandeln, teilte er die "Unglücksbotschaft", wie Krejčí die Nachricht von Novaks Festnahme nannte, in einem unbeobachteten Augenblick brühwarm den anwesenden tschechischen Regierungsmitgliedern mit. Anschliessend wollte Dr. Krejčí den Fall Novak mit dem Berichterstatter in seiner Wohnung "besprechen" und "über das weitere Vorgehen in der Sache beraten". Diese Aussprache unterblieb jedoch, da der Berichterstatter Verwandtenbesuch vorschützte und darum bat, für den Abend frei zu bekommen, welcher Bitte Krejčí nachgab. Am nächsten Tag rief Krejčí nicht weniger als acht Mal den Berichterstatter an. Inzwischen war ihm, nach seinen Äusserungen zu schliessen, offenbar die Tragweite der Festnahme Novaks zum Bewusstsein gekommen, was er mit der Bemerkung zum Ausdruck brachte: "Ich habe durch die Verhaftung des Dr. Novak eine schwere persönliche und politische Schlappe erlitten. Besonders jetzt nach der Wsetiner Rede, wegen welcher ich vom Grossteil des tschechischen Volkes als Volkverräter beschimpft werde, wird sich die Festnahme Novaks für mich sehr nachteilig auswirken." Krejčí wollte sodann unbedingt in Erfahrung bringen, ob die Verschiebung der feierlichen Amtseinführung des Ersten Präsidenten des Obersten Gerichtes in Brünn mit der Verhaftung Novaks in Zusammenhang zu bringen sei. Schliesslich schien Krejčí der Inhalt des Schreibens des Staatsministers ein Affront gegen ihn (Krejčí) zu sein, in welchem Krejčí in sehr deutlichen und entschiedenen Worten auf den Führerbefehl über den Verbrauch von Betriebsstoff hinge-



wiesen wurde. Er hatte inzwischen festgestellt, dass kein Mitglied der Regierung ausser ihm dieses Schreiben des Staatsministers erhalten hatte. Vor zwei Tagen hatte Krejčí nach Erhalt des gegenständlichen Schreibens zusammen mit Dr. Novak mit dummen juristischen Spitzfindigkeiten den Führerbefehl so auszulegen versucht, dass dadurch seine Tätigkeit und auch die der übrigen Minister stillgelegt sei, weil er die Ansicht vertrete, dass die Fahrten der Minister von der Wohnung ins Büro und auch die meisten übrigen Fahrten nicht "kriegsentscheidend" seien. Er werde sich in keinen Wagen mehr setzen, der mit Benzin angetrieben werde, da er keine Lust verspüre, sich als Kriegsverbrecher aburteilen zu lassen. Es sei nun die Frage, ob er den Leuchtgas- und Holzgaswagen, insbesondere für seine Fahrten nach Ladwi, die seinerzeit vom Staatsminister pauschal genehmigt wurden, verwenden könne. Er könne auf den Kraftwagen nicht verzichten, schon allein deswegen, weil die Vorschriften des Generalkommandanten der Nichtuniformierten Protektoratspolizei die Benützung eines Kraftwagens wegen der zu treffenden Sicherheitsvorkehrungen vorgesehen und ferner auch deswegen, weil er mit dem Volke in Kontakt bleiben müsse. Er könne sich nicht in seiner Wohnung einsperren, davon hätte weder die deutsche Führung noch er selbst etwas.

Krejčí schien beim letzten Telefongespräch ziemlich niedergeschlagen und von Unsicherheit befallen. Nach den ersten gesammelten Eindrücken steht fest, dass der Schlag, der mit der Festnahme Novaks geführt werden sollte, gesessen hat."

Novak

4-Obersturmbannführer.

EM 2/17408/44 GEB. V. 26.10.44
 BEZUGSVERFÜGUNG TST SS-FAHRSCH. JAEG. FELDHAUSEN
 ANTIENBURG VERLEGEN
 SS-JAGUVERBAENDE ZU UNTERST
 BEREITS VERANTW.
 SS-FHÄ., MAT. ROOM 2. ORG. AB T. ROOM 1 A
 A. ALUNE TGB. NR. ROOM 2/13763/44 GEB.

Fernschreibstelle _____

| | | |
|--|--|--|
| | | |
|--|--|--|

Dr. Staatsm. Nr. 4982

Fernschreibname _____ Laufende Nr. _____

Angenommen:
Aufgenommen:
Datum: 3. 11. 1944
um: 0400
von: Lups
durch: Kic

Befördert:
Datum: _____ 19____
um: _____
an: Einm. Drogang
durch: _____
Rolle: 41 77. 44.

Handwritten signature/initials in blue ink.

Vermerke: **-- GEHEIM--**

Fernschreiben: - S S D - SSSS 0402 2/11 2240=

Posttelegramm: AN NACHR.: HOE.H. SS- U. POL. FHR. '' BOEHMEN- MAEHRN''.-

Abgangstag | Abgangszeit | An: _____

Vermerke für Beförderung vom Absender auszufüllen

- BETR.: VERLEGUNG DER SS- FALLSCHIRM- JAEGER. FELDAUSB. KP. -
BEZUG: SS FHA., AMT ROEM 2, ORG ABT ROEM 1 A ROEM 2
TGB. NR. ROEM 2/17898/44 GEH. V. 20.10.44.-
ENTGEGEN BEZUGSVERFUEGUNG IST SS- FALLSCH. JAEGER. FELDAUSB.
KP. NACH ORANIENBURG ZU VERLEGEN UND DEM KDR. DER
SS- JAGDVERBAENDE ZU UNTERSTELLEN.- TRANSPORTUMLEITUNG WURDE
BEREITS VERANLSST.=

SS FHA., AMT ROEM 2, ORG AB T ROEM 1 A ROEM 2
I. A. BLUME TGB. NR. ROEM 2/18785/44 GEH+

| | | | |
|--|--|--|--|
| | | | |
|--|--|--|--|

Unterschrift des Auftraggebers

Fernsprechanschluß des Auftraggebers

Ministerialdirektor
Dr. Vollert

Prag, den 16. November 1944.

Tgb.Nr. 43/44 g.

Ministeramt
16. NOV. 1944

Dem
Herrn Staatsminister ergebenst.

Wie mir von der O.T. mitgeteilt worden ist, ist auf telefonische Weisung des Ministeriums Speer aus Mangel an Eisen und Zement auch der Bau des letzten F-Bunkers in Raudnitz einzustellen. Schriftlicher Bescheid soll demnächst kommen.

Ich wäre dankbar, diese Meldung durch eine mündliche Rücksprache ergänzen zu dürfen.

D. Vollert

Frei. Schmidt

Leinnis so sein!

74/ 77 44

60

Jan Prohary 12.11.44

Fernschreibstelle

Empty grid box

DL Staatsmin. Nr. 5784

GEHEIM

189/493

Fernschreibname

Laufende Nr.

Angenommen:
Aufgenommen:

Befördert:

Datum: _____ 19__

Datum: *10/11* 19*44*

um:

um:

an:

von:

durch:

durch:

GEHEIM

Vermerke:

Fernschreiben:

++ - S S D - SVPS 014 10/11 1830===

Pofttelegramm:

von:

Fernspruch:

N DEN DEUTSCHEN STAATSMINISTER IN BOEHMEN UND MAEHREN

Abgangzeit | Abgangszeit | AN:

SS- OBERGRUPPENFUEHRER F R A N K PRAG ROEM. 4,

Vermerke für Beförderung vom Abfender

CZERNIN- PALIAS.=====

(Bestimmungsort)

ICH NEHME BEZUG AUF DAS FERNSCHREIBEN DES SS-

STANDARTENFUEHRER F I S C H E R VOM 10.10 IN

SIANGELEGENHEITS UEBUNGSGELAENDES FUER DAS SS- PZ. GREN. AUSB. U. ERS. BTL. 17 . SOFERN ES NICHT MOEGlich IST, DEM BATAILLON IN IGLAU EINE AUSREICHENDE UEBUNGSMOEGlichkeit ZU SCHAFFEN, MUESSTE DAS BATL. VERLEGT WERDEN. DA DIE VERHANDLUNGEN MIT DEM WBV. WEGEN FREIGABE EINER AUSREICHENDEN GARNISON

KEIN ERGEBNIS HATTEN, IST DAMIT ZU RECHNEN, DASS DAS SS- FUEHRUNGSHAUPTAMT DAS BTL. AUS DEM PROTEKTORAT HERAUS VERLEGEN WIRD. ES KAEME DANN FUER IGLAU, WO SEHR UMFANGREICHE

Unterschrift des Auftraggebers

Fernprechanschluß des Auftraggebers

Empty grid box

259

AUSBAUTEN VORGENOMMEN WURDEN, DIE NACHRICHTENSCHULE DER WAFFEN-
SS IN FRAGE , DIE MIT EINEM KLEINEREN AUSBILDUNGSGELAENDE AUSKOMMEN
KONNTE. JEDOCH WIRD AUCH FUER DIESE DAS BIS JETZT ZUR VERFUEGUNG
STEHENDE GELAENDE NICHT AUSREICHEN. DAS GELAENDE HAT BISHER
AUSGEREICHT, WEIL VOM BATL. 17 BISHER NUR STAEMME IN SANNN IN
STAERKE VON WENIGEN 100 MANN VORHANDEN WAREN, WAEHREND JETZT NACH
ENDETEN AUSBAU MIT EINER DURCHSCHNITTSSTAERKE VON ANNAEHERND
3000 MANN ZU RECHNEN IST.- IN JEDEM FALLE BITTE ICH UM
BESCHLEUNIGTE ENTSCHEIDUNG.=====

DER BEFEHLSHABER DER WNNN

DER WAFFEN- SS BOEHMEN UND AMEHREN --

TBG. NR. 3677/44 GEH. - V. P U E C K L E R ++++

57408



DER CHEF DES MINISTERAMTES
St. M. - Z a - H 63 / 44 g

Prag, den 31. Oktober 1944.

Ministeramt
Eing.: 7. NOV. 1944

Betr.: Verhalten der Etappe in den besetzten Westgebieten.

Von dem in Abschrift beiliegenden Schreiben des Reichskommissars für die besetzten niederländischen Gebiete bitte ich Kenntnis zu nehmen. Meldungen über das Auftreten flüchtiger Angehöriger des Reichskommissariats sind unter obigem Aktenzeichen an das Ministeramt zu erstatten.

Verteiler:

An Ziff. 1,2,4 - 6
jeweils an persönliche Anschrift
oVia nach Geheimverteiler.

gez. Dr. Gies



Beglaubigt:
Schwartz
Angestellte

4. u!

269

SECRET

Ministerium
Kriegswesen
1918 JUN 5

- Herr v. d. Hoffen
- Herr v. d. Hoffen
- Herr v. d. Hoffen

27. Juni 1918
Min. 7.5.18

57407



Abschrift zu Rk. 1654 D g

Der Reichskommissar für die
besetzten niederländischen Gebiete

Den Haag, den 10. Oktober 1944.

An die
Obersten Reichsbehörden.

Als die zügellose Flucht der Etappe aus dem französischen und belgischen Raum auf die Niederlande überzugreifen drohte, und in diesem Raum durch die vereinigten Bemühungen der deutschen Dienststellen die Ordnung in einer solchen Weise aufrecht erhalten wurde, dass der Feind hier den ersten nachhaltigen Widerstand fand, sind einige Angehörige der deutschen Dienststellen in den Niederlanden, darunter auch - der Zahl nach allerdings nur wenige - Angehörige des Reichskommissariats, von dieser Panik ergriffen worden, haben auftragswidrig ihre Dienststelle verlassen und sind ohne jede Meldung in das Reich geflüchtet. Wie in solchen Fällen üblich, haben diese Personen, um ihr Verhalten zu bemänteln, Greuelmärchen über die Auflösung der Ordnung und des Dienstbetriebes in den Niederlanden berichtet. Diese Personen haben, nachdem sie jahrelang die Annehmlichkeiten des Aufenthaltes in den Niederlanden genossen haben, im Augenblick der Bewährung versagt und überdies durch ihr Verhalten im Reich ihre erbärmliche Gesinnung bewiesen. Ich bitte alle deutschen Dienststellen, bei denen ehemalige Angehörige des Reichskommissariats erscheinen, ohne sich durch eine ordnungsgemäss ausgestellte Überstellung meiner ohne jede Unterbrechung arbeitenden Präsidialabteilung ausweisen zu können, diese festzuhalten und mir Namen und Anschrift an mein Ministeramt, Berlin-Charlottenburg 9, Büsternallee 2 a, bekanntzugeben. Ich beabsichtige, diese Personen vor das Deutsche Obergericht als Sondergericht zu stellen und nach meiner Verordnung über den Ausnahmezustand aburteilen zu lassen.

Entsprechend der durch den Feindangriff bei Arnheim und den Stellungsbau sich ergebenden Aufgabenverlagerung habe ich unter Aufrechterhaltung meines Dienstortes in Den Haag, den Schwerpunkt der Verwaltung nach Apeldoorn verlegt. Hier ist, sofern ich mich selbst auf Inspektionsfahrten befinde, mein allgemeiner Vertreter, der Generalkommissar für Verwaltung und Justiz Dr. Dr. Wimmer,

249

jederzeit anzutreffen. In Apeldoorn befindet sich auch der Höhere 44- und Polizeiführer, 44-Obergruppenführer Rauter. Der Leiter des Arbeitsbereiches der NSDAP. hat seinen Sitz in Deventer. Die Wirtschaftsabteilungen einschliesslich der Rüstungsinspektion mit dem Obmann der Rüstungs- und Beschaffungskommission befinden sich in Beilen, Provinz Drenthe; die Abteilung Ernährung und Landwirtschaft in Groningen, meine Präsidialabteilung und Haushaltsabteilung in Delden bei Hengelo.

Alle Abteilungen können direkt oder über die Verwaltungszentrale in Apeldoorn erreicht werden. Allerdings sind die Verkehrs- und Nachrichtenverbindungen mit den Niederlanden durch die dauernden Bombenangriffe auf den Westen des Reiches immer wieder in nachhaltiger Weise unterbrochen. Da ich alle mir zur Verfügung stehenden Kräfte und Mittel für die vordringlich wichtigen Aufgaben des Stellungsbauces bzw. der Rückführung von Rüstungsgütern einsetze, bin ich nicht in der Lage, eine dauernde und regelmässige Verbindung mit dem Reich offenzuhalten. Sofern aber in einem gegebenen kriegswichtigen Fall eine Reichszentralstelle die Verbindung bis Delden herstellt, werde ich von dort ab für die entsprechende Weiterführung dieser Verbindung sorgen.

Ich bitte, angesichts der derzeitigen Lage von jeder Befassung meiner Dienststelle abzusehen, die sich nicht auf die allein kriegswichtigen Dinge, also den Stellungsausbau oder die Rückführung von Kriegsgütern, bezieht. Für die Vertretung privatwirtschaftlicher Interessen irgendwelcher Gruppen oder Einzelpersonen ist derzeit kein Raum. Vor allem zwingt die Treibstofflage zu einer ausserordentlich ökonomischen Verwendung der zur Verfügung stehenden Verkehrsmittel.

57406

(L.S.)

gez. SeyB-Inquart

Beglaubigt: (Unterschrift)



Handwritten notes and stamps at the bottom of the page, including a date stamp '1942' and other illegible markings.

W/Kt

2-208-739/44g.

Prag, *18.* Oktober 1944

E i l t !

An

W-Standartenführer Dr. G i e s

Geheim

Betr.: Heranziehung von Tschechen zum Flakdienst.

Meines Erachtens kommt folgendes Fernschreiben des Obergruppenführers an den Reichsjugendführer in Betracht:

Herrn

FS 43617
Reichsjugendführer A x m a n n,
B e r l i n.

Lieber Parteigenosse Axmann!

Auf die von Ihrem Stabsführer Pg.Möckel am 8.10.d.J.an mich gerichtete Frage, ob eine Heranziehung von Tschechen zum Waffendienst bei der Heimatflak in Betracht komme, habe ich erwidert, dass eine solche Massnahme eine Abänderung einer Führerentscheidung voraussetzen würde. Ich halte es, auch in Anbetracht der derzeitigen Situation, für höchst unwahrscheinlich, dass der Führer seine gerade in dieser Frage mehrfach ganz eindeutig getroffene Entscheidung zurückzieht. Ich selbst könnte eine Änderung der Führerentscheidung nicht befürworten, sondern müsste im Sinne einer Reichspolitik auf weitere Sicht, unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Lage, schwerste politische Bedenken dagegen erheben. Wenn überhaupt eine Änderung der Führerentscheidung jemals in Betracht gekommen wäre, erschiene mir jedenfalls der gegenwärtige Zeitpunkt dafür als der politisch denkbar ungünstigste. Es ist dem tschechischen Volk jahrelang immer wieder erklärt worden, dass es auf Grund eines Führerwortes in diesem Kriege keine Blutopfer zu bringen habe. Freiwillige Meldungen einer Reihe tschechischer Aktivisten zum Wehrdienst sind mit schwierigster Begründung jeweils zurückgewiesen worden. Eine Änderung des bisherigen Standpunktes im gegenwärtigen Zeitpunkt würde von den Tschechen zweifellos allgemein als Verzweiflungsschritt des Reiches angesehen werden und erscheint ausserdem

44. Schar. ...

Gemeinsamlich ...

11. 20. 44.

Frank!

289

21

geeignet, die im Interesse der Kriegswirtschaft dringend erforderliche Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in Böhmen und Mähren ernstlich zu gefährden.

Ich bitte Sie deshalb, von der Weiterverfolgung Ihres Planes hinsichtlich der Heranziehung von tschechischer Jugend zu militärischen Aufgaben abzusehen, mindestens aber die weiter beteiligten Dienststellen ^{1939, 2000 Leuten} auf meine ablehnende Stellungnahme aufmerksam zu machen.

Heil Hitler!

Ihr

57405



Handwritten signature and date: 10/10

44. Entwurf. Duld.

Arbeitsbeschluss für die Kreis. Abt.

10. 10. 44

*d. h.
 Einmalorgang*

10. 10. 44

10. 10. 44

SD-Leitabschnitt Prag

G e h e i m

III D 1 -

10. 10. 44 4524

1.) An den
Deutschen Staatsminister für Böhmen und Mähren,
OBERGRUPPENFÜHRER K. H. F r a n k ,
Prag.

2.) nachrichtlich an
den Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD ,
STANDARTENFÜHRER DR. W e i n m a n n ,
Prag.

Betr.: Reise des Ministers der Land- und Forstwirtschaft
Adolf H r u b ý nach Mähren in der Zeit vom 11.-14. Okt. 1944.

Vorg.: ohne.

Der Minister der Land- und Forstwirtschaft Adolf H r u b ý brachte am 10.10.44. im Verband der Land- und Forstwirtschaft zur Kenntnis, dass er beabsichtige, eine Privatreise nach Mähren in der Zeit vom 11.10.44. nachmittags bis 14.10.44. abends zu unternehmen. Er trat die Reise dann auch in Begleitung des Landesobmannes von Böhmen, H a v l i k, des stellvertretenden Landesobmannes von Mähren, Z m e š k a l und seines Sekretärs Dr. H a m p l a n, ohne den deutschen Landesobmann von Mähren, Dr. H o l i k, rechtzeitig zu verständigen. Nach Äusserungen des Zentraldirektors, Ing. Appelt, war die Reise zu einem Grossteil von dem NG-Sekretär H a r s t e aus Zlin organisiert und eine Einschaltung von NG-Funktionären vorgesehen. Wesentlicher Stützpunkt war Zlin, von wo aus in Tagesfahrten mit dem PKW verschiedene Orte und Betriebe im weiteren Bereich aufgesucht werden sollten. Zweck der Reise war u.a. eine Kranzniederlegung am Grabe des im Vorjahre bei einem Autounfall ums Leben gekommenen Direktors der Bata-Werke, H l a v n i č k a, mit dem Minister Hruby eng befreundet gewesen war. Die Genehmigung der Reise hatte der Minister beim Ministerium der Land- und Forstwirtschaft - RVA eingeholt, wo er auch das Programm eingereicht hatte.

Über Teilstrecken der Reise des Ministers konnten Berichte erfasst werden.

299
" Danach erreichte er am 12.10.44. gegen 17 Uhr aus Dubnian kommend Ungarisch-Hradisch. Zu seiner Begrüssung hatten sich folgende Personen eingefunden: Der Direktor der Fa. Qualita, A d a m, der Direktor der Landwirtschaftlichen Schule, S m e k a l, der Direktor der Landwirtschaftlichen Schule in Gaya, M a r e k, der ehemalige Senator der Agrarpartei, M ě c h u r a, aus Seharbitz Bez. Göding, der Rat der Bezirksbehörde in Göding, B o d e ě k, der Direktor der Landwirtschaftlichen Schule in Bisenz, R o s i n a, der Landwirt Š l a h u n e k aus Domanič, der Direktor der Molkerei in Gaya und der Landwirt K u ě r a aus Bisenz. Später trafen noch der stellvertretende Vorsitzende des Verbandes für Land- und Forstwirtschaft für Mähren, Z m e š k a l, und ein Polizeibeamter aus Prag ein, die zum persönlichen Gefolge des Ministers gehörten.

57404

Kurz nach der Begrüssung kam das Gespräch auf die Vorfälle in Gross-Blatnitz, das der Minister eigentlich besuchen wollte. H r u b y liess sich vom Bezirkshauptmann von Ungarisch-Hradisch, B u z e k, eingehend darüber berichten. B. machte H. darauf aufmerksam, dass sich verschiedene Einwohner aus Gr.-Blatnitz, u.a. der Bürgermeister und der Ortsobmann des Verbandes für Land- und Forstwirtschaft bei der Geheimen Staatspolizei in Haft befänden, und es aus diesem Grunde nicht angängig sei, Gr. Blatnitz zu besuchen. Nach längeren Überlegungen nahm der Minister schliesslich davon Abstand, nach Blatnitz zu fahren. Er erklärte, er werde sich die betreffenden Personen nach ihrer Haftentlassung nach Prag kommen lassen und selbst entsprechend belehren.

Anschliessend wurde die Firma Qualita besichtigt. Nach dem Besuch, der ungefähr 20 Min. dauerte, wurde in den Büroräumen der Firma ein Essen eingenommen. Bei den dabei geführten Gesprächen wurden Erinnerungen/der Zeit der tschechoslowakischen Republik ausgetauscht. H r u b ý kam auf die günstigen Handelsverträge mit Frankreich und die dabei im Parlament geführten Debatten zu sprechen. Auch schilderte er, wie es ihm seinerzeit gelungen sei, die Preise für Schweine zu heben und welche Mittel dabei angewandt wurden. Politische Gespräche wurden keine geführt. Gegen 22 Uhr trat der Minister die Rückreise nach Zlin an. Bemerkenswert ist noch, dass der Sekretär des Ministers D r. H a m p l und der NG-Sekretär H a r s t e aus Zlin bei der Bezirksbehörde in Zlin vorsprachen und um Zurverfügungstellung von 2 PKW baten, was jedoch unter Hinweis auf einen Führererlass von der genannten Behörde abgelehnt

wurde. Sie wandten sich daraufhin an den Bezirkshauptmann B u z e k in Ungarisch.Hradisch, der ihnen einen Wagen der Bezirksbehörde und einen Privatwagen zur Verfügung stellte. Von örtlicher deutscher Seite wurde dazu bemerkt, es wäre zweckmässig, dem Minister in Prag zu verstehen zu geben, dass für Privatreisen keine PKW's zur Verfügung ständen, damit nicht die örtlichen Stellen in Verlegenheit gebracht würden.

Am Samstag, den 14.10.44. gegen 9 Uhr 30, traf der Minister mit dem PKW von Zlin kommend in der Gemeinde Freistadt bei Holleschau ein, wo er durch den Bürgermeister, den Ortsobmann des Verbandes der Land- und Forstwirtschaft und anderen Personen begrüsst wurde. Dabei wurde nach alter Bauernsitte durch einen Knaben und ein Mädchen Brot und Salz gereicht. Der Minister erhielt als Erinnerung an diesen Besuch vom Bürgermeister ein historisches Werk über Freistadt, danach wurden dem Minister einige bekannte Persönlichkeiten des Ortes und des Bezirkes vorgestellt. Im Anschluss trat die Ortsmusik an und begrüsst den Minister mit Fanfaren aus der Oper "Libuše". Der Minister begab sich sodann in die Kirche, wo er vom Dechanten willkommen geheissen wurde. Das weitere Programm bestand in einem Besuch der Freistadtler Haupt- und Volksschule, einer Möbelfabrik, eines weiteren Fabrikobjektes, zweier Mustergüter sowie einer Walzmühle. In einem Gasthause wurde ein gemeinsames Essen verabreicht, an das sich eine Besprechung mit den geladenen Landwirten anschloss, bei der an den Minister verschiedene Fragen gerichtet wurden, die er in einer Ansprache beantwortete und erläuterte. Gegenstand der Anfragen waren vor allem die Vorschreibung der Ablieferungskontingente, die nach Ansicht der Landwirte zu hoch angesetzt seien. Es wurde u.a. darauf hingewiesen, dass die Gegend von Freistadt hügelig und ertragsarm sei, sodass die Vorschreibung im Verhältnis zu den benachbarten Zliner Gemeinden weit höher sei und ausgeschlossen erfüllt werden könne. Der Minister ging in seiner Ansprache auf die örtliche Verschiedenheit der einzelnen Bezirke ein und erklärte den Unterschied dadurch, dass dieser hauptsächlich an dem Prozentsatz der 1 1/2 ha Besitzungen liege, die in manchen Orten konzentriert seien, so dass die grösseren Bauern verhältnismässig mehr abliefern müssten, um das Gesamtquantum ihres Bereiches zu decken. Ferner machte der Minister darauf aufmerksam, dass heute eine totale Ablieferungspflicht bestehe und jeder den Rest nach Abzug des Saatgutes und der Selbstversorgerquoten unbedingt zur Ablieferung bringen müsste. Könnte jedoch das vorgeschriebene Quantum nicht geliefert werden, so werde amtlicherseits angenommen,

309

dass eben nicht mehr gegeben werden könnte. Die Folgen bei nachfolgenden Kontrollen müsse aber jeder in Kauf nehmen, falls man bei ihm zurückgehaltene Vorräte finden würde. Die Armut der Gegend sei jedoch kein Grund dazu, um besondere Vergünstigungen zu erhalten. Es müsse eben jeder danach trachten, sich entsprechend umzustellen. Der Minister vertrat die Ansicht, die Bauern hätten sich mehr auf die Schweinezucht verlegen sollen, wofür im Freistädter Gebiet besonders günstige Bedingungen vorhanden seien. Ferner sei ein besonderer Ertrag auch durch einen erhöhten Anbau von Ölsaaten zu erreichen, die hinsichtlich ihres Fettgehaltes einen 15-20%-igen Gewinn gegenüber dem Fettertrag durch Viehzucht böten. Zum Schluss seiner Ansprache appellierte der Minister an die Bauern, nicht mit dem Gedanken zu spielen, der Ablieferungspflicht mit Rücksicht auf die schlechte militärische Lage des Reiches ausweichen zu wollen. Er machte auf die Folgen einer Nichtablieferung aufmerksam und hob hervor, dass ein kleines Volk durch Ehrlichkeit, Arbeitsamkeit und Geschlossenheit etwas erreichen könne. Die mit Gefühl zu den Bauern gesprochenen Schlussworte fanden eine besonders günstige Aufnahme, und der Minister erntete regen Beifall. Nach Äusserungen aus Kreisen der Bauern wurde ^{der} Appell gut aufgenommen.



57403

So erklärte ein Bürgermeister: "Der Minister versteht es halt mit uns, man muss auch seinen Standpunkt anerkennen. Ich hoffe, dass die Bauern ihr Möglichstes tun werden. Jedenfalls war es nicht schlecht, dass einige von uns auf die Ablieferungsschwierigkeit im hiesigen Gebiet hingewiesen haben."

Die Anwesenden zeigten sich durch den Besuch des Ministers sehr erfreut und bedauerten, dass die Stimmung angesichts der heutigen schweren Zeit zu wünschen übrig lasse. Viele Teilnehmer waren über die Einfachheit und Zugänglichkeit des Ministers überrascht. Wie zu erwarten war, traten nach der Versammlung zwei Honorationen des Ortes an den Minister mit der Bitte heran, beim Bezirkshauptmann für den Abend die Bewilligung einer Tanzunterhaltung zu erwirken. Der Bezirkshauptmann hielt es für zweckmässig, dem über Minister Hrubý übermittelten Wunsch nachzukommen, stellte jedoch die Bedingung, dass nur in Tracht und in geschlossener Gesellschaft getanzt werden dürfe. Diese Einschränkung war nicht erwartet worden und wirkte etwas bedrückend. Nach Verabschiedung grüssten die Anwesenden den im Wagen bereits sitzenden Minister durch Hutabziehen. Hrubý setze dann seine Reise nach Prerau und von dort mit der Bahn

nach Prag fort.

Die herzliche Aufnahme durch die Landwirte in Freistadt hob sichtlich die Stimmung Hruby's, der aus Zlin etwas verärgert angekommen war. Er hatte dort zwei Taxis gemietet, jedoch keine Fahrbewilligung erhalten, gegen die sich der dortige Bezirkshauptmann mit der Begründung ausgesprochen hätte, ihm wäre ein Besuch Minister Hruby's nicht angesagt worden und er wüsste von nichts. Diesem Verhalten gegenüber wurde von einigen Tschechen in Freistadt besonders gewürdigt, dass der Bezirkshauptmann Dr. Koblischek ^{aus Kremsier} und der Aussenstellendirektor Hunzinger aus Olmütz gekommen waren und bezeichneten deren Besuch als eine Anerkennung des Ministers deutscherseits. Der Appell Hruby's an die Bauern in Freistadt zur Einhaltung der Ablieferungspflicht war u.a. auch auf Anregung Hunzingers und des Bezirkshauptmannes von Kremsier, Dr. Koblischek, erfolgt.

Minister H r u b y gab nach seiner Rückkehr, vertraulich befragt, zur Begründung seiner Reise an, dass diese dringend notwendig gewesen wäre, da verschiedene mährische Bauern - offenbar unter dem Einfluss der politischen Ereignisse in der Slowakei - zurüchtgesetzt und auf den richtigen Weg gebracht werden mussten. Er, Hruby, hätte sogar in einem Bezirk feststellen müssen, dass sich die Bauern weigerten, überhaupt noch Getreide abzuliefern. Diese Leute wären dann kurzerhand eingesperrt worden. Die Kommunisten und Benesch-Anhänger in Mähren hätten geglaubt, er, Hruby, hätte unter Berücksichtigung der politischen Verhältnisse Angst gehabt, nach Mähren zu kommen. Er wolle ihnen aber mit seiner Reise beweisen, dass sie sich hier sehr irren.


Auf den Hinweis, dass seine Reise ohne Vorwissen der deutschen Herren des Verbandes erfolgt sei, erklärte Minister Hruby, dass er vom Herrn Staatsminister selbst Auftrag und Vollmacht hätte, in derartigen Fällen einzugreifen, um dort, wo es nötig sei bzw. wo bedenkliche Situationen entstanden wären, seinen Einfluss geltend zu machen und die Leute wieder auf den richtigen Weg zu bringen. Im übrigen hätte auch ORR Zankl davon gewusst und sei auch von ihm, Hruby, eingeladen worden. Auch Standartenführer Dr. Weinmann wäre hierüber unterrichtet gewesen und hätte die Reise und sein, Hrubys, Eingreifen in Mähren begrüßt. Ferner wäre auch Dr. Schmit informiert gewesen. Den Dr. Holik hätte er schriftlich eingeladen. Mehr könne er wirklich

nicht mehr tun. Er wisse nun langsam wirklich nicht mehr, ob er Ing. Appelt oder dem Herrn Staatsminister gehorchen soll. Ing. Appelt müsse sich endlich einmal darüber klar werden, dass er, Hruby, nicht ihm, sondern dem Herrn Staatsminister unterstellt sei.

57402

In der Vorstandssitzung des Verbandes der Land- und Forstwirtschaft in Prag am 18.10.44. wurde vor allem die Frage der Mährenreise des Ministers Besprochen. Der Minister wies darauf hin, dass seine plötzliche Reise nach Mähren notwendig gewesen sei, da es in Mähren Ortschaften gäbe, in denen infolge der durchgeführten Kontrollen der Brotgetreideablieferungen Beunruhigungen unter den Bauern und Ortsobmännern aufgetreten seien. Bekanntlich seien 2.200 Gemeinden hinsichtlich der Getreideablieferung kontrolliert worden, wobei man nach den vorherigen Erfahrungen vorwiegend die in der Ablieferung am schlechtesten liegenden Gemeinden kontrolliert habe. In diesen Gemeinden seien dann Appelle abgehalten und die Bauern nochmals darauf verwiesen worden, dass sie abliefern müssten. Hruby erklärte, dass er in Südmähren zwei Gemeinden vorgefunden hätte, die zu diesen Appellen nicht erschienen seien, nichts ablieferten und auch nichts abliefern wollten. Hier hätte er energisch durchgegriffen.

Weiters wurde in der Sitzung die Frage, warum Minister Hruby den deutschen Sektor des Verbandes über seine geplante Reise ohne Informationen gelassen habe, angeschnitten. Der Minister verwies darauf, dass er Dr. Schmidt verständigt und Dr. Holik schriftlich eingeladen hätte. Dr. Holik erklärte hierzu, dass er die Einladung des Ministers zu spät erhalten hätte und darum nicht teilnehmen konnte. Nach einer hierzu vorliegenden Mitteilung des Zentralsdirektors Ing. Appelt wurde das Einladungsschreiben für Dr. Holik am 11.10.44., 22 Uhr in Prag aufgegeben. Holik habe daraufhin auf eine Teilnahme verzichtet und die ihm nachgeordneten deutschen Stellen angewiesen, ebenfalls von einer Teilnahme abzusehen. Tatsächlich habe nach Mitteilung Ing. Appelts Dr. Holik an der Besichtigungsreise gerade deshalb nicht teilgenommen, weil die Vorbereitung der Reise in den Händen sehr bedenklicher Leute und das seien die Sekretäre der Nationalen Gemeinschaft in Zlin und Wsetin gelegen haben.



Der persönliche Referent des Ministers, Dipl. Ing. Brunner,
war von Hruby nicht zur Teilnahme an der Reise aufgefordert worden.

Krabal

77. Docq. armbaanführer

20. 11. 1944

/c

44. 10. 1944

Geheim

An den
Chef des Ministeramts
im Hause.

Betrifft: Vortrag des Abteilungsleiters VI bei dem Herrn
Staatsminister am 10.10.1944.

1.) Bericht über die Besprechung zwischen Diplomlandwirt Müller, Berlin, und dem Unterzeichneten am 5.10.44 in Dresden. Nach Mitteilung von Müller sieht sich das Reich ^{Umstellungen bzw.} veranlaßt, weitere Kürzungen auf dem Ernährungssektor durchzuführen.

Von der 68. Zuteilungsperiode an werden weitere 125 g Fett durch 250 g Rindfleisch ersetzt, u.zw. für alle Versorgungsberechtigten im Alter von über 10 Jahren, ab 69. Zuteilungsperiode für alle Altersklassen über 3 Jahre. Das Protektorat wird diese ^{Umstellungen} Kürzung von der 69. Zuteilungsperiode an durchführen.

Das Reich wird seine Gerstezuteilung an die Brauerei von 300.000 t auf 150.000 t, also um 50 %, senken. Die Zuckezuteilung an die Getränkeindustrie wird von 53.000 t auf 33.000 t gekürzt. Für Schankbier wird keine Zuckerzuweisung mehr vorgesehen. Bier soll nur noch an Wehrmacht und Rüstungsindustrie ausgegeben werden.

Die Zuteilung von Zucker an die Zuckerwarenindustrie wird im Reich von 40.000 t auf 2.000 t gekürzt, so daß Zuckerwaren nur noch an das Rote Kreuz, NSV und Bergarbeiter ausgegeben werden. An Jugendliche bis zu 18 Jahren wird eine Weihnachts-sonderzuteilung von 3.200 t gegeben.

Die Zuckerzuweisung an Bäcker und Konditoren wird gekürzt von 69.000 t auf 5.000 t. Die Ausgabe von Marmelade an diese Verbrauchergruppe wird ganz eingestellt.

Die Zuckezuteilung an die Weinbauwirtschaft wird gekürzt von 30.000 t auf 22.000 t.

Der Herr Staatsminister hat sich grundsätzlich damit einverstanden erklärt, daß sich die Ernährungswirtschaft des Protektorates den Einschränkungsmaßnahmen des Reiches anschließt.

Müller

Abteilung VI
Ernährung und Landwirtschaft
VI - R/3 - 156 /44 g

Prag, den 11. Oktober 1944. 34.

Geheim

An den
Chef des Ministeramts
im Hause .

Betrifft: Vortrag des Abteilungsleiters VI bei dem Herrn
Staatsminister am 10.10.1944.

- 6.) Die Erfassung der Ölsaaten ist gegenüber der früheren Ernteschätzung so weit zurückgeblieben, daß nicht, wie ursprünglich angenommen, mit einer Fehlmenge von 20.000 t Fett, sondern 30.000 t gerechnet werden muß. Diplomlandwirt M ü l l e r ist von mir hiervon in Kenntnis gesetzt worden, ebenso Minister H r u b y. Der Herr Staatsminister hat angeordnet, Minister Hruby zu einer Erklärung an die tschechische Landwirtschaft zu veranlassen, in der darauf hingewiesen wird, daß, falls sich die Ablieferungsmoral nicht bessert, sich das zum Nachteil der städtischen Verbraucher in Form einer weiteren Fettkürzung auswirken muß.

L

Geheim!

- 1.) An
4-Obergruppenführer
Staatsminister K.H. Frank
Prag

- 2.) Nachrichtlich:
An den
Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD
4-Standartenführer Dr. Weinmann
Prag

- 3.) Nachrichtlich:
An den
Leiter der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft
im Deutschen Staatsministerium für Böhmen und Mähren
Herrn Dr. Ernst Schmidt
Prag

Betr.: Amnestie für tschechische Bauern.

Vorg.: Dienstbesprechung am 18.10.44 mittags.

Zur Frage der Strafurlaubungen, Amnestien und Strafaufschübe für Bauern erklärte der agrarische Chefredakteur Ježek einem hiesigen Gewährsmann in vertraulichen Besprechungen dieser Tage folgendes:

Als er seinerzeit die Rede des Ministers für die Ernteeröffnung zusammen mit Ing. Zankl zusammenstellte, sei auch diese Frage angeschnitten worden. Es wurde zwischen ihm und Zankl beraten, ob und in welcher Form von den in Aussicht gestellten Straf-Amnestien tschechischer Bauern in der Rede gesprochen werden soll. Die Sache sei dann etwa wie folgt formuliert worden: "Es werden in diesem Jahr zur Bergung der Ernte auch Bauern herangezogen, die infolge kleinerer Vergehen bestraft wurden oder noch bestraft werden sollen, womit ihre Strafe abgebüsst (im tschechischen: odpykati) ist. Der tschechische Ausdruck "odpykati" (abbüssen) wurde Ing. Zankl von Ježek genau in seinem Sinn erklärt. Es handelte sich also

359



danach nicht nur um Aufschübe und Beurlaubungen von Strafen, sondern um reguläre Amnestien.

Wie die Bauern diese Mitteilungen in der Rede von Hrubý aufgenommen hätten, hätte der Gewährsmann ja selbst erlebt: es wäre das die Stelle gewesen, bei der Hrubý den meisten Beifall hatte. Wie die Frage der Amnestien dann praktisch behandelt wurde, sei ja bekannt.

Der Minister hätte sein Wort verpfändet, das dann nicht oder nur kaum eingehalten wurde. Dass das für ihn (Hrubý) und seinen Einfluss auf die Bauern sehr nachteilige Folgen habe, ist klar. Ježek forderte den Gewährsmann auf, in dieser Sache etwas zu unternehmen und eine andere Einstellung der zuständigen deutschen Stellen in dieser Frage zu erwirken. Man solle Leute mit Strafen bis zu einem Jahr laufen lassen. Ausserdem hätte das viele Strafen auch wenig Sinn. Strafen müssen abschreckend wirken, müssen also an und für sich auf einige wenige Fälle beschränkt bleiben. Wenn aber in kleinen Orten gleich 6 - 7 oder noch mehr Leute sitzen, dann wirke sich das kaum noch abschreckend aus, sondern werde allmählich zur Gewohnheit; die Leute würden eben stumpf.

Ausserdem sind die Strafen sehr ungleich (auf diesen Umstand hat im übrigen auch schon Minister Hrubý wiederholt hingewiesen). Für ein und dieselbe Sache sind oft schon ganz verschiedene Strafen verhängt worden. Der eine kommt mit einer Geldstrafe weg der andere bekommt 1 Jahr Gefängnis.

Ježek hält das jetzige Strafverfahren für zu hölzern, um erfolgreich zu sein. Mit der Abstrafung allein sei es nicht getan. Der Sinn der Strafe liege nicht im Abbüssen einer schlechten oder falschen Tat, sondern vor allem in einer Erziehung und Verwarnung anderer, nicht auch in denselben Fehler zu verfallen. J. glaubt, dass man durch eine grosszügigere, manchmal auch bewusst verzeihende Politik mehr erreichen könnte als durch eine einseitige Prinzipienreiterei.

Handwritten notes:
5
E
eind. Organg

57398



Handwritten signature: Dvob

4-Obersturmbannführer

231 70. 44

Handwritten mark: /c

L

111. 3. 4714

Geheim

Geheim!

1.) An
1/4-Obergruppenführer
Staatsminister K.H. Frank
Prag

Ministeramt
31. OKT. 1944

2.) Nachrichtlich:
An den
Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD
1/4-Standartenführer Dr. Weinmann
Prag

Betr.: Minister H r u b y - Empfang bei Staatsminister K.H.Frank.

Über den Empfang Minister Hrubys bei Staatsminister K.H.Frank liegen bisher nachrichtennässig nur spärliche Reaktionen vor. Minister Hruby äusserte sich einem Gewährsmann gegenüber wie folgt:

Der Herr Staatsminister hätte ihn darauf hingewiesen, dass leider auch unter der Landjugend starke kommunistische Strömungen zu verzeichnen sind. Besonders in Mähren ist dies der Fall. Hier sollen sogar Aufforderungen ergangen sein, in die Slowakei überzulaufen und dort auf kommunistischer Seite gegen uns zu kämpfen. Der Minister wies darauf hin, dass die jungen Burschen keinen Verstand hätten, dass es allerdings hier auch an der entsprechenden Führung fehle. Man müsste die Landjugend entsprechend organisieren, dementsprechend die Statuten im Rahmen des Verbandes herausbringen und geeignete Führer herausstellen.

Weiter erklärte der Minister, dass er hinsichtlich der zum Tode verurteilten Bauern in Pisek ebenfalls mit dem Herrn Staatsminister gesprochen habe. Auf die Frage, mit welchem Erfolg er hierbei abgeschnitten hätte, erklärte Hruby, dass ihm der Herr Staatsminister die Zusage gemacht habe, diese Dinge einer nochmaligen Überprüfung zu unterziehen. Minister Hruby bemerkte, dass ihm der Herr Staatsminister erklart habe, dass er (der Staatsminister) derartige Dinge nicht gern tue. Hruby habe auch eine glatte Zusage nicht erwartet. Er bemerkte,

369

dass Herren vom Range des Herrn Staatsministers nicht gleich von vornherein ja sagen.

SECRET

Im Anschluss an die Unterredung mit Minister Hruby hatte der Gewährsmann eine Aussprache mit dem Chefredakteur Ježek, der den Minister kurz nachher besuchte. Ježek erklärte dem Gewährsmann, dass Minister Hruby zusammen mit Minister Dr. Krejčí in nächster Zeit nach Mähren reisen würde, um dort die politische Situation in Ordnung zu bringen. Minister Moravec würde an dieser Aktion nicht teilnehmen, da er bekanntlich nicht sonderlich beliebt sei.

Arval

44-Obersturmbannführer

57397



Eintrag

12 11 44



Der Reichsbevollmächtigte
für den totalen Kriegseinsatz
Nr. 387/44 g(70)

Berlin W 8,
Wilhelmplatz 8-9
Fernsprecher: 110014

25. Oktober 1944.

Ministeramt

Empf.: 30 OKT. 1944

Geheim!

Geheim!

An
den Deutschen Staatsminister
für Böhmen und Mähren

P r a g

[Handwritten signature]

| | |
|--|------------|
| Deutsches Staatsministerium für Böhmen und Mähren | |
| Empf.: | 30. 10. 44 |
| Urb. Nr.: | 6897 |
| Weiter an: | 127 |
| | V |

Handwritten notes:
Kaufmann
Min. Arch
anlegen
10. 10. 44

Die ersten drei Monate meiner Tätigkeit als Reichsbevollmächtigter für den totalen Kriegseinsatz erlauben einen gewissen Überblick über das bisher Durchgeführte und die dabei gewonnenen Erfahrungen. Ich möchte Ihnen in folgendem kurz hierüber berichten:

- 1) Das wichtigste Nahziel aller Maßnahmen mußte die Aufbringung der Kräfte für die Wehrmacht sein. Die Termine für ihre Einziehung wurden vom Führer festgesetzt und von dringenden politischen und militärischen Notwendigkeiten diktiert. Ihre fristgerechte Einhaltung bereitete naturgemäß große Schwierigkeiten, die jedoch fast ausnahmslos überwunden wurden. Die erste Rate von 300.000 Mann konnte bis auf einen noch auszugleichenden geringen Rest aufgebracht werden. Auch die 2. Rate in Höhe von 200.000 Mann wurde erfüllt. Um der Wehrmacht sofort einsatzbereite kv-Kräfte zur Verfügung zu stellen und um gleichzeitig in größerem Umfange kv-Kräfte der Heimatwehrmacht abzulösen, wurde die Luftwaffe gegen Ersatzstellung von 150.000 av- und bed. kv-Männern sowie von einigen tausend Mädchen zur Abgabe von 160.000 kv-Soldaten an das Meer veranlaßt. Die schnelle Aufbringung dieser großen Zahl von neuen Soldaten erforderte auf allen Gebieten erhebliche Eingriffe. Die Verwaltung hatte bereits einen so großen Teil ihrer Kräfte abgegeben, daß sie heute nur noch einen Personalbestand aufweist,

der

der bei Sicherung der notwendigen staatswichtigen Aufgaben einfach nicht weiter eingeschränkt werden kann. Es mußten daher zur Abgabe von Kräften nunmehr diejenigen Bedarfsträger verstärkt herangezogen werden, die bisher noch weitgehend geschont werden konnten.

2) Eine ausschlaggebende Rolle bei der möglichst reibungslosen Durchführung der Einziehungen spielt die schnelle Anlernung von Ersatzkräften. Durch entsprechende Maßnahmen konnte die monatliche Zuweisung von Anlernkräften an die Rüstung von 40.000 im Juni auf 120.000 im September gesteigert werden. Voraussetzung für das Gelingen dieser Umsetzung von Arbeitskräften ist die volle Einsatzbereitschaft vor allem der Betriebsführer. Sie sind seit langer Zeit immer wieder auf die Notwendigkeit hingewiesen worden, die Anlernung und Einarbeitung neuer Arbeitskräfte so schnell und umfassend wie nur möglich vorzunehmen, um später überstürzte Einziehungen und die daraus entstehenden Schwierigkeiten zu vermeiden. Reichsminister Speer hat die Anlernung von Ersatzkräften nunmehr, wenn nötig unter Anwendung von Zwang, angeordnet. Alle Rücksichten auf eine eventuelle spätere Umstellung der Fertigung auf Friedensverhältnisse müssen zurückgestellt werden. Es gilt, den Einsatz der Arbeitskräfte allein nach Gesichtspunkten der Kriegsnotwendigkeit auszurichten. Dabei werden die Schwierigkeiten, die im 6. Kriegsjahr für alle Sektoren gegeben sind, nicht verkannt. Der verschärfte Luftkrieg, die angespannte Transportlage, das unvermeidliche Nachlassen der menschlichen Leistungsfähigkeit und andere Gegebenheiten stellen auch ohne die zusätzlichen Leistungen, die der totale Kriegseinsatz verlangt, alle Zweige des öffentlichen Lebens, der Wirtschaft, des Verkehrs usw. vor außerordentliche Aufgaben, die nur unter Anspannung aller Kräfte bewältigt werden können.

3) Aufgabe des totalen Kriegseinsatzes ist es, sowohl der Wehrmacht als auch der Rüstung zu helfen, um eine möglichst große Steigerung unserer gemeinsamen Kriegsanstrengungen zu erreichen. Es geht nicht um "Waffen", sondern um Materialien und Werkstoffe und um Arbeitskräfte. Beiden zu entsprechen ist durchaus in der Lage, wenn

Kräfte richtig eingesetzt werden. Durch verschiedene im einzelnen bekannte Maßnahmen sind in kurzer Zeit so zahlreiche zusätzliche Arbeitskräfte mobilisiert worden, daß eine zahlenmäßig bedeutende Reserve an Arbeitskräften zur Verfügung steht, aus der Ersatzanforderungen zwecks Abgabe von Kräften an die Wehrmacht laufend befriedigt werden können. Über den Stand der Mobilisierung von Arbeitskräften geben folgende Zahlen einen Überblick:

| | |
|---|-----------|
| Bis zum 14. Oktober betrug die Zahl der durch die verschiedenen Maßnahmen des totalen Kriegseinsatzes erfaßten Kräfte | 2.204.614 |
| Hiervon entfallen auf die 2. und 3. Meldepflichtverordnung für Frauen | 1.660.542 |
| Gewinnung von Arbeitskräften durch andere Maßnahmen | 338.785 |
| Abzug aus ziviler Fertigung (AZS-Aktion) | 204.199. |

Den Hauptposten stellen also Frauen bis zum 50. Lebensjahr, die durch die 2. und 3. Meldepflichtverordnung erfaßt wurden, aber naturgemäß nur zum Teil sofort einsetzbar sind. Als einsetzbar erklärt wurden von ihnen bisher 669.743. Tatsächlich eingesetzt sind jedoch erst 344.012, sodaß sich eine vorläufige Reserve von 325.731 Arbeitskräften ergibt. Diese Frauen verbleiben bis zu ihrem tatsächlichen Einsatz im Haushalt, so daß von einer Beschäftigungs- oder gar Arbeitslosigkeit nicht die Rede sein kann. Nur in solchen Fällen, in denen bei Stilllegung ganzer Dienststellen oder Betriebe Arbeitskräfte frei wurden, die infolge ihres Alters und Gesundheitszustandes oder aus anderen Gründen nicht sofort anderweitig eingesetzt werden konnten, trat eine vorübergehende Beschäftigungslosigkeit ein. Es handelt sich hier aber nur um einige hundert Fälle, die im Vergleich zu den Millionen ziffern des im Gang befindlichen Umsetzungsprozesses überhaupt nicht ins Gewicht fallen. Von den insgesamt mobilisierten Arbeitskräften sind bis zum 7. Oktober 1944 mehr als 750.000 Personen tatsächlich zum Arbeitseinsatz gelangt. Ihre Zahl steigt täglich

Der

Der Erfolg aller dieser Maßnahmen konnte nur erreicht werden durch die verständnisvolle und tatkräftige Unterstützung und Mitarbeit aller Dienststellen. Wenn ich dies mit Dank feststelle, so darf ich hiermit die Bitte verbinden, mir diese Unterstützung auch weiterhin zuteil werden zu lassen.

Heil Hitler! 22837

Dr. Gumbel.

Eintrag

1/2 21 44



411

M ü l l e r wurde davon unterrichtet, daß infolge der Einschränkungen der Gerstezuweisung an die Brauereien des Pro-
tektorates/^{sich}voraussichtlich die Futtergetreideforderung des Reiches in Höhe von 50.000 t erfüllen lassen wird. Das Brotgetreideaufkommen läßt jedoch nur eine Reichslieferung von ca. 123.000 t gegenüber der Forderung von 150.000 t erwarten. Dabei wird sich der Weizenanteil auf ca. 20-22.000 t, also etwa 1/6 der Gesamtmenge, belaufen gegenüber 55.000 t Weizen = etwa 30 % von der Gesamtbrotgetreidelieferung des Vorjahres.

F. Müller

Deutsche Reichsbahn
Eisenbahnabteilungen
des Reichsverkehrsministeriums
L 2 g R/Bm Berv 104/g

Berlin W 8, den 30. Oktober 1944

Gehelm

An den
Beauftragten des RVM (L) beim
Deutschen Staatsminister für Böhmen und Mähren
in P r a g

Betr.: Personelle Vorbereitungen

Bezug: Fernmündliche Weisung vom 26. Oktober 44

Bei den personellen Vorbereitungen ist zunächst davon auszugehen, daß beim Streik der Eisenbahner im Protektorat auch die übrige Bevölkerung der Arbeit fernbleibt, daß also in diesem Falle der Wirtschaftsverkehr zunächst ruht. Die personellen Vorbereitungen können daher vorerst auf die Aufrechterhaltung des Betriebes auf den Strecken beschränkt bleiben, auf denen Wehrmachttransporte gefahren werden müssen. Hierfür kommen folgende Strecken in Frage:

Dresden - Prag - Lundenburg
Böhmisch Trübau - Olmütz - Prerau - Mähr. Weißkirchen -
slowakische Grenze
Prerau - Lundenburg
Prag - Beneschau (Truppenübungsplatz)
Prag - Pilsen (Truppenübungsplatz).

Wir ersuchen um möglichst umgehende Mitteilung, welche Kräfte für die Durchführung des Betriebes auf diesen Strecken, nach Sparten aufgeteilt, äußersten Falles gebraucht werden.

Diese Kräfte sollen zunächst bereitgestellt und bei Bedarf zugeführt werden. Diese Beschränkung der Bereitstellung von Kräften für bestimmte Strecken hindert nicht, daß weitere Kräfte zugeführt werden, wenn sich die Notwendigkeit dazu aus der Entwicklung der Lage heraus ergeben sollte.

gez. Ebeling.

zum Vorgang 16.10.44

Abteilung VI
Ernährung und Landwirtschaft
VI - R/3 - 156 / 44 g

Prag, den 11. Oktober 1944. ⁴²

Geheim

An den
Chef des Ministeramts
im Hause.

Betrifft: Vortrag des Abteilungsleiters VI bei dem Herrn
Staatsminister am 10.10.1944.

2.) Trotz weitestgehender Transportentflechtung in der Ernährungswirtschaft war die Waggongestellung völlig unbefriedigend. So wurden beispielsweise zur Beförderung von Kartoffeln in der Zeit vom 29.9. bis 4.10.d.J. durchschnittlich nur 69 % der angeforderten Wagen zur Verfügung gestellt. Die Waggongestellung bei Brotgetreide war noch weit ungünstiger, ebenso bei Düngemitteln, Zucker, lebenden Tieren, Obst und Gemüse. Nach Mitteilung des Beauftragten für die Garten- und Weinbauwirtschaft ist bis Ende November mit einer Transportbewegung von 150.000 t Gemüse zu rechnen. Mit Rücksicht auf die unzureichende Kartoffelbeförderung - obwohl bereits offene Wagen für die Verladung von Speisekartoffeln zum Einsatz kamen - habe ich entschieden, daß der Gemüsetransport zugunsten des Kartoffeltransportes einzuschränken ist.

F. J. ...

Abteilung VI
Ernährung und Landwirtschaft
VI - R/3 - 136/44 g

Prag, den 11. Oktober 1944.

43

Geheim

An den
Chef des Ministeramts
im Hause.

Betrifft: Vortrag des Abteilungsleiters VI bei dem Herrn
Staatsminister am 10.10.1944.

- 3.) Um der allgemein gesunkenen Ablieferungsmoral bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu begegnen, hat sich der Herr Staatsminister damit einverstanden erklärt, daß fallweise bei Nichterfüllung der Ablieferung den Erzeugern das Selbstversorgerrecht entzogen werden kann..

F. J. J. J.

44
Prag, den 11. Oktober 1944.

Abteilung VI
Ernährung und Landwirtschaft
VI - R/3 - 156 / 44 g

Geheim

An den
Chef des Ministeramts
im Hause.

Betrifft: Vortrag des Abteilungsleiters VI bei dem Herrn
Staatsminister am 10.10.1944.

- 4.) Die bereits früher genehmigte Einziehung der Milchkühe mit einer Jahresablieferungsmenge unter 365 l hat sich günstig ausgewirkt. Die dadurch bedingte Milchsteigerung beträgt, verglichen mit dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres, ca. 11 %.
- F. J. ...*

45

Sicherheitsdienst des Reichführers-
SD-Leitabschnitt Prag

Prag-Bubentsch, den 21. Sept. 1944.
Sachsenweg
Fernsprecher 774-44

Geheim

III A

Geheim!

3902

An
1/4-Obergruppenführer
Staatsminister K.H. Frank,

Ministerrat
Eing: 22. SEP. 1944

Prag,
Czernin-Palais.

Betr.: Verhältnis 1/4-Standartenführer Landesvizepräsident Dr.Schwabe -
Oberlandrat-Inspekteur Dr.Eckoldt.

Vorg.: Ohne.

Nachstehend wird Auszug aus einem angefallenen Bericht über die am 4.9.44 beim Brüner Kreisleiter stattgefundene "Führungsbesprechung" mit der Bitte um Kenntnisnahme übersandt. (Die "Führungsbesprechungen" finden seit einiger Zeit an jedem zweiten Montag zwischen den maßgeblichen deutschen Persönlichkeiten Brünns beim dortigen Kreisleiter statt) Der Bericht zeichnet h.E. ein vorschauendes Bild kommender Schwierigkeiten, die sich aus der Agilität und Wesensart von Oberlandrat-Inspekteur Dr.Eckoldt und 1/4-Standartenführer Dr.Schwabe für die Zukunft ergeben dürften:

...

Inzwischen war der zu Beginn der Besprechung angekündigte, aber wie immer - unpünktlich erscheinende O.-I.Dr.Eckoldt eingetroffen und den meisten ihm noch nicht bekannten Anwesenden vorgestellt worden. 1/4-Staf. Dr.Schwabe fand sich bemüht, ihn sofort mit dem bisher verhandelten Stoff der Besprechung noch bekannt zu machen. Dann wurde weiter über die militärische Lage und damit im Zusammenhang über die deutsche Propaganda gesprochen.... Durch einen beim Gespräch über neue Waffen geprägten Ausdruck von Dr.Schwabe, daß er auch einmal gehofft habe, man brauche nur auf einen Knopf zu drücken und gewisse Feindwaffen seien ausgeschaltet, entstand das erste Wortduell zwischen Dr.Schwabe und O.-I.Dr.Eckoldt. In seiner ironischen Art zerplückte Dr.Eckoldt diese gar nicht so sehr als eigene Meinung gebrachte Bemerkung Dr.Schwabes. Von nun an stand eigentlich die Tagung im Zeichen eines Zweikampfes zwischen Dr.Schwabe und Dr.Eckoldt. Das Gespräch kam auf die "Landesflucht" (Abwandern der Deutschen aus dem hiesigen Raum in das Reich) zurück. Dr.Eckoldt nahm sich energisch der

b.w.

459

- 2 -

Frage an und bedrängte ständig Dr.Schwabe auf Konkretisierung von ihm zu veranlassender Sofortmaßnahmen. Dr.Schwabe wich ständig aus und wußte sich kaum noch einen anderen Rat, als anzugeben, daß er am 5.9.1944 bereits zum Deutschen Staatsminister fahren werde und auf keinen Fall dessen etwa geplanten Anordnungen durch eigene Maßnahmen zuvorkommen oder damit gar in Gegensatz kommen möchte. In einer rein verwaltungsmäßigen Frage mußte es Dr.Schwabe sogar hinnehmen, daß ihm gegen Dr.Eckoldt durch Bezirkshauptmann Schmälzlein Hilfeleistung geleistet wurde. Dr.Eckoldt ließ jedoch keinesfalls locker und drängte immer mehr auf eine Festlegung des Landesvizepräsidenten. Es kam schließlich zu einer gewissen Vereinbarung, daß alle anwesenden Dienststellen- und Amtsleiter ihre deutschen Belegschaften persönlich zu einer deutschbewußten Haltung hinsichtlich der "Landesflucht" ermahnen sollen.

57387

Obwohl nun schon alle Versammlungsteilnehmer einen etwas ermüdeten Eindruck machten, da sie anscheinend nicht gewohnt waren, bei ihren Besprechungen sich auf konkrete Maßnahmen festlegen zu lassen, drängte Dr.Eckoldt weiter auf Erledigung praktischer Fragen.

Über den Gesamtverlauf ist zu sagen, daß einen aktiven Eindruck lediglich Dr.Schwabe, Bez.Hptm.Schmälzlein, in eingeschränktem Maße auch Oberbürgermeister Judex, aber neu und im stärksten Maße O.-I.Dr.Eckoldt machten. Es ergab sich hinterher noch die Gelegenheit zur Feststellung, daß von den meisten Anwesenden Dr.Eckoldt als "unangenehmer Mensch" empfunden wurde, andererseits aber mit einem gewissen Schmunzeln kommende lebhaftere Debatten zwischen Dr.Eckoldt und Dr.Schwabe und damit ein angenehmes Gegengewicht gegen die rechthaberische Art Landesvizepräsidenten erwartet wird.



10 20/ 8 44

Abteilung VI
Ernährung und Landwirtschaft

Prag, den 12. IX. 1944 ⁴⁶

VI - R/3 - 132/44 g

An den
Chef des Ministeramts
im Hause

Geheim

Betrifft: Vortrag des Abteilungsleiters VI bei dem Herrn
Staatsminister am 12.9.1944.

2.) Bei der Kaffeersatzausgabe sollen vorläufig keine Herabsetzungen vorgenommen werden.

F. J. ...

Abteilung VI
Ernährung und Landwirtschaft
VI - R/3 - 132/44 g

Prag, den 12. IX. 1944

47

Geheim

An den
Chef des Ministeramts
im Hause

Betrifft: Vortrag des Abteilungsleiters VI bei dem Herrn
Staatsminister am 12.9.1944.

2.) Der Herr Staatsminister ist damit einverstanden, daß die ab
68. Versorgungsperiode durchzuführende Rationskürzung bei
Brot, die bei Normalverbrauchern etwa 8 % des bisherigen
Brotanspruchs beträgt, auch bei dem Verpflegungssatz IV der
Wehrmacht im gleichen prozentualen Verhältnis erfolgt.

F. G.

Abteilung VI
Ernährung und Landwirtschaft
VI - R/3 - 132/44 g

48
Prag, den 12. IX. 1944

An den
Chef des Ministeramts
im Hause

Geheim

Betrifft: Vortrag des Abteilungsleiters VI bei dem Herrn
Staatsminister am 12.9.1944.

- 1.) Zu dem Telegramm des Herrn Staatssekretär R i e c k e, in dem die Herabsetzung des Weizenanteils des an die Bevölkerung des Protektorats zur Ausgabe gelangenden Brotgetreides auf 25 % gefordert wird, hat der Herr Staatsminister entschieden, daß in dem zu entwerfenden Antwortschreiben der Vorschlag gemacht werden soll, aus Erfassungsgründen die heute zur Ausgabe gelangenden Rationen bis zum Dezember beizubehalten.

F. G.

Abteilung VI
Ernährung und Landwirtschaft

VI - R/3 - 132/44 g

Ministeramt

Eing.: 13. SEP. 1944

Tag, den 12. IX. 1944

An den

Chef des Ministeramts

im Hause

Geheim

Betrifft: Vortrag des Abteilungsleiters VI bei dem Herrn
Staatsminister am 12.9.1944.

- 1.) Zu dem Telegramm des Herrn Staatssekretär R i e c k e, in dem die Herabsetzung des Weizenanteils des an die Bevölkerung des Protektorats zur Ausgabe gelangenden Brotgetreides auf 25 % gefordert wird, hat der Herr Staatsminister entschieden, daß in dem zu entwerfenden Antwortschreiben der Vorschlag gemacht werden soll, aus Erfassungsgründen die heute zur Ausgabe gelangenden Rationen bis zum Dezember beizubehalten.
- 2.) Der Herr Staatsminister ist damit einverstanden, daß die ab 68. Versorgungsperiode durchzuführende Rationskürzung bei Brot, die bei Normalverbrauchern etwa 8 % des bisherigen Brotanspruchs beträgt, auch bei dem Verpflegungssatz IV der Wehrmacht im gleichen prozentualen Verhältnis erfolgt.
- 3.) Bei der Kaffeersatzausgabe sollen vorläufig keine Herabsetzungen vorgenommen werden.
- 4.) Der Herr Staatsminister wurde über die im Schreiben des Beauftragten für den Vierjahresplan, Geschäftsgruppe Ernährung, vom 7.9.1944 zum Ausdruck gebrachten Lieferforderungen des Reichs an das Protektorat im 6. Kriegswirtschaftsjahr unterrichtet. Infolge der im Protektorat vorgeschriebenen Anbaukontingente für Brotgetreide ist es voraussichtlich nicht möglich, die Futtergetreideforderungen des Reichs, die von 12.000 auf 50.000 t erhöht worden sind, zu erfüllen. Es soll vorgeschlagen werden, es dem Protektorat zu überlassen, in welchen Getreidearten die vom Reich geforderten 200.000 t erfüllt werden.

- 5.) Die fortgesetzt steigenden Forderungen der Wehrmacht auf Lieferung von Pferden aus dem Protektorat sowie die zunehmende

Vergrößerung

499

12. IX. 1944

Ministeramt
12. SEP. 1944

Vergrößerung des Pferdebestandes der gewerblichen Wirtschaft, ferner der steigende Bedarf der Landwirtschaft an Zugvieh infolge Beschränkung der Treibstoffzuweisungen macht es notwendig, für den gesamten Zugvieheinsatz einen Bevollmächtigten zu ernennen. Ich habe dem Herrn Staatsminister hierfür Oberregierungsrat Dr. W i a r d a in Vorschlag gebracht. Der Herr Staatsminister ist mit der Ernennung eines Bevollmächtigten einverstanden und hat Vorlage eines entsprechenden Entwurfs angeordnet.

- 6.) Der Herr Staatsminister hat zugestimmt, daß zu den Verhandlungen des gemischten deutsch-schweizerischen Sachverständigenausschusses, der voraussichtlich in der Zeit vom 18. bis 20. September 1944 in Bern zusammentreten wird, um über Einfuhr von Obst und Obstprodukten nach dem Reich und dem Protektorat im Wirtschaftsjahr 1944/45 zu verhandeln, das Vorstandsmitglied der Böhmischemährischen Ein- und Ausfuhrstelle, Herr Helmut Gebhardt, entsandt wird.

57383


f. Meyer

einige Angaben

12/9 44

Der Beauftragte für den Vierjahresplan
Der Generalbevollmächtigte für den
Arbeitseinsatz

Berlin SW 11, den 30. Sept. 1944
Saarlandstr. 96

782/44 g Dr. St/Kl.

Schnellbrief!

An

- a) die obersten Reichsbehörden
- b) die Gauleiter der NSDAP.

Geheim

Deutsches Staatsministerium
für Böhmen und Mähren

Eing. 5.10. Anl.

Fgb. Nr. _____

Porto an _____

Betrifft: Übersicht über die der deutschen Kriegswirtschaft in der Zeit vom 31.3.1942 bis 30.9.1944 neu zur Verfügung gestellten Arbeitskräfte.

Hiermit übersende ich eine Übersicht über die der deutschen Kriegswirtschaft in der Zeit vom 31.3.1942 bis 30.9.1944 von den Arbeitseinsatzdienststellen neu zur Verfügung gestellten Arbeitskräfte mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Heil Hitler !

Fritz Thümler

*H. W.
Einnahme*

15/ 70. 44

509

Zu Nr. 782/44 g Dr. St/Kl.

Ü b e r s i c h t

über die der deutschen Kriegswirtschaft in der Zeit vom 31. März 1942 bis 30. September 1944 neu zur Verfügung gestellten Arbeitskräfte.

I.

In der Zeit vom 31. März 1942 bis 31. Dezember 1942 sind der deutschen Kriegswirtschaft insgesamt 4 021 000 Arbeitskräfte neu zur Verfügung gestellt worden. Davon entfallen auf

| | |
|----------------------|---------------|
| deutsche Kräfte | 1 125 000, |
| auf zivile Ausländer | 2 456 000 und |
| auf Kriegsgefangene | 440 000. |

Es handelt sich dabei lediglich um solche Kräfte, die bisher noch nicht der Kriegswirtschaft zur Verfügung standen, die also als neue Kräfte anzusprechen sind. In diesen Zahlen sind ferner nicht enthalten die Umsetzungen von Arbeitskräften von Betrieb zu Betrieb.

57382 II.

Im Jahre 1943 konnte die Zahl der Zuweisungen an neuen Kräften für die deutsche Kriegswirtschaft auf 5 003 000 gesteigert werden. In der Aufgliederung nach Inländern, zivilen Ausländern und Kriegsgefangenen ist folgende Entwicklung zu verzeichnen.

Es wurden gestellt:

| | |
|-----------------------|---------------|
| an Inländern | 3 035 000, |
| an zivilen Ausländern | 1 477 000 und |
| an Kriegsgefangenen | 491 000. |

Es spiegeln sich in diesen Zahlen einmal die infolge der wachsenden Schwierigkeiten rückläufige Entwicklung in der Erfassung ziviler Ausländer in den besetzten Gebieten und zum andern die verstärkte Mobilisierung deutscher Reserven, vor allem der deutschen Frauen durch die erste Meldepflichtverordnung vom Januar 1943 wieder.

III.

In den ersten neun Monaten des Jahres 1944 ergibt sich hinsichtlich der Bereitstellung neuer Arbeitskräfte nach Monaten aufgliedert folgendes Bild:



1944

| | | | | |
|-----------|-----------|----------|---------|---------|
| Januar | 122 835 | 39 156 | 59 256 | 24 423 |
| Februar | 144 154 | 40 548 | 83 609 | 19 997 |
| März | 212 126 | 76 067 | 116 929 | 19 130 |
| April | 585 473 | 483 327 | 90 809 | 11 337 |
| Mai | 234 283 | 131 919 | 92 797 | 9 567 |
| Juni | 186 069 | 79 253 | 94 548 | 12 268 |
| Juli | 164 431 | 61 261 | 94 865 | 8 305 |
| August | 255 324 | 123 486 | 110 509 | 21 329 |
| September | 250 000 | 134 000 | 100 000 | 16 000 |
| Zusammen | 2 154 695 | 1169 017 | 843 322 | 142 356 |

IV.

Insgesamt sind demnach der deutschen Kriegswirtschaft vom 31.3.1942 bis 30.9.1944, d.h. in 30 Monaten

rd. 11 180 000 Kräfte

neu, d.h. erstmalig zur Verfügung gestellt worden oder monatlich im Durchschnitt über 370 000 Kräfte.

Es ist trotz der in diesem Jahr vorhandenen steigenden Schwierigkeiten im Arbeitseinsatz/^{von Kräften} aus den besetzten europäischen Gebieten gelungen, noch rd. 843 000 ausländische Arbeitskräfte durch die Arbeitseinsatzverwaltung zu mobilisieren. Auch die Wehrmacht hat noch einen Beitrag von über 142 000 Kriegsgefangenen, die in den Arbeitsprozeß eingereiht werden konnten, geleistet.

Der Einsatz an deutschen Kräften beläuft sich auf 1 169 000 Kräfte.

V.

Durch die Bereitstellung von 11 180 000 neuen Kräften ist es möglich geworden, nicht nur die Einziehungen zur deutschen Wehrmacht an Soldaten in einer Grössenordnung von rd. 5 Millionen und gleichzeitig den nicht unerheblichen sonstigen Abgang von Arbeitskräften durch Tod, Invalidität, Heirat, Vertragsablauf und Vertragsbruch auszugleichen, sondern in der gleichen Zeit konnte der Bestand an Arbeitskräften in der deutschen Kriegswirtschaft um über 5 Millionen auf nahezu 31 Millionen Kräfte gesteigert werden.

Die deutsche Arbeitseinsatzverwaltung hat damit zu ihrem Teil dazu beigetragen, die Abgabe an Soldaten an die deutsche Wehrmacht ohne irgendwelche Fertigungseinbrüche zu ermöglichen und gleichzeitig die für die Ausweitung der Rüstungsprogramme benötigten weiteren Kräfte zur Verfügung zu stellen. †

Geheim

PA 4303

11. S. M. 3948

G e h e i m !

- 1.) An den Höheren ~~SS~~ und Polizeiführer für Böhmen und Mähren ~~SS~~-Obergruppenführer Staatsminister K.H. Frank

P r a g

Ministeramt

Emp: 25 SEP. 1944

- 2.) Nachrichtlich:

An den Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD ~~SS~~-Standartenführer Dr. Weinmann

P r a g

Betr.: Nachteilige deutsche Stimmen über höhere ~~SS~~-Führer im Oberlandratsbezirk Iglau.

Vorg.: Ohne.

Hier liegt folgender Bericht vor:

"Die ungerechte Verteilung der Kriegslasten wirkt sich auf die unteren Schichten der deutschen Bevölkerung in Iglau stark stimmungsdrückend aus. Diese Kreise weisen immer wieder auf besonders krass hervortretende Fälle hin, bei denen bis heute noch immer nicht energisch durchgegriffen werde. So z.B. wird der Arbeitseinsatz der Ehefrauen und Töchter aus Mittelstands- bzw. gut bürgerlichen Kreisen lebhaft kritisiert. Auch das Verhalten des ~~SS~~-Standartenführers S l a d e k wird abfällig besprochen, der fast 4 Tage in der Woche in einem offenen Wagen in Iglau herumfahre, obwohl er dort dienstlich überhaupt nichts zu tun hätte. Einige Frauen von eingerückten ~~SS~~-Männern äusserten sich, dass sie sich dieses Schauspiel mit ~~SS~~-Standartenführer Sladek nicht mehr lange ansehen und dass sie darüber an die Feldpostnummer 08000 schreiben würden. Auch wird in diesen Kreisen der unwahrscheinlich häufige Aufenthalt des ~~SS~~-Brigadeführers O p l ä n d e r, Prag, in Iglau stark kritisiert. Die Aufent-

529

halte der beiden Führer in Iglau seien durch nichts gerechtfertigt, weil fast alle Angehörigen aus Iglau eingerückt sind.

Auch die Stimmung unter den aus dem hiesigen Raum stammenden Deutschen in Neuhaus, pol. Bez. Teltsch, muss als ausgesprochen schlecht bezeichnet werden. Die dortigen Parteigenossen tragen sehr häufig überhaupt kein Parteiabzeichen mehr; auch der Deutsche Gruß soll nur noch selten Anwendung finden."

AM 22 SEP 1944

Swabi
Obersturmbannführer

57380



231 70 44



Prag, den 31. VII. 1944

VI - R/3 - 104/44 g

Geheim

An den
Chef des Ministeramts
im Hause

Ministeramt
Eing.: 31. VII. 1944

Betrifft: Vortrag des Abteilungsleiters VI bei dem Herrn
Staatsminister am 27.7.1944.

- 1.) Der Herr Staatsminister wurde über die Besprechungen im
REM am 14.7.1944 wie folgt unterrichtet:
- a) Getreide: Mit Rücksicht auf die um 10 bis 15 % niedriger
geschätzte Ernte kann die Forderung des Reichs in Höhe von
200.000 t Getreide nur mit voraussichtlich 150.000 t erfüllt
werden. Der Beauftragte für den Vierjahresplan hat in Aus-
sicht gestellt, die ursprüngliche Forderung auf 160.000 t
zu erniedrigen.
 - b) Zichorie: Die Forderung des Reichs auf Lieferung von
10.000 t kann voraussichtlich nur mit 6000 t erfüllt werden.
Hierzu ist Voraussetzung, daß der Zichorienanteil der Kaffee-
mischung im Protektorat von 15 auf 6 %, so wie im Reich, herab-
gesetzt wird. Der Herr Staatsminister hat hierzu seine Zu-
stimmung erteilt.
 - c) Stroh: Die Forderung des Reichs auf Lieferung von 40.000 t
Stroh wird sich voraussichtlich erfüllen lassen, jedoch nicht
in der Zusammensetzung, daß von der Gesamtstrohmenge 15.000 t
als Futterstroh geliefert werden.
 - d) Heu: Die Forderung des Reichs auf Lieferung von 15.000 t
Heu, das ist die gleiche Menge wie im Vorjahre, kann erfüllt
werden.
 - e) Fleisch: Die vorgeschriebenen 15.000 t können aufgebracht
werden; mit Rücksicht auf die günstige Futterlage des Protek-
torats und zum Schutz der Viehbestände habe ich um weitest-
mögliche Hinausschiebung des Liefertermins gebeten.
 - f) Zucker: Bei einer Zuckerrübenernte von 200 dz je ha ist
die Forderung des Reichs auf Lieferung von 160.000 t Zucker
erfüllbar. Die im Protektorat unter Abänderung der Bestimmun-

gen des Vorjahres ausgeworfene Ablieferungsprämie für Zuckerrüben und Kartoffeln in Form von Zucker bedingt einen Mehrbedarf im Vergleich zum Vorjahre von ca. 2000 t Zucker. Nach anfänglicher Ablehnung dieser Prämie durch das REM wurde sie nach Darlegung der Gründe von Staatssekretär Riecke gutgeheißen.

g) Kartoffeln: Die Forderung des Reichs auf 60.000 t Kartoffeln wird voraussichtlich um 20.000 t einschließlich der für Spiritusverarbeitung erforderlichen Menge überliefert werden. Damit dürfte auch ein etwaiger Ersatzanspruch für geliefertes Saatgut aus dem Reich abgegolten sein.

h) Spiritus: Das Protektorat ist in der Lage, aus eigenen Rohstoffen ca. 173.000 hl Spiritus zu erzeugen. Die Forderung des Reichs auf Herstellung von 400.000 hl kann im Hinblick auf die Kapazität der Brennereien des Protektorats erfüllt werden. Die Rohstoffe müßten vom Reich zur Verfügung gestellt werden, oder aber das Reich müßte bei Verwendung der Zuckerrübe zu Brennzwecken auf ca. 36.000 t Zucker verzichten. Die technischen Möglichkeiten hinsichtlich der Verwendung der verschiedenen Rohstoffe unter Berücksichtigung auch aller Transportfragen werden z.Zt. noch geprüft.

j) Gemüse: Die Forderungen des Reichs auf Lieferung von 6000 t Sauerkraut und 1500 t Gurken können nur in Höhe von voraussichtlich 3000 t Sauerkraut und 700 t Gurken erfüllt werden.

k) Fische: Das Protektorat wird auch im 6. Kriegswirtschaftsjahr wiederum ca. 2000 dz Karpfen in die benachbarten Reichsgaue zur Verladung bringen. In dieser Summe müssen die Lieferungen der Gutsverwaltung Frauenberg, Bez. Budweis, eingeschlossen sein. Der Verteilungsschlüssel soll von Berlin festgelegt werden.

l) Fett: Die Fettfehlmenge des Protektorats beträgt voraussichtlich ca. 20.000 t. Das Reich hat sich zur Lieferung von 16.000 t bereit erklärt, hat jedoch in Aussicht gestellt, daß auch im kommenden Wirtschaftsjahr, voraussichtlich von der 66. Versorgungsperiode ab, wieder ein gewisser Prozentsatz der Fettlieferung in Schmalzfleisch ebenso wie im Reich gegeben werden muß. Ich habe gebeten, die Fettlieferungen an das Protektorat in einem gewissen Umfange entsprechend den Forderungen des Protektorats in Butter zu erfüllen.

Abteilung VI
Ernährung und Landwirtschaft
VI - R/3 - 104/44 g

Prag, den 31. VII. 1944

Geheim

Ministeramt
Eing. 31. Juli 1944

An den
Chef des Ministeramts
im Hause

Betrifft: Vortrag des Abteilungsleiters VI bei dem Herrn
Staatsminister am 27.7.1944.

2.) Entgegen der früheren Absprachen gelegentlich der Bilanz-
besprechungen hat das Reich auch in diesem Jahr aus Siche-
rungsgründen eine Sonderzuteilung von 500 g Zucker je Kopf
zu Einmachzwecken gegeben. Auf meine telefonische Rückfrage
in Berlin billigte man eine ähnliche Maßnahme im Protektorat
nur unter der Voraussetzung, daß die Reichslieferungen hier-
durch nicht beeinträchtigt würden. Der Herr Staatsminister
hält die Ausgabe von Einmachzucker in gleicher Höhe wie im
Reich aus politischen Erwägungen auch für das Protektorat
erforderlich und hat Entwurf des Schreibens angeordnet.
Die für das Protektorat benötigte Zuckermenge beläuft sich
auf ca. 3700 t.

Abteilung VI
Ernährung und Landwirtschaft
VI - R/3 - 104/44 g

Prag, den 31. VII. 1944

Geheim

Ministeramt
Eingang: 31. Juli 1944

An den
Chef des Ministeramts
im Hause

Betrifft: Vortrag des Abteilungsleiters VI bei dem Herrn
Staatsminister am 27.7.1944.

9.) Der Herr Staatsminister hat sich damit einverstanden er-
klärt, daß Sektionsrat Dr. Břetislav Morávek als
Kommissar vorübergehend mit der Leitung und Säuberung des
Verbandes landwirtschaftlicher Tierzüchter für Böhmen und
Mähren beauftragt wird bis zur Einsetzung eines deutschen
Tierzüchters.

F. J. [Signature]

Prag, den 31. VII. 1944

Geheim

An den
Chef des Ministeramts
im Hause

Ministeramt
Eing.: 31. Juli 1944

Betrifft: Vortrag des Abteilungsleiters VI bei dem Herrn
Staatsminister am 27.7.1944.

- 4.) Der Herr Staatsminister hat Einblick genommen in eine vergleichende Aufstellung über die Kontrolltätigkeit der Kontrollgruppen des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft und der Kontrollgruppen der Bezirksbehörden und Magistrate im Kalenderjahr 1943. Aus der Aufstellung ist ersichtlich, daß die Kontrolltätigkeit der Bezirksbehörden und Magistrate einen verhältnismäßig sehr viel geringeren Erfolg aufzuweisen hat, der zweifellos noch laufend absinkt. Der Herr Staatsminister hat eine Besprechung mit 44-Standartenführer S o w a und scharfe Überwachung dieser Entwicklung angeordnet.

T. J. A.

Abteilung VI
Ernährung und Landwirtschaft

Prag, den 31. VII. 1944 ⁵⁸

VI - R/3 - 104/44 g

Geheim

An den
Chef des Ministeramts
im Hause

Ministeramt

Empf.: 31. Juli 1944

Betrifft: Vortrag des Abteilungsleiters VI bei dem Herrn
Staatsminister am 27.7.1944.

- 6.) Es ist zu erwarten, daß bei ca. 50 bis 60 deutschen Landwirten des Jahrgangs 1914 und jünger die Uk-Stellung aufgehoben wird. Mit Rücksicht auf die allgemeine Lage hält der Herr Staatsminister Maßnahmen hiergegen nicht für angebracht.

Tilgung

Abteilung VI
Ernährung und Landwirtschaft

VI - R/3 - 104/44 g

Prag, den 31. VII. 1944

Geheim

An den
Chef des Ministeramts
im Hause

Ministeramt
Eing.: 31. VII. 1944

Betrifft: Vortrag des Abteilungsleiters VI bei dem Herrn
Staatsminister am 27.7.1944.

- 7.) Der Herr Staatsminister wurde darüber unterrichtet, daß entgegen der ursprünglich zwischen Minister H r u b ý und Ing. B r u n n e r getroffenen Absprache nunmehr nach Verfügung von H. der Parteienverkehr nicht durch Ing. Brunner, sondern wie bisher durch seine Sekretärin abgefertigt werden soll. Zur Begründung gibt H. hierfür an, daß die Verbindungstür zwischen dem Zimmer von H. und Brunner durch einen Schrank verstellt sei, der nicht anders placiert werden könne.

Tilgner

Abteilung VI
Ernährung und Landwirtschaft
VI - R/3 - 104/44 g

Prag, den 31. VII. 1944

Geheim

An den
Chef des Ministeramts
im Hause

Ministeramt
Eing.: 31. Juli 1944

Betrifft: Vortrag des Abteilungsleiters VI bei dem Herrn
Staatsminister am 27.7.1944.

- 8.) Nach Meldungen der deutschen Direktoren der Außenstellen des Verbandes der Land- und Forstwirtschaft versucht Minister H r u b ý, die Außenstellen zu umgehen und unmittelbar mit den rein tschechisch geleiteten Bezirksvereinen in Verbindung zu kommen. Diesem Vorhaben wurde durch eine entsprechende Anweisung der beiden Landesverbände Böhmen und Mähren zunächst vorgebeugt.

T. Hrubý

Prag, den 15. Juli 1944.

VI - R/3 - 98/44 g

GeheimAn den
Chef des Ministeramts
im Hause.Ministeramt
17. JULI 1944Betrifft: Vortrag des Abteilungsleiters VI bei dem Herrn
Staatsminister am 13.7.1944.

1.) Der Herr Staatsminister wurde wie folgt über die Forderungen des Reichs im 6. Kriegswirtschaftsjahr und die voraussichtlichen Erfüllungsmöglichkeiten seitens des Protektorats unterrichtet:

| | |
|--|------------|
| Bei Brotgetreide beträgt die Reichsforderung | 188.000 t |
| bei Futtergetreide | 12.000 " |
| also Getreide zusammen | 200.000 t. |

Es wird demnach die gleiche Menge wie im Vorjahre gefordert. Bei einer um 15 % niedriger als im vergangenen Jahre zu erwartenden Getreideernte und unter Berücksichtigung des inzwischen eingetretenen höheren Eigenbedarfs soll dem Reich eine Lieferung von ca. 150.000 t Getreide insgesamt in Aussicht gestellt werden.

Die Forderung an Fleisch beläuft sich einschließlich des Restes aus dem 5. Kriegswirtschaftsjahr und einschließlich der Deckung des Wehrmachtbedarfs auf 15.000 t, die vom Protektorat voraussichtlich erfüllt werden können.

Die Zuckerforderung beträgt 160.000 t und wird nach dem heutigen Stand der Zuckerrüben ebenfalls erfüllt.

An Kartoffeln werden einschließlich Wehrmachtversorgung 60.000 t gefordert. Unter Einbeziehung der für Reichszwecke notwendigen Stärke- und Spirituserzeugung wird das Protektorat schätzungsweise insgesamt 81.000 t zur Verfügung stellen.

Die Forderung des Reichs auf Lieferung von 10.000 t Scherben kann nach vorsichtiger Schätzung höchstens mit 10.000 t erfüllt werden.

Die Heuforderung von 15.000 t wird erfüllt. Ebenso die Forderung an Stroh in Höhe von 40.000 t. Fraglich scheint die Erfüllung der Sonderaufgabe, von der Gesamt-

st-

strohmenge 15.000 t in Sommerhalmstroh zu liefern.

Bei Gemüse und Fischerzeugnissen sollen besondere Vereinbarungen getroffen werden. Ich habe vorgeschlagen, es bei der bisherigen Regelung (Sonderlieferungen an das Sudetenland und darüber hinaus an das Reich) zu belassen.

In einem Fernschreiben fordert das Reich eine Aufstellung über die Spirituserzeugungsmöglichkeiten des Protektorats und wünscht eine Erzeugung in Höhe von 400.000 t. Nach Erfüllung der sonstigen Forderungen des Reichs können auf Kartoffel-, Melasse- und Zuckerrübenbasis voraussichtlich 173.000 hl Spiritus erzeugt werden. Es ist hierbei noch zu prüfen, bei welcher Art der Verarbeitung der ernährungswirtschaftlich höchste Nutzeffekt zu erzielen ist und inwieweit die Entscheidung durch die Transportverhältnisse, Vorhandensein von Tankwagen u. dgl. beeinflusst wird.

J. G. A.

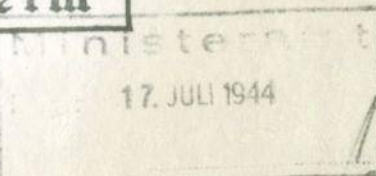
Prag, den 15. Juli 1944.

63

VI - R/3 - 98/44 g

Geheim

An den
Chef des Ministeramts
im Hause.



Betrifft: Vortrag des Abteilungsleiters VI bei dem Herrn
Staatsminister am 13.7.1944.

- 2.) Die geringere Eiererfassung zwingt, in der 65. Zuteilungs-
periode (ab 24.7.) vorläufig anstelle von 4 nur 2 Eier
auszugeben. Es ist zu befürchten, daß die Geflügelerfas-
sung aus Benzin- und Reifenmangel nicht im gleichen Umfang
wie im vergangenen Jahr durchgeführt werden kann.

88872

J. J. J.

Abteilung VI
Ernährung und Landwirtschaft

Prag, den 15. Juli 1944.

64

VI - R/3 - 98/44 g

Geheim

An den
Chef des Ministeramts
im Hause.

Ministeramt
17. JULI 1944

Betrifft: Vortrag des Abteilungsleiters VI bei dem Herrn
Staatsminister am 13.7.1944.

- 3.) Ich habe veranlaßt, daß der Brauwirtschaft zur Erleichterung der Gesamttransportlage zunächst 30 bis 50 Kraftwagen abgezogen werden sollen. Da bereits heute der Brauindustrie verhältnismäßig wenig Kraftwagen zur Verfügung stehen, muß mit gewissen Versorgungsstörungen auf diesem Sektor gerechnet werden.

J. G. A.

VI - R/3 - 98/44 g

Geheim

An den
Chef des Ministeramts
im Hause.

17. JULI 1944

Betrifft: Vortrag des Abteilungsleiters VI bei dem Herrn
Staatsminister am 13.7.1944.

- 4.) Nach Mitteilung des Bezirkshauptmannes von Reichenau soll
Minister H r u b ý gelegentlich der Tierschau in Adler-
Kosteletz vor einer Versammlung von ca. 25.000 Bauern die
Redewendung dem Sinne nach gebraucht haben: "Der Sieg der
deutschen Waffen ist unser Sieg!" Diese Äußerung dürfte
H. erstmalig von sich aus getan haben. Nicht uninteressant
ist in diesem Zusammenhang, daß H. zur Verleihung des Adler-
schildes an tschechische Bauern durch mich selbst den Adler-
schild nicht getragen hat.

J. H. A.

- 5 JUNI 1944

Geheim

66

N i e d e r s c h r i f t

über die 10. Sitzung des Zentralwirtschaftsstabes am 31. Mai 1944.

Bei der unter Leitung von 4-Obergruppenführer Staatsminister Frank abgehaltenen Sitzung waren Gauleiter e.h. Jung, Reichs-
amtsleiter Schulte - Schomburg und Abteilungsleiter
Dr. Ernst Schmidt entschuldigt.

I. Zunächst berichtete der Generalreferent für den überörtlichen Luft-
schutz, Ministerialrat Dr. Landmann, über die Ergebnisse
der Besichtigungsreise der Reichsinspektion der zivilen Luftkriegs-
maßnahmen unter Darlegung des derzeitigen Standes der wichtigsten
Vorbereitungsmaßnahmen im Sektor Luftschutz. Es wurden dabei fol-
gende Punkte berührt:

- 3.) Der Werkluftschutz war einer besonders starken Kritik
ausgesetzt, trotz ausgezeichneter Leistungen in einzelnen
Werken, insbesondere bei der Firma Bata A.G. in Zlin. Die
Kommission hat sich auch davon überzeugt, dass bei der La-
ge der wichtigen Rüstungsbetriebe des Protektorats, die zu-
meist in bebauten Stadtteilen liegen, an eine Durchführung
des Erlasses des Reichsmarschalls über die Herausziehung
der Belegschaften bei Luftgefahr 30 nicht gedacht werden
kann. Die Werkluftschutzleitung von Skoda gab z.B. be-
kannt, dass, falls im April d.J. bei Luftgefahr 30 die Be-
legschaft das Werk verlassen hätte, der Monatsausstoss
eine Verringerung von 30% erfahren hätte.

Z.B.

Prag, den 3. Juni 1944.

Der ~~Schriftführer~~

(L. Schmidt)

Das geschäftsführende Mitglied:

(Dr. Bertsch)

Gebilligt!

- 5 JUNI 1944

Geheim

67

N i e d e r s c h r i f t

über die 10. Sitzung des Zentralwirtschaftsstabes am 31. Mai 1944.

Bei der unter Leitung von 4-Obergruppenführer Staatsminister Frank abgehaltenen Sitzung waren Gauleiter e.h. Jung, Reichs-
amtsleiter Schulte-Schomburg und Abteilungsleiter
Dr. Ernst Schmidt entschuldigt.

- I. Zunächst berichtete der Generalreferent für den überörtlichen Luftschutz, Ministerialrat Dr. Landmann, über die Ergebnisse der Besichtigungsreise der Reichsinspektion der zivilen Luftkriegsmaßnahmen unter Darlegung des derzeitigen Standes der wichtigsten Vorbereitungsmaßnahmen im Sektor Luftschutz. Es wurden dabei folgende Punkte berührt:
- 4.) Hinsichtlich der Betreuung der Obdachlosen wird gegenüber der bisherigen Regelung insofern eine Änderung eintreten, als die Sammelstellen wegfallen und eine unmittelbare Überführung der Bombengeschädigten in die Notunterkünfte Platz greifen wird. Ausserdem erhalten die Obdachlogewordenen dort eine Kaltverpflegung in Form von Brot mit Belag nebst kalten bzw. heissen Getränken.

Z.B.

Prag, den 3. Juni 1944.

Der Schriftführer

(L. Schmidt)

Das geschäftsführende Mitglied:

(Dr. Bertsch)

Gebilligt!

4-Obergruppenführer und Staatsminister.

- 5 JUNI 1944

Beheim

N i e d e r s c h r i f t

über die 10. Sitzung des Zentralwirtschaftsstabes am 31. Mai 1944.

Bei der unter Leitung von 4-Obergruppenführer Staatsminister Frank abgehaltenen Sitzung waren Gauleiter e.h. Jung, Reichs-
amtsleiter Schulte - Schomburg und Abteilungsleiter
Dr. Ernst Schmidt entschuldigt.

I. Zunächst berichtete der Generalreferent für den überörtlichen Luft-
schutz, Ministerialrat Dr. Landmann, über die Ergebnisse
der Besichtigungsreise der Reichsinspektion der zivilen Luftkriegs-
maßnahmen unter Darlegung des derzeitigen Standes der wichtigsten
Vorbereitungsmaßnahmen im Sektor Luftschutz. Es wurden dabei fol-
gende Punkte berührt:

- 5.) Der Vorschlag der Kommission, zur weitgehenden Verhinderung
des Abflusses der Arbeitskräfte nach Bombenangriffen Abrei-
sebescheinigungen für diejenigen auszustellen, die das Stadt-
gebiet verlassen können, wurde geprüft, aber wegen der leich-
ten Umgehungsmöglichkeit und technischen Undurchführbarkeit
als nicht zweckmässig abgelehnt. Es bleibt bei der seit-
herigen Regelung, wonach eine formblattmässige Erfassung al-
ler Arbeitskräfte bei der Ausstellung des Fliegergeschädig-
tenausweises erfolgt und die Wiedereinreihung in die normale
Lebensmittelversorgung von der Vorlage einer Anmeldebeschei-
nigung des für den neuen Aufenthaltsort zuständigen Arbeits-
amts abhängig gemacht wird.

Z.B.

Prag, den 3. Juni 1944.

Der Schriftführer

(L. Schmidt)

Das geschäftsführende

Gebilligt!

- 5 JUNI 1944

69
Geheim

N i e d e r s c h r i f t

über die 10. Sitzung des Zentralwirtschaftsstabes am 31. Mai 1944.

Bei der unter Leitung von ~~4~~-Obergruppenführer Staatsminister F r a n k abgehaltenen Sitzung waren Gauleiter e.h. J u n g, Reichs-amtsleiter S c h u l t e - S c h o m b u r g und Abteilungsleiter Dr. Ernst Schmidt entschuldigt.

I. Zunächst berichtete der Generalreferent für den überörtlichen Luftschutz, Ministerialrat D r. L a n d m a n n, über die Ergebnisse der Besichtigungsreise der Reichsinspektion der zivilen Luftkriegsmaßnahmen unter Darlegung des derzeitigen Standes der wichtigsten Vorbereitungsmaßnahmen im Sektor Luftschutz. Es wurden dabei folgende Punkte berührt:

- 6.) Die Frage der räumlichen Trennung von Deutschen und Tschechen in den Notunterkünften sowie die vorsorgliche Verbringung von Kleidung, Wäsche und Haushaltgegenständen auf das Land werden nach den gemachten Ausführungen z.Zt. nochmals einer eingehenden Prüfung unterzogen.

Z.B.

Prag, den 3. Juni 1944.

Der Schriftführer

L. Schmidt (L. Schmidt)

Das geschäftsführende Mitglied:

Dr. Bertsch

Dr. Bertsch

Gebilligt!

~~4~~-Obergruppenführer und Staatsminister.

- 5 JUNI 1944

Geheim

70

N i e d e r s c h r i f t

über die 10. Sitzung des Zentralwirtschaftsstabes am 31. Mai 1944.

Bei der unter Leitung von $\frac{1}{4}$ -Obergruppenführer Staatsminister Frank abgehaltenen Sitzung waren Gauleiter e.h. Jung, Reichs-
amtsleiter Schulte-Schomburg und Abteilungsleiter
Dr. Ernst Schmidt entschuldigt.

II. Sodann äusserte sich $\frac{1}{4}$ -Oberführer Minister Dr. Bertsch
über vordringliche wirtschaftliche Fragen.

Er führte aus, dass sich die Klagen aus der Rüstungswirtschaft über die Zuweisung nur bedingt tauglicher Kräfte durch die Arbeitsämter neuerdings mehren. Daraus erhellte, dass die Arbeitsamtsärzte sehr scharf vorgehen und nennenswerte Arbeitskraftreserven tatsächlich nicht mehr zur Verfügung stehen. Die einzige Reserve stellen diejenigen Arbeitskräfte dar, die zur Zeit noch den Einsatz in der Rüstungsindustrie durch nachgewiesene Scheinarbeitsverhältnisse umgehen. Diese Reserve, die mengenmässig allerdings nicht sehr ins Gewicht fallen dürfte, könne nur mobilisiert werden durch den Einsatz von Sonderkommissionen aus deutschen Bediensteten, die - unter Berücksichtigung der Unterlagen bei den Arbeitsämtern - in den Betrieben nach dem Rechten sehen. Dies hätte jedoch zur Voraussetzung, dass der GBA endlich dem Verlangen des Deutschen Staatsministers nachkomme, die deutschen Führungskräfte in der hiesigen Arbeitseinsatzverwaltung angemessen zu verstärken. Für den Monat Juni d.J. sei eine gewisse Verbesserung neuerdings in Aussicht gestellt worden. Er bewifle allerdings, ob der GBA überhaupt Bedienstete zur Verfügung habe, die sich für sehr schwierige und politische betonte Arbeit im Protektorat eignen. Man habe als solchen zusätzlichen Kräften eine rechte Erfahrung.

$\frac{1}{4}$ -Obergruppenführer Staatsminister Frank reagierte an, Kommissionen aus besonders gut bezahlten Tschechen anzuwerben, die anstelle der nicht ausreichenden Deutschen die notwendigen Prüfungen durchzuführen. Er werde mit den Leitern der Arbeitsämter anlässlich einer Sitzung am 8. d. Mts. besprochen werden.

~~Dr. Bertsch~~ berichtete sodann über die Wiederaufbauarbeiten am Hydrierwerk in Brüx/Sudetenland und gab von dem Verlangen des Reichsministeriums Speer Kenntnis, dafür in gewissem Umfang Fachkräfte aus dem Protektorat zur Verfügung zu stellen. Diesem berechtigten Wunsch soll - auch zu Lasten der Rüstungswirtschaft - beschleunigt entsprochen werden.

Weiterhin erklärte Dr. Bertsch, dass die für Ende Mai d.J. benötigten 1000 weiteren Arbeitskräfte für die Rüstungswirtschaft dienstverpflichtet worden seien. Für den Monat Juni d.J. seien insgesamt 5000 Arbeitskräfte zur Verfügung des Rüstungsinspektors aufzubringen. Es werde sich, um dies zu ermöglichen, allerdings nicht umgehen lassen, in die Konsumgüterwirtschaft aufs stärkste einzugreifen. Dies gelte auch für die Holzverarbeitende Industrie, wodurch vor allem der Barackenbau für das übrige Reichsgebiet betroffen werde.

Abschliessend konnte die erfreuliche Mitteilung gemacht werden, dass in der "Zentralen Planung" in Berlin entschieden wurde, diejenigen Protektoratsangehörigen aus Mähr. Ostrau und Umgebung für den Bergbau dieses Raumes zurückzuführen, die in den letzten Jahren in das übrige Reichsgebiet verpflichtet wurden und bergbautauglich sind.

Z.B.

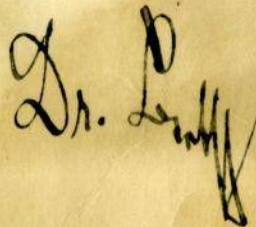
Prag, den 3. Juni 1944.

Führer

(Schmidt)

Das geschäftsführende Mitglied:

(~~Dr. Bertsch~~)



Gebilligt!

Führer und Staatsminister.

Der Reichsminister
für
Rüstung und Kriegsproduktion
M. 2132/44

72
Berlin, den 8. Juni 1944
Ig/Ku Nr. 32

Geheim!

- 1.) An die
Obersten Reichsbehörden
- 2.) An die
Rüstungskommissionsvorsitzer
(mit Mehrfertigungen für die Mitglieder der Rik.)
- 3.) An die
Leiter der Hauptausschüsse und Ringe
- 4.) Hausverteiler A 2

Betr.: Generalkommissar für die Sofortmassnahmen

Bezug: Mein Erlass ZA/Org 206-34 vom 3.6.44

| | |
|--|------------|
| Deutsches Staatsministerium für Böhmen und Mähren | |
| Eing. 20.6.44 | Schl. |
| Tgl. Nr. 6496 | |
| | |

Handwritten: Herrsch. dem Herrn; auch vorliegen

Der Führer hat dem Generalkommissar für die Sofortmassnahmen,
Herrn Edmund Geilenberg, auf meinen Vorschlag als erste
Aufgabe die Wiederingangsetzung der Hydrierwerke übertragen.

Diese Aufgabe steht damit entsprechend dem Führererlass über die
Bestellung eines Generalkommissars für die Sofortmassnahme vom
30.5.44 vor allen anderen in letzter Zeit als besonders wichtig
erkannten Aufgaben, auch vor denen des Jägerprogrammes und der
Kugellageraktion.

Zur Durchführung seiner Aufgabe habe ich einen Arbeitsstab beru-
fen, der sich zunächst aus folgenden Mitgliedern zusammensetzt:

Gesamtleitung:

Geilenberg

verantwortlich für:

Bauangelegenheiten
Arbeitseinsatz
Fernmeldewesen

OT-Einsatzleiter
Dipl.-Ing. Flos
Hr. Schuster
Oberpostrat Zarbel
(RPM)

| | |
|--|---|
| Verpflegung | Min.R. Willfort (REM) |
| soziale Betreuung | Min.Rat Dr. Birkenholz |
| Gesundheitswesen | Gen.Kom.Prof.Dr. Brandt (Dr. Guterath) |
| Vor- u. Zulieferungen | Dipl.Ing. Henke (RLA) |
| Maschinen u. Apparate | Dr. Sauer (Aufbaustab I) |
| Einsatz von Häftlingen u. Strafgefangenen | Standartenführer Mauer |
| Transportangelegenheiten | Reg.Rat Hartmann (RVM) |
| Kraftwageneinsatz | Der Chef meiner Transport- einheiten Nagel |

Vom OKH, Chef H Rüst u BdE, ist Gen.Maj. Kennes für alle Fragen, die die Wehrmacht betreffen, abgestellt.

Entscheidungen des Arbeitsstabes Geilenberg gelten als Weisungen des Reichsministers für Rüstung und Kriegsproduktion. Die sachliche Bearbeitung erfolgt durch die einzelnen Mitglieder dieses Stabes, die bezirkliche Durchführung im Benehmen mit den zuständigen Stellen meiner Mittelinstanz. Weisungsberechtigt im Sinne dieser Anordnung sind nur die oben genannten Angehörigen des Stabes, jeder für seinen Geschäftsbereich.

Für die anfallenden Bauaufgaben habe ich die Bildung eines Sonder-einsatzes der OT unter Leitung des Einsatzleiters Dipl.-Ing. F l o s s v o n h e i m e n. Aufgabe dieses Sondereinsatzes ist die Mobilisierung aller Kräfte, um in kürzester Frist alle verfügbaren Baukapazitäten auf die Wiederherstellung der Hydrierwerke rücksichtslos zu konzentrieren. Die Dringlichkeitseinstufung aller übrigen Bauvorhaben der Rüstungsausschüsse können zeitweilig aufgehoben, Firmen, Baugeräte, Arbeitskräfte und Baustoffe im Benehmen mit dem zuständigen Baubevollmächtigten zu der Sofortmassnahme umgesetzt werden.

Zur Durchführung dieser Massnahmen kann der Generalkommissar den zuständigen Baubevollmächtigten, den Gaubeauftragten, den OT-Dienst-

stellen, den Sonderausschüssen und Bezirksbeauftragten des Hauptausschusses Bau und den örtlichen Dienststellen aller Bauverwaltungen Weisungen erteilen.

Die obersten Reichsbehörden werden gebeten, dem Arbeitsstab Geilenberg jede Unterstützung zu gewähren und ihre beteiligten Dienststellen anzuweisen, Ersuchen in vollem Umfange zu entsprechen.



F. d. R.

Krupp

gez. S p e e r

449

<sup>N.
H.</sup>
sims orang.

le 100 0. 44.



57358

Abteilung VI
Ernährung und Landwirtschaft
VI - R/3 - 84/44 g

Prag, den 13. VI. 1944

Geheim

An den
Chef des Ministeramts
im Hause.

Betrifft: Vortrag des Abteilungsleiters VI bei dem Herrn
Staatsminister am 12.6.1944.

- 4.) Nach Mitteilung des Herrn Wehrmachtbevollmächtigten, General
S c h a a l , wird die Uk-Stellung des Grafen L a r i s c h ,
Jaispitz, zum 30.6.1944 aufgehoben. Zur besseren Unterrich-
tung der Wehrmachtbehörden über die Notwendigkeit von Uk-Stel-
lungen habe ich dem Herrn Staatsminister eine Besichtigung
von Gütern des Bodenamtes durch den Wehrmachtbevollmächtigten
vorgeschlagen. Der Herr Staatsminister hat mich beauftragt,
mit dem Wehrmachtbevollmächtigten einen Termin zu vereinbaren
und ihm zur eventuellen Teilnahme zur Kenntnis zu bringen.

Abteilung VI
Ernährung und Landwirtschaft
VI - R/3 - 84/44 g

Prag, den 13. VI. 1944
76

Geheim

An den
Chef des Ministeramts
im Hause.

- 6.) Der Herr Staatsminister wurde unterrichtet, daß die Nachprüfung der Lebensmittelbezüge von Staatspräsident H á c h a eingeleitet ist und das Ergebnis ehestens dem Ministeramt zugeleitet wird.

F. H. H.

Abteilung VI
Ernährung und Landwirtschaft
VI - R/3 - 84/44 g

Prag, den 13. VI. 1944

Geheim

An den
Chef des Ministeramts
im Hause.

Betrifft: Vortrag des Abteilungsleiters VI bei dem Herrn
Staatsminister am 12.6.1944.

- 1.) Bericht über die Eröffnungstagung der Thünen-Gesellschaft
in Neustrelitz und Besprechung mit Reichsminister B a c k e
und Staatsminister R i e c k e über die Versorgungslage
des Protektorates.

F. Fischer

Abteilung VI
Ernährung und Landwirtschaft
VI - R/3 - 84/44 g

Prag, den 13. VI. 1944

Geheim

An den
Chef des Ministeramts
im Hause.

Betrifft: Vortrag des Abteilungsleiters VI bei dem Herrn
Staatsminister am 12.6.1944.

7.) Der Herr Staatsminister hat meine Dienstreise vom 14. bis
18.6.44 zur Besprechung von Erfassungsmaßnahmen mit dem
Obmann des Landesverbandes der Land- und Forstwirtschaft
für Mähren, Dr. H o l i k , genehmigt.

F. H. H.

Der Vertreter des Auswärtigen Amts
beim Reichsprotector
in Böhmen und Mähren

Prag III, den 15. April 1944 ⁷⁹
Thungasse 18
Fernruf: 601 41, 779 41, 778 41, 649 41

Nr. 74/44 g u. 77/44 g

Es wird gebeten, dieses Aktenzeichen und den Sachbetreff bei weiteren Schreiben anzugeben.

2 Anlagen - u.R. -

1/2 Oberstabsarzt Dr. ...
2/44 - Oberstabsarzt Dr. ...
3/44 - ...
7 u. v. G
zum ...
...

In der Anlage werden zwei Berichte des Reichsbevollmächtigten in Dänemark mit der Bitte um vertrauliche Kenntnisnahme und Rückgabe übersandt.

An das

Deutsche Staatsministerium
für Böhmen und Mähren
- Abteilung Kulturpolitik -

Hd. von SS-Sturmbannführer Wolf

in P r a g

4) ...
...
...

Abgabe am 16. April 1944

...
...

Abteilung IV (Kulturpolitik)
Eing. am ...
Datum: 25.4.44 IV. Pr. - 576/441 g

Auswärtiges Amt

Berlin, den 5. April 1944

Pol VI 438

Der Bevollmächtigte des Reichs in Dänemark berichtet unter dem 1.4.1944 wie folgt:

"Politischer Kurzbericht über die Lage in Dänemark.

1. Lage im Lande ruhig. Bevölkerung zurückhaltend und abwartend, wünscht, daß die Entscheidung des Krieges nicht durch "Invasion" auf dänischem Boden ausgetragen werde und daß Dänemark mit möglichst wenig Schaden durch die letzte Etappe des Krieges kommen

An

die Deutschen Botschaften in A n k a r a,
M a d r i d, P a r i s, R o m (Vatikan)

die Deutschen Gesandtschaften in A g r a m,
B e r n, B u d a p e s t, B u k a r e s t,
H e l s i n k i, L i s s a b o n, P r e s -
b u r g, S o f i a, S t o c k h o l m,

die Dienststelle des Sonderbevollmächtigten
des Auswärtigen Amts für den Südosten

in A t h e n

den Sonderbevollmächtigten des Auswärtigen Amts
für den Südosten

in B e l g r a d

die Dienststelle des Auswärtigen Amts

in B r ü s s e l

den Bevollmächtigten des Großdeutschen Reichs
für Italien

in F a s a n o

den Vertreter des Auswärtigen Amts beim Stabe
des Reichskommissars für die besetzten nieder-
ländischen Gebiete

in D e n H a a g

den Beauftragten des Auswärtigen Amts beim
Generalgouverneur

in K r a k a u

den Vertreter des Auswärtigen Amts beim Reichs-
protektor in Böhmen und Mähren

in P r a g

den Vertreter des Auswärtigen Amts beim Reichs-
kommissar für das Ostland, Herrn Gesandten Windecker

in R i g a

- je besonders -

2
Nr. 74 / 44 8.

kommen möge. Sabotage im März weiter zurückgegangen (einschließlich aller Bagatellfälle 14 Fälle gegen 30 Fälle im Februar. Je 63 Fälle im Januar und Dezember und 115 Fälle im November, der die Kulmination der Sabotagewelle darstellte). Nachdem Betriebsabotage fast aufgehört hat, kann festgestellt werden, daß außer einigen Lieferungsverzögerungen nicht der geringste Schaden für deutsche Belange erzielt wurde, da alle Aufträge erfüllt und alle Schäden vom dänischen Staate ersetzt wurden. Arbeit der deutschen Sicherheitspolizei weiter erfolgreich. Im März 39 Festnahmen wegen Sabotageverdachts, 42 wegen Spionageverdachts und 213 wegen Verdachts anderer illegaler Tätigkeit. Im März einige Terror- und Gegenterrorfälle zwischen Dänen, deutsche Interessen nicht unmittelbar berührt.

2. Dänische Verwaltung weiter loyal und fügsam, hat insbesondere meine umfangreichen Forderungen zur Unterstützung der Befestigungsarbeiten in Jütland restlos und wirksam erfüllt, wünscht nur - da sie zur Zeit von keiner dänischen politischen Instanz entlastet wird - jeweils Deckung durch eine eindeutige Forderung oder Anordnung von meiner Seite.

57352

3. Landwirtschaftliche Lieferungen nach Deutschland im ersten Halbjahr des laufenden Wirtschaftsjahres (1.10.43 bis 31.3.44) über Erwarten gut. Steigerung gegenüber dem ersten Halbjahr des letzten Wirtschaftsjahres (1.10.42 bis 31.3.43) bei Fleisch um 117 Prozent, bei Butter um 70 Prozent, bei Sämereien um 140 Prozent, bei Pferden um 63 Prozent. Zwei Gefahren bedrohen die Aufrechterhaltung dieses gesteigerten Produktionsstandes: Einerseits werden immer weniger unentbehrliche Produktionsmittel aus dem Reich geliefert (Handelsdünger, landwirtschaftliche Geräte und Ersatzteile, Pflanzenschutzmittel usw.) selbst Bandeisen, Nägel, Draht usw. für die Verpackung der auszuführenden Produkte fehlen. Andererseits sind durch die besser bezahlten Arbeiten für deutsche Aufträge landwirtschaftliche Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft abgesaugt worden. Ich habe Maßnahmen zum Auskämmen der Landarbeiter aus den nichtlandwirtschaftlichen Arbeiten eingeleitet.

4. Der Rüstungsstab Dänemark hat gemeldet, daß er bis zum 31.12.43 für 488.406.000 RM Rüstungsaufträge und für 70.232.000 RM Aufträge des kriegswichtigen zivilen Bedarfs nach Dänemark verlagert hat. Die Auslieferungsquote wird mit 73 Prozent angegeben. Zum Vergleich wird die französische Auslieferungsquote mit etwa



50 Prozent angeführt.

5. Das erste Schiff des Hansa-Programms ist auf der Helsingoer-Werft fertiggestellt und übernommen worden.

6. Bisher aufliegende Motorschiffe sind wieder in Fahrt gesetzt worden (Kohlenfahrt nach Norwegen).

7. Motorschiffe habe ich für die Kriegsmarine beschlagnahmt, von denen eins in Gebrauch genommen und 4 nur an einen anderen Liegeplatz verholt worden sind.

8. Die Befestigungsarbeiten in Jütland werden programmäßig fortgesetzt, soweit nicht mangelnder Materialnachschub Verzögerungen bedingt. Alle von mir bereitzustellenden Leistungen des Landes - Arbeitskräfte, Quartiere, einheimische Lieferungen - wurden voll erbracht. Die dänische Nationalbank stellt im ersten Halbjahr 1944 etwa 800 Millionen Kronen für Wehrmachtsausgaben zur Verfügung."

(Vorstehender Text darf unter keinen Umständen im Wortlaut weitergegeben werden.)

Im Auftrag

v. Grunow



Kopenhagen, den 1. April 1944.

Nur für den Dienstgebrauch!

Politische Informationen für die
deutschen Dienststellen in Dänemark.

- Betr.:
- I. Die politische Entwicklung in Dänemark im März 1944.
 - II. Mitteilungen aus der Aussenpolitik.
 - III. Mitteilungen aus der Wirtschaft.
 - IV. Strafverfahren wegen Verfehlungen gegen die dänische Krisen- und Wirtschaftsgesetzgebung.
 - V. Feindliche Stimmen über Dänemark.

I. Die politische Entwicklung in Dänemark im März 1944.

1. Die Lage in Dänemark war im März 1944 weiter durch allgemeine Ruhe bzw. durch weitere Beruhigung im Lande gekennzeichnet. Die Sabotagefälle sind wiederum auf die Hälfte des Vormonats zurückgegangen. Da absolute Zahlen hier nicht wiedergegeben werden können, soll in Verhältniszahlen die Entwicklung der Sabotage in Dänemark wie folgt mitgeteilt werden:

Wenn die bisherige Monatshöchstzahl im November 1943 mit 100 Fällen angesetzt wird, ergeben sich in abgerundeten Verhältniszahlen

| | | |
|-------------------|------|--------|
| für Dezember 1943 | 50 | Fälle |
| für Januar 1944 | 50 | Fälle |
| für Februar 1944 | 25 | Fälle |
| für März 1944 | 12,5 | Fälle. |

zu Nr. 77 / 44 S.

2. Nachdem die Sabotage gegen gewerbliche Betriebe, mit der seit einem Jahr die Erfüllung deutscher Fertigungsaufträge zu beeinträchtigen versucht wurde, nunmehr zu einem gewissen Abschluss gelangt ist, kann als Bilanz festgestellt werden, dass ausser einigen Lieferungsverzögerungen kein Schaden für deutsche Interessen entstanden ist. Alle Aufträge wurden erfüllt. Jeder Schaden an deutschem Eigentum ist auf Grund einer Vereinbarung, die bereits mit der Regierung des Staatsministers von Scavenius getroffen war, vom dänischen Staat - nach Möglichkeit in natura, mindestens aber in Geld - ersetzt worden. Den Schaden der Sabotage hat also in vollem Umfange das Land Dänemark getragen.

3. Einige Fälle von Terror- und Gegenterror-Anschlägen sind auch im Monat März vorgefallen. Bei einigen Anschlägen auf Personen ist kein einleuchtendes Motiv zu erkennen. Es scheint, dass - besonders in der Ein-Million-Stadt Kopenhagen - durch die früheren politisch motivierten Anschläge eine gewisse Psychose der Hemmungslosigkeit auf diesem Gebiete entstanden ist. Deutsche Interessen werden meist nicht berührt. Hingegen scheint die dänische Polizei sich mit einiger Nervosität zu bemühen, dieser Entwicklung entgegenzuwirken.

4. Die deutsche Sicherheitspolizei setzt ihre erfolgreiche Arbeit gegen alle illegalen Angriffe auf deutsche Interessen fort. Im März 1944 wurden festgenommen:

| | |
|---|-------------|
| wegen Sabotageverdachts | 39 Personen |
| wegen Spionageverdachts | 42 " |
| wegen illegaler Tätigkeit (Kommunismus und nationale Widerstandsgruppen). | 213 " |

5. Die deutsche Ordnungspolizei hat am 23.3.1944 auf Anregung des Admirals Dänemark einen Teil der Aufgaben, die bisher von der dänischen Seepolizei in Kopenhagen wahrgenommen wurden, übernommen, indem insbesondere die Kontrolle der aus- und einfahrenden Schiffe künftig von der deutschen Wasserschutzpolizei ausgeübt wird.

6. Auf Wunsch des Wehrmachtbefehlshabers Dänemark wurden die Inseln Laesø und Anholt zum Sicherungsgebiet erklärt. Für Laesø und Anholt gelten damit die gleichen besonderen Bestimmungen wie für das Sicherungsgebiet in Jütland.

7. Auf Wunsch des Wehrmachtbefehlshabers Dänemark wurde veranlasst, dass durch die dänische Verwaltung eine zweckmässige Beschriftung der Ortsein- und Ausgänge mit den Gemeindefürnamen unter Angabe der Kilometer-Entfernung der nächstliegenden Ortschaft für das Sicherungsgebiet in Jütland durchgeführt wurde, da die bisherige Beschriftung den militärischen Ansprüchen nicht genügte.

8. Die Befestigungsarbeiten in Jütland werden planmässig fortgesetzt. Besondere Probleme - ausser den laufenden Materialbeschaffungs-Fragen - sind im Monat März nicht aufgetreten.

II. Mitteilungen aus der Aussenpolitik.

1. Der dänische Gesandte in Rom Wadsted hat - einem Wunsche der republikanisch-faschistischen Regierung Italiens folgend - seinen Amtssitz nach Venedig verlegt.

2. Am 25.2.1944 hat das isländische Alting einstimmig beschlossen, dass der dänisch-isländische Unionsvertrag aufgehoben werden soll. Dieser Beschluss des Altings wird vom 20.-23.5.1944 Gegenstand einer allgemeinen Volksabstimmung sein. Wenn der Beschluss in der Volksabstimmung angenommen wird, erhält er Gültigkeit, sobald der Alting ihn erneut angenommen hat. An seiner Annahme besteht bei der gegenwärtig in Island herrschenden Stimmung kein Zweifel.

Das isländische Alting hat ferner einen Gesetzesvorschlag über die Einführung einer republikanischen Verfassung angenommen. Nach dieser Verfassung wird Island einen Präsidenten erhalten, der jeweils für 4 Jahre durch eine allgemeine Volksabstimmung gewählt wird. Die Amtsbefugnisse des Präsidenten sind verhältnismässig begrenzt. Erhebt der Präsident gegen einen

einen Gesetzesvorschlag Einspruch, der vom Alting bereits angenommen wurde, so entscheidet eine Volksabstimmung über die endgültige Annahme des Gesetzesvorschlages. Die erste, am 17.6.1944 beginnende Amtsperiode des Präsidenten wird ausnahmsweise nur ein Jahr umfassen. Die erste Wahl wird vom Alting vorgenommen werden. Es wird erwartet, dass der jetzige Reichsverweser Sveinn Björnsson zum ersten Präsidenten von Island gewählt werden wird.

Mit dem Aufhören des dänisch-isländischen Unionsvertrages ist auch die in § 6 dieses Vertrages festgelegte Gleichberechtigung dänischer und isländischer Staatsangehöriger in den beiden Ländern hinfällig geworden. Das isländische Alting hat jedoch am 25.2.1944 beschlossen, dass diejenigen dänischen Staatsbürger, die nach den bisher geltenden Bestimmungen die Gleichberechtigung mit den isländischen Staatsangehörigen besaßen, diese vorläufig weiter behalten sollen, und zwar bis 6 Monate nach dem Zeitpunkt, zu dem die Verhandlungen über diese Frage zwischen Island und Dänemark aufgenommen werden können. Das isländische Alting wollte durch diesen einseitig zu Gunsten Dänemarks gefassten Beschluss vermeiden, dass den färöischen Fischern, die regelmässig im Sommer im isländischen Seegebiet Fischfang zu betreiben pflegen und die man in Island nach wie vor als zu Dänemark gehörig ansieht, aus der Änderung des staatsrechtlichen Verhältnisses Islands zu Dänemark Schwierigkeiten erwachsen.

III. Mitteilungen aus der Wirtschaft.

1. Die landwirtschaftlichen Lieferungen Dänemarks nach Deutschland im 1. Halbjahr des Wirtschaftsjahres 1943/44.

Die landwirtschaftlichen Lieferungen Dänemarks nach Deutschland im ersten Halbjahr des Wirtschaftsjahres 1943/44 - 1.10.1943 bis 31.3.1944 - sind über Erwarten gut ausgefallen und haben die zu Anfang des Wirtschaftsjahres aufgestellten

Berechnungen

Berechnungen weit übertroffen.

Die Fleischausfuhr hat die für diesen Zeitraum vorgesehene Liefermenge um etwa 23% überschritten. Verglichen mit dem gleichen Halbjahr des Wirtschaftsjahres 1942/43 ist die Ausfuhr auf 217% gestiegen. Auftretende Transportschwierigkeiten zwangen die Schlachtereien dazu, einen grossen Teil der für Deutschland bestimmten geschlachteten Schweine einzusalzen und zunächst zu lagern. Der Salzverbrauch ist dadurch derart gestiegen, dass teilweise grosse Beschaffungsschwierigkeiten auftraten. Leider konnte eine vermehrte Herstellung von Konserven nicht erfolgen, da das erforderliche Dosenmaterial nicht rechtzeitig zur Verfügung stand.

Die Butterlieferungen haben die zu Anfang des Wirtschaftsjahres vorgesehenen Mengen erreicht. Verglichen mit dem gleichen Zeitraum des Vorjahres sind etwa 70% Butter mehr ausgeführt worden. Die grössere Produktion erklärt sich daraus, dass die Kühe im Herbst 1943 ausserordentlich lange auf der Weide waren sowie daraus, dass für die Winterfütterung mehr Heu als in den Vorjahren zur Verfügung stand.

Die Pferdeausfuhr ist ebenfalls als sehr gut zu bezeichnen. Verglichen mit dem gleichen Zeitraum des Vorjahres sind etwa 63% mehr Pferde nach Deutschland ausgeführt worden. Die Aufkäufe sind in der letzten Zeit geringer geworden, da die Landwirtschaft zur Frühjahrsbestellung selbst einen grossen Bedarf an Arbeitspferden hat.

Die Ausfuhr an Klee-, Gras und Feldfuttersaaten konnten nochmals erhöht werden. Insgesamt ist die Ausfuhr der genannten Saaten jetzt um 140% grösser als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Die Ausfuhr an Fischen ist trotz besonders schlechter Wetterlage im Februar/März als gut zu bezeichnen. Die Ausfuhr, sind etwa die gleichen wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Insgesamt haben sich also die ernährungswirtschaftlichen Lieferungen aus Dänemark erstaunlich gut entwickelt. Die dänische

sche

sche Landwirtschaft hat es weiterhin verstanden, sich den gegebenen Verhältnissen anzupassen und sich vor allem auf wirtschaftseigene Futtermittel einzustellen. Es ist beachtlich, dass die feindliche Propaganda hier einen absoluten Misserfolg zu verzeichnen hat. (Dass die feindliche Propaganda sich in steigendem Masse für die dänische Landwirtschaft interessiert, beweisen die unter VI,1 wiedergegebenen Londoner Sendungen vom 11.3. und 18.3.1944.)

Um diesen Stand der landwirtschaftlichen Erzeugung und Lieferung aufrechtzuerhalten, ist es aber erforderlich, dass deutscherseits die notwendigen Produktionsmittel für die dänische Landwirtschaft geliefert werden. Leider sieht es z.B. hinsichtlich der Versorgung mit Handelsdünger (insbesondere Stickstoff), landwirtschaftlichen Maschinen und Ersatzteilen für landwirtschaftliche Maschinen nicht sehr günstig aus. Ebenfalls reichen die bisherigen deutschen Zusagen auf Lieferung von Pflanzenschutzmitteln keineswegs aus, um den dringend notwendigen Bedarf zu decken. Wichtig ist auch die Lieferung genügender Eisenmengen (Bandeisen, Nägel, Draht), um die für die Ausfuhr erforderlichen Verpackungsmaterialien herzustellen.

Zur Aufrechterhaltung der landwirtschaftlichen Produktion ist ferner das Vorhandensein ausreichender landwirtschaftlicher Arbeitskräfte eine unentbehrliche Voraussetzung. Durch die Befestigungsbauten an der Westküste Jütlands und durch die Flugplatzarbeiten im übrigen Lande ist die Abwanderung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte so gross, dass ein Produktionsrückgang der dänischen Landwirtschaft in diesem Jahre zu befürchten ist, wenn nicht sofort Abhilfe geschaffen wird. Gerade die landwirtschaftlichen Betriebe in Jütland, das für die Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse das wichtigste Gebiet ist, haben unter dem Mangel an Fachkräften zu leiden. Abhilfe ist nur dadurch möglich, dass mit sofortiger Wirkung keine landwirtschaftlichen Arbeitskräfte mehr für die Wehrmachtsarbeiten eingestellt werden und dass die z.Zt. bei den Befestigungsarbeiten beschäftigten landwirtschaftlichen

schaftlichen Arbeiter durch andere ersetzt werden, was durchaus möglich ist. Entsprechende Massnahmen sind z.Zt. in Vorbereitung. Falls ihre Durchführung nicht unter Mitwirkung aller beteiligten Stellen durchgesetzt wird, muss für das zweite Halbjahr des Wirtschaftsjahres 1943/44 mit einem empfindlichen Absinken der landwirtschaftlichen Produktion und der Lieferungen nach Deutschland gerechnet werden.

2. Die Entwicklung und der Stand der Auftragsverlagerung nach Dänemark.

Die rüstungswirtschaftliche Heranziehung Dänemarks erfolgte nach der Besetzung des Landes auf freundschaftlicher Basis ohne jeden Druck. Der "Rüstungsstab Dänemark des Reichsministers für Rüstung und Kriegsproduktion" (Rü Stab Dän.) setzte im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten die dänische Industrie in steigendem Ausmass für die deutsche Rüstungsfertigung ein. Als Folge der politischen Spannungen und zunehmenden Sabotagefälle entstanden Mitte 1943 gewisse Schwierigkeiten bei der Unterbringung deutscher Aufträge aus dem Reich an die dänische Industrie. Während des militärischen Ausnahmezustandes (29.8. - 5.10.1943) wurden durch eine Verordnung des Wehrmachtbefehlshabers Dänemark vom 4.9.43 alle dänischen Firmen, Industrie- und Handelsunternehmen und Einzelhändler verpflichtet, gegen angemessene Vergütung Lieferungs- und Leistungsaufträge der deutschen Wehrmacht und des Rü Stab Dän. im Rahmen der erreichbaren Leistungs- und Liefermöglichkeiten anzunehmen und ohne Verzug auszuführen. Diese Verordnung blieb auch nach der Beendigung des Ausnahmezustandes in Kraft; jedoch ist es bisher nur in ganz vereinzelt Fällen nötig gewesen, unter Hinweis auf diese Verordnung die Horeinnahme deutscher Rüstungsaufträge zu erzwingen.

Eine Zusammenfassung der bisherigen rüstungswirtschaftlichen Auftragsverlagerung nach Dänemark und der Auslieferungen der fertiggestellten Geräte nach dem Reich ergibt folgendes Bild:

Der Wert der verlagerten Aufträge betrug in der Zeit vom

| | | | |
|-----------------|------------------|-----------|-----------------|
| 1.5.40-31.12.40 | RM 36.900.000,-- | { Monats- | RM 4.612.000,-- |
| 1.1.41-31.12.41 | " 137.406.000,-- | { durch- | " 11.451.000,-- |
| 1.1.42-31.12.42 | " 126.100.000,-- | { schnitt | " 10.510.000,-- |
| 1.1.43-31.12.43 | " 188.000.000,-- | | " 15.669.000,-- |

Es wurden somit insgesamt in der Zeit vom 1.5.40 bis 31.12.43 für RM 488.406.000,-- deutsche Rüstungsaufträge nach Dänemark verlagert. Hiervon wurden im gleichen Zeitraum Aufträge im Werte von RM 325.168.000,-- ausgeliefert; das entspricht einer Auslieferungsquote von 67%.

In dieser Gesamtübersicht ist auch das erst im Sommer 1943 in Angriff genommene Hansa-Programm mit seinen langfristigen Aufträgen an die dänischen Werften auf Bau von 37 Handelsschiffen im Werte von insgesamt RM 51.679.000,-- enthalten. Wenn das Hansa-Programm wegen seiner erst kurzen Anlaufzeit in der Gesamtübersicht unberücksichtigt bleibt, erhöht sich die Auslieferungsquote auf 73%, ein Beweis dafür, dass die dänische Industrie gute Leistungen bei normalen Lieferfristen hervorgebracht hat. Die Gesamtauslieferung hätte sich noch steigern lassen, wenn die erforderlichen Zulieferungen aus dem Reich nicht so schleppend eingegangen wären. Zum Vergleich sei bemerkt, dass Frankreich in der Zeit vom 15.9.40-30.6.43 nur knapp 50% der Fertigungsaufträge auslieferte.

Neben den eigentlichen Rüstungsaufträgen wurden auch Aufträge des kriegswichtigen zivilen Bedarfs über Rü Stab Dän. aus dem Reich nach Dänemark verlagert, und zwar in der Zeit vom 1.5.40-31.12.43 Aufträge im Werte von RM 70.232.000,--.

Am 31.12.43 waren 283 Firmen der metallverarbeitenden Industrie und 68 Firmen der Textil- und Lederindustrie mit deutschen Verlagerungsaufträgen beschäftigt. Dazu kommen noch die vielen dänischen Firmen, die als Unterlieferanten der oben genannten Betriebe tätig sind. Ausserdem beschäftigt Rü Stab Dän. über die "Liefergemeinschaft der deutschen Berufsgruppen in Nordschleswig A/S" bis zu 400 mittlere und handwerkliche Betriebe mit deutschen Verlagerungsaufträgen.

3. Änderung des Preisgesetzes.

Von dem Schlichtungsausschuss, der am 21.2.1944 die für die

die Arbeiterschaft enttäuschende Lohnerhöhung zubilligte, ging nach Verkündung der Entscheidung die Anregung zu einer Änderung des Preisgesetzes aus. Hiernach sollte angeordnet werden, dass die zugebilligte Lohnerhöhung keinen Einfluss auf die künftigen Warenpreise haben dürfe und dass hiervon nur in Ausnahmefällen im Interesse der Aufrechterhaltung der Produktion Ausnahmen behördlicherseits zugelassen werden sollen.

Im vorigen Jahr war ein Änderungsvorschlag zum Preisgesetz erörtert worden, nach welchem der Preisbehörde die Befugnis eingeräumt war, Preiserhöhungen zu unterbinden, wenn einem Unternehmen oder einer Branche zugemutet werden kann, die erhöhten Unkosten selbst zu tragen. Dieser Änderungsvorschlag wurde nicht verwirklicht, weil sich starke Widerstände aus den Kreisen der Wirtschaft geltend machten. Das Preisgesetz, war demzufolge im November 1943 unverändert um ein Jahr verlängert worden.

Nunmehr kam nach Fällung des Schiedsspruches unter dem Eindruck der zunehmenden Warenverknappung und Geldreichlichkeit einerseits und der zu Lasten der weniger bemittelten Bevölkerungsschichten getroffenen Lohnentscheidung andererseits eine Neuregulierung zustande. Zu einem beschränkten absoluten Preisstop der vom Schlichtungsausschuss vorgeschlagenen Art vermochte sich allerdings die dänische Zentralverwaltung wegen der seitens des Handels hierzu vorgebrachten Bedenken nicht zu entschliessen.

Die Neuregelung lautet dahin, dass die Preisbehörden den Unternehmen einer Branche und auch Einzelbetrieben auferlegen kann, künftig Lohnerhöhungen, die seit dem 1.1.1943 eingetreten sind, selbst zu tragen - vorausgesetzt, dass ein solches Ansinnen mit Rücksicht auf die Gewinnverhältnisse zumutbar erscheint. Es kann also auch eine Preisherabsetzung gefordert werden, wenn Preise bereits durch Einkalkulierung zurückliegender Lohnsteigerungen erhöht worden sind.

Hiernach ist es an sich nicht verboten, Preise auf Grund von Lohnerhöhungen hinaufzusetzen. Die Initiative zur Unterbindung

bindung

bindung solcher Preiserhöhungen muss jedoch von der Preisbehörde ausgehen.

Die praktische Bedeutung der neuen Preisvorschriften hängt somit von der Art ihrer Handhabung durch die Preisbehörde ab. Die Arbeit der Preisbehörden in Dänemark ist unbedenklich als gut zu bezeichnen. Es kann deshalb damit gerechnet werden, dass von der neugeschaffenen Möglichkeit der Preisdrosselung ausgiebig Gebrauch gemacht und damit eine Preiserhöhung als Folge der neuerdings zugewilligten Lohnerhöhungen so gut wie vollständig unterbunden werden wird.

4. Schifffahrt.

a) Der erste Neubau des Hansa-Programms, ein 3000 ts Frachtschiff, wurde von der Helsingørswerft fertiggestellt und nach erfolgreicher Probefahrt deutscherseits übernommen.

b) Vermehrter Tonnagebedarf der Kriegsmarine machte es notwendig, 5 dänische Motorschiffe zu beschlagnahmen, nachdem Verhandlungen mit den Reedereien mit dem Ziel einer freiwilligen Vercharterung ergebnislos verlaufen waren. Es handelt sich um vier Motorschiffe der "Forenede Dampskibs Selskab A/S":

"Esbjerg"

"Jylland"

"Parkeston"

"~~England~~"

und um ein Schiff der Bornholmer "Dampskibs Selskab paa Bornholm af 1866"

"Hammershus".

c) Von den in dänischen Häfen aufliegenden Frachtmotorschiffen werden auf Grund des deutsch-dänischen Schifffahrtsabkommens 6 weitere Schiffe wieder in Benutzung genommen. Diese Schiffe werden vornehmlich in die Kohlenfahrt nach Norwegen eingesetzt werden.

IV. Strafverfahren wegen Verfehlungen gegen die dänische Krisen- und Wirtschaftsgesetzgebung.

In der letzten Zeit mehren sich die Fälle, in denen dänische Staatsangehörige - meist durch Vermittlung deutscher militärischer oder ziviler Dienststellen - um Schutz gegen dänische Strafverfolgung wegen begangener Verfehlungen gegen die dänische Krisen- und Wirtschaftsgesetzgebung bitten. Bei der Behandlung solcher Fälle ist einerseits davon auszugehen, dass im Interesse des deutschen Ansehens und zur Erhaltung der Lieferfreudigkeit im dänischen Handel und Gewerbe nicht der Eindruck erweckt werden darf, dass dem Reich das Schicksal von Leuten gleichgültig sei, die für wichtige deutsche Interessen Lieferungen und Leistungen erbracht haben. Andererseits muss in Betracht gezogen werden, dass fast sämtliche gesetzgeberischen Massnahmen Dänemarks zur Lenkung der Wirtschaft auf deutsche Anregungen zurückzuführen sind, die im Interesse der Erhaltung der Export- und Lieferfähigkeit des Landes gegeben wurden. Es kann daher nicht angehen, dass durch deutsche Eingriffe gegenüber der dänischen Justiz die Forderungen desavouiert werden, die von den für die Wirtschaftslenkung verantwortlichen deutschen Stellen mit Nachdruck vertreten werden. In der Praxis wird so verfahren, dass üble Geschäftsmacher - vor allem Personen, die sich an die Wehrmacht herangedrängt haben, - keinen Schutz erhalten. Es wird nur im Laufe des Verfahrens beobachtet, ob wegen der Lieferung an deutsche Stellen an sich oder wegen deutschfreundlicher Einstellung des Beschuldigten ungerechte Massnahmen vom Gericht oder der Polizei ergriffen werden. Wenn es sich um eine von beiden Seiten gesuchte Geschäftsverbindung handelt, in der der dänische Partner gut aber nicht über Gebühr verdient und nicht "schwarz" liefert, wird das Verfahren geprüft und unbillige Härten werden durch Intervention gegen die Durchführung des Verfahrens oder durch Einflussnahme auf die Strafvollstreckung gemildert.

Auch in den Fällen echter Verfehlungen wirtschaftlich schwacher Einzelunternehmer, die von deutschen Dienststellen unter starken Druck gesetzt oder über die rechtlichen und tatsächlichen

sächlichen

sächlichen Voraussetzungen ihres Handelns nicht richtig informiert worden waren, wird in gleicher Weise in die anhängigen Strafverfahren eingegriffen.

Bei allem Verständnis für den Einzelfall muss jedoch stets im Auge behalten werden, dass die dänischen Krisen- und Wirtschaftsgesetze nicht nur im dänischen sondern auch im deutschen Interesse erlassen sind und dass eine Erschütterung der Wirtschaftsordnung und der Wirtschaftsmoral in Dänemark, durch Beeinträchtigung der Gesamtleistungen des Landes wichtigste Reichsinteressen schädigen würde.

V. Feindliche Stimmen über Dänemark.

1. Der britische und schwedische Rundfunk.

London,

2.3.1944. Ein dänischer Journalist, der vor kurzem Schweden besucht hat, veröffentlicht in der Times einen Aufsatz mit der Überschrift "Dänemark von heute". In dem Artikel heisst es: "In den ersten paar Monaten war es klar, dass die Deutschen die Absicht hatten, den dänischen Widerstand mit denselben Methoden zu brechen, mit denen sie in anderen Ländern verfahren sind. Jetzt ist es jedoch Werner Best gelungen, über von Hanneken die Übermacht zu gewinnen. Best, der anfänglich als Sondervertreter Himmlers nach Dänemark geschickt wurde, scheint nun auch die volle Unterstützung von Ribbentrops zu haben. Obwohl Best im Anfang ein Fiasko erlitt, arbeitet er ständig nach einer Art Muster-Protectorat-Theorie: nämlich, dass Dänemark als eine Art Reservat bewahrt werden muss. Best ist auch der Meinung, dass es gut ist, ein gutgepflegtes Land zu besitzen, wohin man hochstehende Nazisten auf Urlaub, erholungsbedürftige Soldaten und ausgebombte Zivilisten zur Erholung schicken kann."

London,

11.3.1944. Die kommunistische Partei in Dänemark, die einzige Partei, die von den deutschen Behörden zu illegaler Tätigkeit gezwungen wurde und ihren heldenmütigen Widerstand gegen den Nazismus in Dänemark fortsetzte, hat eine illegale Schrift herausgegeben, die sich mit der Politik, die Dänemark nach dem Kriege führen soll, beschäftigt. Dieses Dokument ist ein wichtiger Beitrag zu der Diskussion, die in der letzten Zeit über die Massnahmen geführt wurde, die getroffen werden sollen, wenn die Deutschen aus Dänemark vertrieben sind. Es heisst darin u.a.: Wir kämpfen für eine wahre Demokratie, die sich in erster Linie mit den wirtschaftlichen

wirtschaftlichen und sozialen Problemen beschäftigt werden soll, die nach dem Kriege in Dänemark entstehen werden. Es muss festgestellt werden, dass die Arbeiterklasse bisher die grössten Lasten der deutschen Besetzung getragen hat. Wenn nicht gleich nach dem Kriege zweckmässige Massnahmen getroffen werden, wird die Arbeitslosigkeit in Dänemark ungeahnten Umfang annehmen.

..... Die einzige rationelle Lösung aller dieser Fragen ist der Sozialismus. Was die Sozialisierung angeht, so müssen auch die Banken davon berührt werden, ebenfalls müssen die Aktien gewisser Industrien in andere Hände übergehen.

..... Über die dänische Aussenpolitik heisst es, dass ein skandinavisches Bündnis weder Dänemark noch den übrigen Staaten eine aussenpolitische Sicherheit geben kann, im Gegenteil, es kann nur ein Hindernis für die internationale Zusammenarbeit bedeuten. Wenn die nordischen Länder trotzdem eine engere Zusammenarbeit wünschen, wird dies nur durch eine Verständigung mit der Sowjetunion möglich sein.

London,

13.3.1944

Es spricht Terkel M. Terkelsen:

Die deutsche Beschützung Dänemarks kostet Dänemark im Augenblick ungefähr 9 Millionen Kronen täglich, und solange es Waren und Arbeitskraft in Dänemark gibt, bestehen keine Aussichten, dass eine Verminderung in dieser systematischen Ausplünderung stattfindet. Die deutschen Pläne mit Dänemark werden von Zeit zu Zeit geändert. Aber gemeinsam für alle Stufen ist es, dass die Ausbeutung des Landes in steigendem Tempo vor sich geht. Der deutsche Traum von Dänemark als von einem Lande unter musterhaftem Schutz ist seit langem zunichte geworden. Aber trotzdem findet man einen Unterschied in der Behandlung Dänemarks im Vergleich zu den meisten anderen besetzten Ländern.

Wenn man die Balance der Nationalbank betrachtet, muss man zugeben, dass die Art und Weise der Deutschen sich gut gelohnt hat. Wenn die Deutschen Dänemark auf eine solche Weise ausnützen können, dass das Land jeden Tag um 9 Millionen Kronen ärmer wird, sieht man, dass dahinter eine Absicht liegt. Diese Absicht beginnt in der letzten Zeit deutlich hervorzutreten. Der Gedanke von Dänemark als einem Musterprotektorat wurde als ein schlechter Scherz aufgegeben. Dafür hat Dänemark die Rolle eines kleinen fruchtbaren Reservoirs zugeteilt bekommen, wo die Deutschen in einer Notlage alles bekommen können, von Lebensmitteln für die bombengeschädigten Städte bis zu Erholungsheimen für Naziführer und deutsche Soldaten, deren Nerven durch die Ungunst der Zeiten in Unordnung gebracht worden sind. Deutsche Soldaten sollen nach Dänemark gesandt werden können, um auszuruhen und um durchgefüttert zu werden; man kann sagen, was man will, über die Deutschen - ihr Appetit ist gut genug.

London,
16.3.1944

"Die dänische Landwirtschaft, mit englischen Augen gesehen":

Seit der Besetzung Dänemarks ist das Schicksal der dänischen Landwirtschaft hier in England mit grossem Interesse verfolgt worden. Die Produkte der dänischen Landwirtschaft pflegten zur täglichen Kost zu gehören. Selbst diejenigen, die mit landwirtschaftlichen Produkten und Landwirtschaft nichts zu tun hatten, dachten darüber nach, was aus der dänischen Lebensmittelproduktion wohl werden würde. Man war sich darüber im klaren, dass die Deutschen sich stark dafür interessieren würden. Die Frage war nur die: Wie wird der dänische Bauer sich gegenüber der deutschen Ausplünderung verhalten? Wird er sich von den hohen Preisen auf Kosten der National-

bank

bank betören lassen oder wird er einsehen, dass die scheinbar hohen Preise nur auf Kosten des dänischen Volkes erlangt werden können? Wird der dänische Bauer einsehen, dass die überschüssige Produktion von Nahrungsmitteln ein direkter Beitrag zum deutschen Kriegsaufgebot ist? Fasst man nun die Eindrücke in Grossbritannien zusammen, so muss man sagen, dass es augenblicklich unmöglich ist, diese Fragen zu beantworten. Man versteht, dass die Lebensmittelproduktion in Dänemark sinken musste, doch bemerkt man auch die Tatsache, dass die Produktion im Jahre 1943 auf Grund der guten Ernte des Vorjahres bedeutend stieg. Gleichzeitig konnte festgestellt werden, dass Dänemark bereit ist, Europa nach dem Kriege weitgehendst mit Lebensmitteln zu versorgen, vorausgesetzt, dass die Deutschen den dänischen Produktionsapparat nicht zerstören. Dänemarks Vertreter auf der UNRA-Konferenz in Atlantic City versicherte auch, dass Dänemark bereit wäre, zur Lösung dieses Problems beizutragen. Daher kann die Tatsache, dass Dänemark einen Überschuss an Lebensmittelproduktion herausholen konnte, nur mit Befriedigung verzeichnet werden. Doch darf dabei nicht vergessen werden, dass Dänemark noch immer Deutschland in der Form von Lebensmittellieferungen dient. Selbstverständlich bedauert jedermann diese Ausfuhr, auch Leute bedauern sie, die einsehen, dass die Bauern ohne Produktion nicht existieren können.

.....Man muss sich darüber im klaren sein, dass die Haltung, die die dänische Landwirtschaft heute der deutschen Besatzungsmacht gegenüber einnimmt, durchaus den Umfang der dänischen Ausfuhr nach Grossbritannien in der Nachkriegszeit beeinflussen kann.

London,

18.3.1944 Die Frühjahrsarbeiten der dänischen Bauern haben wieder angefangen, und da meldet sich naturgemäss das Problem der Beschaffung von Arbeitskräften für die Landwirtschaft. Diese beschwert sich bereits darüber, dass es unmöglich ist, genügend Leute für die Frühjahrsarbeiten zu beschaffen, eine Tendenz, die vermutlich steigen wird, so dass der Mangel an Arbeitskräften im Sommer noch ernster sein wird, vorausgesetzt, dass nichts unternommen wird, um dieser Tendenz entgegenzutreten. Ein Sachverständiger schreibt hierüber in einer Übersicht des Monats Februar: Viel deutet darauf hin, dass der Mangel an Arbeitskräften im kommenden Sommer für die Landwirtschaft das grösste Problem werden wird. Es wird schwer sein, dieses Problem zu lösen, doch eine Lösung muss gefunden werden, wenn auch ganz andere Mittel als die bisherigen angewandt werden müssen. In dem Bericht vermisst man jedoch die Erklärung, warum der Mangel an Arbeitskräften in den letzten Jahren so akut war. Diese Erklärung kann auf Grund der Zensur in Dänemark heute noch nicht veröffentlicht werden. Tausende von Arbeitern sind augenblicklich damit beschäftigt, in Jütland Befestigungswerke für die Deutschen zu bauen, während andere nach Deutschland geschickt wurden, um in der deutschen Kriegsindustrie zu arbeiten, was nur formell freiwillige Arbeit ist, in Wirklichkeit Zwangsarbeit.

2. Die schwedische Presse.

In der schwedischen Presse findet gegenwärtig eine lebhafte Debatte statt über das gereizte Verhältnis, das im Laufe der letzten Monate zwischen der schwedischen Bevölkerung und den ausländischen Flüchtlingen entstanden ist.

In "Göteborgs Handels- und Schifffahrtszeitung" vom 2.3.44 wird ein Artikel des Dänen Christen Fribert unter der Überschrift "Reflektionen eines Dänen in Schweden über die Art und Weise, wie die Schweden reagieren" veröffentlicht, in dem dieser schrieb: "Ein Däne, der sich heute in Schweden aufhält, kann wahrscheinlich nicht umhin, sich durch drei kleine Begebenheiten der letzten Monate etwas bedrückt zu fühlen. Gewiss waren sie nur klein, aber gerade ihr Mangel an Bedeutung macht die Masse an Staub, den sie aufgewirbelt haben, umso überraschender. Zunächst war da der schwedische Justizminister Staatsrat Bergquist, der darauf hinwies, dass Schweden, ehe es dänische Saboteure aufnehmen könne, diese erst genau prüfen müsse.

..... Fall Nr. 2 - sicherlich der unbedeutendste - betrifft das Restaurant "Blauer Vogel" in Stockholm, wo die Polizei gegen eine kleine Schar dänischer Künstler (alles Flüchtlinge) einschritt, weil sie durch Vortrag dänischer Gedichte von Kaj Munk und Otto Gelsted gegen den gesetzlich festgelegten Begriff "Konzert" verstossen hatten.

..... Schliesslich der Fall Nr. 3: einige heissblütige junge Dänen im Lager Sunhultsbrunn bei Frinnaryd versuchten sich vor einiger Zeit im "Friseurgewerbe".

Gewiss sind das alles nur Lappalien, aber es ist nicht der Vorfall selbst, der hier interessiert, sondern die Reaktion, die er in Schweden hervorrufft. Aus dieser Reaktion, so berechtigt sie auch in manchen Augen sein mag, kann man den Eindruck gewinnen, dass die Kluft zwischen schwedischen und dänisch-norwegischen Lebensanschauungen immer breiter und tiefer wird, und dass man nach dem Kriege grosse Schwierigkeiten haben wird, über diesen Abgrund eine Brücke zu schlagen."

"Nya Dagligt Allehanda" schrieb in einem Leitartikel vom 4.3.1944: "Ein bekannter norwegischer Schriftsteller schrieb neulich in einer Wochenzeitschrift, dass die norwegischen Flüchtlinge nach Kriegsende mit bitteren Gefühlen gegen Schweden

den

den in ihr Land zurückkehren würden. Aus Lund wird mitgeteilt, dass die dort studierenden jungen Dänen ihren schwedischen Kommilitonen nicht mehr Achtung oder Wohlwollen entgegenbringen, als etwa ein ordensgeschmückter Frontsoldat einem gewöhnlichen Krüppel. Jüdische Flüchtlinge aus Deutschland protestieren in der Tagespresse gegen unseren Mangel an Taktgefühl. Von den Ausländern, die sich bei uns aufhalten, sind es höchstens die Finnen, die noch freundliche Gefühle für Schweden hegen. Das beruht auf verschiedenen Gründen. Die finnischen Kinder sind schliesslich Kinder; und ausserdem sind sie in des Wortes wahrster Bedeutung Gäste und nicht Flüchtlinge. Wenn sie sich nicht wohlfühlen, können sie in ihr eigenes Land zurückkehren.

..... Die beste Haltung, die wir heute den Flüchtlingen gegenüber einnehmen können, ist die, ihnen zu verstehen zu geben, dass wir in der Stunde des Abschieds als höfliche Gastgeber sagen werden: "Adieu, nichts zu danken!"

"Svenska Darbladet" vom 5.3.1944 schreibt: "Wenn es zuweilen von Seiten der Flüchtlinge heisst, dass wir "nicht mitreden" dürften, weil wir nicht selbst einen Krieg oder eine Besetzung durchgemacht haben, so vergisst man, dass die Verteidigung unseren Grenznachbarn mehr oder weniger aufgezwungen wurde. Sich gegen einen Überfall zu wehren ist in sich selbst noch keine Tat, und nicht überfallen zu werden keine Schuld

.....Aber auch die Flüchtlinge sollten das eine oder andere bedenken, vor allen Dingen sollten sie nicht verlangen, als Helden in unserem Lande empfangen und geehrt zu werden. Ein solcher Empfang wäre verlogen. Unser Mitleid wird ausserdem etwas abgenutzt, wenn sich Wochen, Monate und Jahre hinziehen. Gefühle vertragen nun einmal keine ständige Spannung. Unsere unfreiwilligen Gäste sollten auch daran denken, dass die Schweden selbst bei ihrem Umgang untereinander etwas rauh sind. Ist es nicht ähnlich in Norwegen und Finnland? In Dänemark ist es vielleicht etwas anders, da das dänische Gemüt etwas leichter veranlagt ist als das unsrige....."

"Ein dankbarer Däne" hat in "Nya Dagligt Allehanda" vom 10.3.1944 einen Brief veröffentlicht, in dem er berichtet, er als dänischer Flüchtling habe in Schweden nur Freundlichkeit, Hilfsbereitschaft und Sympathie gefunden. "Wie aber führen sich meine Landsleute hier auf?" fragt er. "Nicht alle gleich gut. Ich entsinne mich eines Aufsatzes, der kürzlich, in einer Illustrierten erschien, worin ein Däne den schwedischen Frauen eine Menge Unverschämtheiten und Grobheiten sagte. Und bei meinen Restaurant-Besuchen habe ich mich mehr als einmal über das laute, unpassende Verhalten meiner Landsleute geärgert, besonders, wenn sie schwedische Verhältnisse kritisieren. Ich weiss genau, dass nicht alle Schweden die dänischen und norwegischen Flüchtlinge lieben, und dass manche Schweden die Tür zugeschlagen haben, wenn ein Däne bei ihnen, ein Zimmer mieten wollte. Aber aus solchen vereinzeltten Begebenheiten dürfen wir keine allgemeinen Schlüsse ziehen..... Endlich dürfen wir nicht vergessen, wie es uns ohne die schwedische Gastfreiheit ergangen wäre."

"Morgentidningen" vom 19.3.1944 veröffentlicht den folgenden mit "R." gezeichneten Artikel über "Dänische Nazi-Pläne": "Sowohl innerhalb wie ausserhalb Dänemarks Grenzen ist es ein öffentliches Geheimnis, dass Frits Clausens Naziartei im Jahre 1941 einen Staatsstreich plante, welcher Dänemarks demokratische Verfassung stürzen und unter dem Schutz der deutschen Bajonette und mit Frits Clausen als "Führer" eine Nazidiktatur errichten sollte.

..... In einem unterirdischen dänischen Verlag ist dieser Tage ein Weissbuch erschienen, das auf der Basis umfangreicher Dokumente nähere Aufklärung über die oben erwähnten Pläne gibt. Eine unterirdische Gruppe hatte erfahren, dass die Gebrüder Bryld - zwei der Hauptpersonen aus Clausens näherer Umgebung und ehemalige Besitzer von "Faedrelandet" - im Begriff standen, die Geheimpapiere der Partei nach Deutschland in Sicherheit zu bringen. Sie statteten daraufhin dem Büro dieser Herren in der Amaliegade unangemeldet einen Besuch ab, wobei es glückte, zwei

Koffer

Koffer mit Dokumenten aus der Glanzzeit der DNSAP zu fassen. In dem oben genannten Weissbuch, betitelt "Aus den Papieren eines Verräters", wird eine Auswahl dieser Dokumente veröffentlicht."

Unter dem Pseudonym Erik Ring ist in Schweden ein Buch, "Hitler beskytter Danmark" ("Hitler beschützt Dänemark") erschienen, das sich mit der Entwicklung in Dänemark seit der Besetzung durch deutsche Truppen befasst und das wegen seines "ruhigen Tones" in Schweden Aufsehen erregt hat. Unter dem Pseudonym Erik Ring verbirgt sich der frühere Stockholmer Korrespondent der Kopenhagener Tageszeitung "Politiken" Erik Seidenfaden.

In dem Kapitel "Des Kanarienvogels Tod", womit das Abtreten des Staatsministers von Scavenius von der politischen Bühne gemeint ist, heisst es u.a.:

"Es ist seltsam genug, dass die 10 kurzen Monate, in welchen Scavenius als Staatsminister fungierte, - also die ganze Zeit, die richtiger vielleicht als "Best-Periode" gekennzeichnet würde - im Hinblick auf deutsche politische Forderungen und sich daraus ergebenden Krisen in Wirklichkeit die ruhigsten in der ganzen Besatzungsperiode waren. Es kamen natürlich Forderungen, aber sie äusserten sich nicht in Nazifizierungsbestrebungen sondern in Veranstaltungen zur grösseren militärischen Sicherung der dänischen Flanke und in einer grösseren Ausnutzung des dänischen Produktionsapparates.

..... Auf einer Reihe von Gebieten, die für die Öffentlichkeit sichtbar waren, erwies sich Dr. Best nicht als der Vernichtungspolitiker, als der er früher aufgetreten war, sondern stattdessen als ein geschmeidiger Mann. Solche wachsen in Deutschland bekanntlich nicht auf den Bäumen, und er lieferte uns deshalb eine Überraschung nach der anderen.

..... Es ist möglich, dass eine "Best-Politik" in einem weit früheren Stadium einen den Umständen nach erträglichen Besatzungszustand hätte herbeiführen können. Aber das Gedankenexperiment ist ganz theoretischer Art..... Als Dr. Best mit seiner Politik begann, waren nicht mehr viele übrig, die an

ihn

ihn glaubten. Es war zu spät. Und wie der Krieg sich nun entwickelte, wurden es immer weniger, die das dänische Doppelspiel fortsetzen wollten.

..... Gleichzeitig damit, dass die Zusammenarbeit zwischen Best und Scavenius - zwischen den Spitzen, die mehr und mehr vom Volk isoliert wurden, - mit steigendem Wohlbefinden zu funktionieren schien, ging die Entwicklung im Lande in der genau entgegengesetzten Richtung. Das deutsche Streben, immer mehr aus dem dänischen Produktionsapparat herauszuholen, war kein Geheimnis für die Organisationen der Saboteure. Wo die "Kontorsabotage" aufhörte, musste die Explosionssabotage eingesetzt werden. Und sie wurde eingesetzt."

Prag, den 13. IV. 1944

Geheim

An den
Chef des Ministeramts
im Hause

Ministeramt
Prag: 13. APR. 1944

Betrifft: Vortrag des Abteilungsleiters VI bei dem Herrn
Staatsminister am 12.4.1944.

- 1.) Von dem Herrn Staatsminister wurde der Entwurf eines Schreibens an den Herrn Wehrmachtbevollmächtigten gezeichnet, der die Regelung der Lebensmittelzuweisungen für Repräsentationszwecke enthält. Der Entwurf wird nochmals zu Ihrer Kenntnis und mit der Bitte um weitere Veranlassung beigelegt.
- 2.) Der Herr Staatsminister hat entschieden, daß aus dem Gemüseaufkommen der Gärtnerei Wokowitz ein bestimmter Personenkreis außerhalb der normalen Gemüseversorgung zu befriedigen ist. Ich habe zunächst für diese Sonderversorgung 100 Teilnehmer vorgeschlagen, halte es jedoch, zumindest für die Anlaufzeit, für zweckmäßig, die Zahl von 50 nicht zu überschreiten. Das Teilnehmerverzeichnis bitte ich mir zuzuleiten.
- 3.) Der Herr Staatsminister wurde unterrichtet, daß entgegen seiner ursprünglichen Bestimmung das aus dem Reich gelieferte fette Schweinefleisch infolge seines schlechten Aussehens als Schmalzfleisch zur Ausgabe gelangen muß.
- 4.) Die Verlagerung der Zuckervorräte aus Luftschutzgründen kann infolge mangelhafter Gestellung von Eisenbahnwaggons zum Abtransport nicht in dem notwendigen Ausmaße durchgeführt werden. In den am meisten luftgefährdeten Fabriken Tschakowitz, Moderschan, Elbe-Kosteletz und Melnik lagern insgesamt ca. 500.000 dz Zucker. Zur möglichst schnellen Räumung ist beabsichtigt, eine Bevorschussung der Bevölkerung mit Zucker für die 63. bis 65. Versorgungsperiode vorzunehmen. Der Herr Staatsminister hat sich hiermit einverstanden erklärt.

- 105
- 5.) Die Trinkmilchversorgung wird bis zum Beginn der Grünfütterung Anfang Juni im bisherigen Ausmaß beibehalten werden können. D.h., es werden an Normalverbraucher je Woche 6 Rationen ausgegeben. Die Zuteilung an Gaststätten und Kantinen entfällt. Die Werksküchen werden um 50 % gekürzt. Diese Regelung erstreckt sich auf das gesamte Protektoratsgebiet. Bei stärkerem Milchaufkommen hat sich der Herr Staatsminister die Entscheidung darüber vorbehalten, ob Gaststätten und Kantinen in Zukunft wieder mit Milch zu beliefern sind.
- 6.) Der Herr Staatsminister hat seine Zustimmung erklärt, daß nach Sicherstellung der Fettversorgung des Protektorats durch das Reich die aus dem Verkauf von ca. 6100 t Zucker bzw. Zuckersirup zu seiner Verfügung gehaltenen 6,500.000 Schweizer Franken nunmehr an das Reich ausgezahlt werden können.
- 7.) Die Rohstoffe der Fa. R u p a wurden so aufgeteilt, daß sämtliche Fertigfabrikate auf den Anteil der Waffen-44 entfallen. Die Kakaobestandteile wurden zu 1/3 der Waffen-44 und zu 2/3 dem zivilen Sektor zugewiesen. Die übrigen Vorräte wurden sinngemäß aufgeteilt.

Anlage:

Entwurf eines Schreibens
an den Herrn Wehrmachtbevoll-
mächtigten.

F. Meyer

Prag, den 13. IV. 1944

Geheim

An den
Chef des Ministeramts
im Hause

Ministeramt
Prag: 13. APR. 1944

Betrifft: Vortrag des Abteilungsleiters VI bei dem Herrn
Staatsminister am 12.4.1944.

- 1.) Von dem Herrn Staatsminister wurde der Entwurf eines Schreibens an den Herrn Wehrmachtbevollmächtigten gezeichnet, der die Regelung der Lebensmittelzuweisungen für Repräsentationszwecke enthält. Der Entwurf wird nochmals zu Ihrer Kenntnis und mit der Bitte um weitere Veranlassung beigelegt.
- 2.) Der Herr Staatsminister hat entschieden, daß aus dem Gemüseaufkommen der Gärtnerei W o k o w i t z ein bestimmter Personenkreis außerhalb der normalen Gemüseversorgung zu befriedigen ist. Ich habe zunächst für diese Sonderversorgung 100 Teilnehmer vorgeschlagen, halte es jedoch, zumindest für die Anlaufzeit, für zweckmäßig, die Zahl von 50 nicht zu überschreiten. Das Teilnehmerverzeichnis bitte ich mir zuzuleiten.
- 3.) Der Herr Staatsminister wurde unterrichtet, daß entgegen seiner ursprünglichen Bestimmung das aus dem Reich gelieferte fette Schweinefleisch infolge seines schlechten Aussehens als Schmalzfleisch zur Ausgabe kommen muß.
- 4.) Die Verlagerung der Zuckerverpackung auf Luftschutts kann infolge mangelhafter Bestellung von Eisenbahnwaggons zum Abtransport nicht in dem notwendigen Ausmaß durchgeführt werden. In den am meisten gefährdeten Bezirken (Mokowitz, Moderschan, ...) wird der Gesamtverbrauch von ca. 500.000 dz Zucker für den Monat April 1944 beabsichtigt, eine Erhöhung ist beabsichtigt, eine ... mit Zucker ... zu nehmen. Der Herr Staatsminister ... erklärt.

- 107
- 5.) Die Trinkmilchversorgung wird bis zum Beginn der Grünfütterung Anfang Juni im bisherigen Ausmaß beibehalten werden können. D.h., es werden an Normalverbraucher je Woche 6 Rationen ausgegeben. Die Zuteilung an Gaststätten und Kantinen entfällt. Die Werksküchen werden um 50 % gekürzt. Diese Regelung erstreckt sich auf das gesamte Protektoratsgebiet. Bei stärkerem Milchaufkommen hat sich der Herr Staatsminister die Entscheidung darüber vorbehalten, ob Gaststätten und Kantinen in Zukunft wieder mit Milch zu beliefern sind.
 - 6.) Der Herr Staatsminister hat seine Zustimmung erklärt, daß nach Sicherstellung der Fettversorgung des Protektorats durch das Reich die aus dem Verkauf von ca. 6100 t Zucker bzw. Zuckersirup zu seiner Verfügung gehaltenen 6,500.000 Schweizer Franken nunmehr an das Reich ausgezahlt werden können.
 - 7.) Die Rohstoffe der Fa. R u p a wurden so aufgeteilt, daß sämtliche Fertigfabrikate auf den Anteil der Waffen- $\frac{1}{4}$ entfallen. Die Kakaobestandteile wurden zu $\frac{1}{3}$ der Waffen- $\frac{1}{4}$ und zu $\frac{2}{3}$ dem zivilen Sektor zugewiesen. Die übrigen Vorräte wurden sinngemäß aufgeteilt.

Anlage:

entwurf eines Schreibens
an den Herrn Wehrmachtbevoll-
mächtigten.

F. J. J.

Prag, den 13. IV. 1944 ¹⁰⁸

Geheim

An den
Chef des Ministeramts
im Hause

13. APR. 1944

Betrifft: Vortrag des Abteilungsleiters VI bei dem Herrn
Staatsminister am 12.4.1944.

- 1.) Von dem Herrn Staatsminister wurde der Entwurf eines Schreibens an den Herrn Wehrmachtbevollmächtigten gezeichnet, der die Regelung der Lebensmittelzuweisungen für Repräsentationszwecke enthält. Der Entwurf wird nochmals zu Ihrer Kenntnis und mit der Bitte um weitere Veranlassung beigelegt.
- 2.) Der Herr Staatsminister hat entschieden, daß aus dem Gemüseaufkommen der Gärtnerei W o k o w i t z ein bestimmter Personenkreis außerhalb der normalen Gemüseversorgung zu befriedigen ist. Ich habe zunächst für diese Sonderversorgung 100 Teilnehmer vorgeschlagen, halte es jedoch, zumindest für die Anlaufzeit, für zweckmäßig, die Zahl von 50 nicht zu überschreiten. Das Teilnehmerverzeichnis bitte ich mir zuzuleiten.
- 3.) Der Herr Staatsminister wurde unterrichtet, daß entgegen seiner ursprünglichen Bestimmung das aus dem Reich gelieferte Schweinefleisch infolge seines schlechten Aussehens als Schmalzfleisch zur Ausgabe gelangen muß.
- 4.) Die Verlagerung der Zuckervorräte aus Luftschutzgründen kann infolge mangelhafter Gestaltung von Eisenbahnanlagen zum Abtransport nicht in dem notwendigen Ausmaße durchgeführt werden. In den am meisten gefährdeten Fabriken (Kaučuk, Witz, Moderschan, Elbest, etc.) sind Zuckervorräte mit ca. 500.000 dz Zucker für die möglichst schnelle Räumung ist vorzunehmen, eine Bevorschussung der Bevölkerung mit Zucker für die 63. bis 65. Versorgungsperiode vorzunehmen. Der Herr Staatsminister hat sich hiermit einverstanden erklärt.
- 5.)

- 109
- 5.) Die Trinkmilchversorgung wird bis zum Beginn der Grünfütterung Anfang Juni im bisherigen Ausmaß beibehalten werden können. D.h., es werden an Normalverbraucher je Woche 6 Rationen ausgegeben. Die Zuteilung an Gaststätten und Kantinen entfällt. Die Werksküchen werden um 50 % gekürzt. Diese Regelung erstreckt sich auf das gesamte Protektoratsgebiet. Bei stärkerem Milchaufkommen hat sich der Herr Staatsminister die Entscheidung darüber vorbehalten, ob Gaststätten und Kantinen in Zukunft wieder mit Milch zu beliefern sind.
- 6.) Der Herr Staatsminister hat seine Zustimmung erklärt, daß nach Sicherstellung der Fettversorgung des Protektorats durch das Reich die aus dem Verkauf von ca. 6100 t Zucker bzw. Zuckersirup zu seiner Verfügung gehaltenen 6,500.000 Schweizer Franken nunmehr an das Reich ausgezahlt werden können.
- 7.) Die Rohstoffe der Fa. R u p a wurden so aufgeteilt, daß sämtliche Fertigfabrikate auf den Anteil der Waffen-44 entfallen. Die Kakaobestandteile wurden zu 1/3 der Waffen-44 und zu 2/3 dem zivilen Sektor zugewiesen. Die übrigen Vorräte wurden sinngemäß aufgeteilt.

Anlage:
Entwurf eines Schreibens
an den Herrn Wehrmachtbevoll-
mächtigten.

F. B. G.

110
Prag, den 13. IV. 1944

Geheim

An den
Chef des Ministeramts
im Hause

13. APR. 1944

Betrifft: Vortrag des Abteilungsleiters VI bei dem Herrn
Staatsminister am 12.4.1944.

- 1.) Von dem Herrn Staatsminister wurde der Entwurf eines Schreibens an den Herrn Wehrmachtbevollmächtigten gezeichnet, der die Regelung der Lebensmittelzuweisungen für Repräsentationszwecke enthält. Der Entwurf wird nochmals zu Ihrer Kenntnis und mit der Bitte um weitere Veranlassung beigelegt.
- 2.) Der Herr Staatsminister hat entschieden, daß aus dem Gemüseaufkommen der Gärtnerei W o k o w i t z ein bestimmter Personenkreis außerhalb der normalen Gemüseversorgung zu befriedigen ist. Ich habe zunächst für diese Sonderversorgung 100 Teilnehmer vorgeschlagen, halte es jedoch, zumindest für die Anlaufzeit, für zweckmäßig, die Zahl von 50 nicht zu überschreiten. Das Teilnehmerverzeichnis bitte ich mir zuzuleiten.
- 3.) Der Herr Staatsminister wurde unterrichtet, daß entgegen seiner ursprünglichen Bestimmung das aus dem Reich kommende fette Schweinefleisch infolge seines schlechten Aussehens als Schmalzfleisch zur Ausgabe gelangen wird.
- 4.) Die Verlagerung der Zuckervorräte aus Prag aus Platzgründen kann infolge mangelhafter Gestellung von Eisenbahnwaggons zum Abtransport nicht in dem notwendigen Ausmaße durchgeführt werden. In den am meisten gefährdeten Fabriken Tschakowitz, Moderschan, Elbe-Kostelitz und Melnik lagern insgesamt ca. 500.000 dz Zucker. Zur möglichst schnellen Abholung ist es notwendig, eine Bevorschussung der Bevölkerung mit Zucker für die 63. bis 65. Versorgungsperiode vorzunehmen. Der Staatsminister hat sich hiermit einverstanden erklärt.

- 5.) Die Trinkmilchversorgung wird bis zum Beginn der Grünfütterung Anfang Juni im bisherigen Ausmaß beibehalten werden können. D.h., es werden an Normalverbraucher je Woche 6 Rationen ausgegeben. Die Zuteilung an Gaststätten und Kantinen entfällt. Die Werksküchen werden um 50 % gekürzt. Diese Regelung erstreckt sich auf das gesamte Protektoratsgebiet. Bei stärkerem Milchaufkommen hat sich der Herr Staatsminister die Entscheidung darüber vorbehalten, ob Gaststätten und Kantinen in Zukunft wieder mit Milch zu beliefern sind.

- 6.) Der Herr Staatsminister hat seine Zustimmung erklärt, daß nach Sicherstellung der Fettversorgung des Protektorats durch das Reich die aus dem Verkauf von ca. 6100 t Zucker bzw. Zuckersirup zu seiner Verfügung gehaltenen 6,500.000 Schweizer Franken nunmehr an das Reich ausgezahlt werden können.

- 7.) Die Rohstoffe der Fa. R u p a wurden so aufgeteilt, daß sämtliche Fertigfabrikate auf den Anteil der Waffen-4 entfallen. Die Kakaobestandteile wurden zu 1/3 der Waffen-4 und zu 2/3 dem zivilen Sektor zugewiesen. Die übrigen Vorräte wurden sinngemäß aufgeteilt.

Anlage:
 Entwurf eines Schreibens
 an den Herrn Wehrmachtbevollmächtigten.

F. Meyer

Prag, den 13. IV. 1944

Geheim

An den
Chef des Ministeramts
im Hause

12
13. APR. 1944

Betrifft: Vortrag des Abteilungsleiters VI bei dem Herrn
Staatsminister am 12.4.1944.

- 1.) Von dem Herrn Staatsminister wurde der Entwurf eines Schreibens an den Herrn Wehrmachtbevollmächtigten gezeichnet, der die Regelung der Lebensmittelzuweisungen für Repräsentationszwecke enthält. Der Entwurf wird nochmals zu Ihrer Kenntnis und mit der Bitte um weitere Veranlassung beigelegt.
- 2.) Der Herr Staatsminister hat entschieden, daß aus dem Gemüseaufkommen der Gärtnerei W o k o w i t z ein bestimmter Personenkreis außerhalb der normalen Gemüseversorgung zu befriedigen ist. Ich habe zunächst für diese Sonderversorgung 100 Teilnehmer vorgeschlagen, halte es jedoch, zumindest für die Anlaufzeit, für zweckmäßig, die Zahl von 50 nicht zu überschreiten. Das Teilnehmerverzeichnis bitte ich mir zuzuleiten.
- 3.) Der Herr Staatsminister wurde unterrichtet, daß entgegen seiner ursprünglichen Bestimmung das aus dem Reich beschaffte fette Schweinefleisch infolge seines schlechten Zustandes als Schmalzfleisch zur Ausgabe gelangen wird.
- 4.) Die Verlagerung des Zuckervorrates aus Luftschiffen kann infolge mangelhafter Gestellungsverhältnisse zum Abtransport nicht in dem notwendigen Ausmaße durchgeführt werden. In den am meisten luftgefährdeten Gebieten Tschowitz, Moderschan, Blum-Kostelitz und Melnik lagern sich ca. 500.000 dz Zucker. Zur möglichst schnellen Verlagerung ist beabsichtigt, eine Bevorschussung der Bevölkerung mit Zucker für die 63. bis 64. Versorgungsperiode vorzunehmen. Der Herr Staatsminister hat sich hiermit einverstanden erklärt.

- 5.) Die Trinkmilchversorgung wird bis zum Beginn der Grünfütterung Anfang Juni im bisherigen Ausmaß beibehalten werden können. D.h., es werden an Normalverbraucher je Woche 6 Rationen ausgegeben. Die Zuteilung an Gaststätten und Kantinen entfällt. Die Werksküchen werden um 50 % gekürzt. Diese Regelung erstreckt sich auf das gesamte Protektoratsgebiet. Bei stärkerem Milchaufkommen hat sich der Herr Staatsminister die Entscheidung darüber vorbehalten, ob Gaststätten und Kantinen in Zukunft wieder mit Milch zu beliefern sind.

- 6.) Der Herr Staatsminister hat seine Zustimmung erklärt, daß nach Sicherstellung der Fettversorgung des Protektorats durch das Reich die aus dem Verkauf von ca. 6100 t Zucker bzw. Zuckersirup zu seiner Verfügung gehaltenen 6,500.000 Schweizer Franken nunmehr an das Reich ausgezahlt werden können.

- 7.) Die Rohstoffe der Fa. R u p a wurden so aufgeteilt, daß sämtliche Fertigfabrikate auf den Anteil der Waffen- $\frac{1}{4}$ entfallen. Die Kakaobestandteile wurden zu $\frac{1}{3}$ der Waffen- $\frac{1}{4}$ und zu $\frac{2}{3}$ dem zivilen Sektor zugewiesen. Die übrigen Vorräte wurden sinngemäß aufgeteilt.

F. G. ...

Anlage:
 Entwurf eines Schreibens
 an den Herrn Wehrmachtbevoll-
 mächtigten.

Prag, den 13. IV. 1944

Geheim

An den
Chef des Ministeramts
im Hause

Ministeramt

Datum: 13. APR. 1944

Betrifft: Vortrag des Abteilungsleiters VI bei dem Herrn
Staatsminister am 12.4.1944.

- 1.) Von dem Herrn Staatsminister wurde der Entwurf eines Schreibens an den Herrn Wehrmachtbevollmächtigten gezeichnet, der die Regelung der Lebensmittelzuweisungen für Repräsentationszwecke enthält. Der Entwurf wird nochmals zu Ihrer Kenntnis und mit der Bitte um weitere Veranlassung beigelegt.
- 2.) Der Herr Staatsminister hat entschieden, daß aus dem Gemüseaufkommen der Gärtnerei W o k o w i t z ein bestimmter Personenkreis außerhalb der normalen Gemüseversorgung zu befriedigen ist. Ich habe zunächst für diese Sonderversorgung 100 Teilnehmer vorgeschlagen, halte es jedoch, zumindest für die Anlaufzeit, für zweckmäßig, die Zahl von 50 nicht zu überschreiten. Das Teilnehmerverzeichnis bitte ich mir zuzuleiten.
- 3.) Der Herr Staatsminister wurde unterrichtet, daß entgegen seiner ursprünglichen Bestimmung das aus dem Reich gelieferte fette Schweinefleisch infolge seines schlechten Aussehens als Schmalzfleisch zur Ausgabe gelangt.
- 4.) Die Verlagerung der Zuckervorräte aus Luftschutzgründen kann infolge mangelhafter Bestellung von Eisenbahnwagen zum Abtransport nicht in dem notwendigen Ausmaße durchgeführt werden. In den am meisten luftgefährdeten Fabriken (Militärlagerplatz, Moderschan, Elbe-Kosteletz und Melnik) lagern insgesamt ca. 500.000 dz Zucker. Zur möglichst schnellen Räumung ist es erwünscht, eine Bevorschussung der Bevölkerung mit Zucker für die 63. bis 65. Versorgungsperiode vorzunehmen. Der Herr Staatsminister hat sich hiermit einverstanden erklärt.

- 115
- 5.) Die Trinkmilchversorgung wird bis zum Beginn der Grünfütterung Anfang Juni im bisherigen Ausmaß beibehalten werden können. D.h., es werden an Normalverbraucher je Woche 6 Rationen ausgegeben. Die Zuteilung an Gaststätten und Kantinen entfällt. Die Werksküchen werden um 50 % gekürzt. Diese Regelung erstreckt sich auf das gesamte Protektoratsgebiet. Bei stärkerem Milchaufkommen hat sich der Herr Staatsminister die Entscheidung darüber vorbehalten, ob Gaststätten und Kantinen in Zukunft wieder mit Milch zu beliefern sind.
- 6.) Der Herr Staatsminister hat seine Zustimmung erklärt, daß nach Sicherstellung der Fettversorgung des Protektorats durch das Reich die aus dem Verkauf von ca. 6100 t Zucker bzw. Zuckersirup zu seiner Verfügung gehaltenen 6,500.000 Schweizer Franken nunmehr an das Reich ausgezahlt werden können.
- 7.) Die Rohstoffe der Fa. R u p a wurden so aufgeteilt, daß sämtliche Fertigfabrikate auf den Anteil der Waffen- $\frac{1}{4}$ entfallen. Die Kakaobestandteile wurden zu $\frac{1}{3}$ der Waffen- $\frac{1}{4}$ und zu $\frac{2}{3}$ dem zivilen Sektor zugewiesen. Die übrigen Vorräte wurden sinngemäß aufgeteilt.

Anlage:
Entwurf eines Schreibens
an den Herrn Wehrmachtbevoll-
mächtigten.

F. [unintelligible]

Prag, den 13. IV. 1944

Geheim

An den
Chef des Ministeramts
im Hause

13. APR. 1944

Betrifft: Vortrag des Abteilungsleiters VI bei dem Herrn
Staatsminister am 12.4.1944.

- 1.) Von dem Herrn Staatsminister wurde der Entwurf eines Schreibens an den Herrn Wehrmachtbevollmächtigten gezeichnet, der die Regelung der Lebensmittelzuweisungen für Repräsentationszwecke enthält. Der Entwurf wird nochmals zu Ihrer Kenntnis und mit der Bitte um weitere Veranlassung beigelegt.
- 2.) Der Herr Staatsminister hat entschieden, daß aus dem Gemüseaufkommen der Gärtnerei W o k o w i t z ein bestimmter Personenkreis außerhalb der normalen Gemüseversorgung zu befriedigen ist. Ich habe zunächst für diese Sonderversorgung 100 Teilnehmer vorgeschlagen, halte es jedoch, zumindest für die Anlaufzeit, für zweckmäßig, die Zahl von 50 nicht zu überschreiten. Das Teilnehmerverzeichnis bitte ich mir zuzuleiten.
- 3.) Der Herr Staatsminister wurde unterrichtet, daß entgegen seiner ursprünglichen Bestimmung das aus dem Reich gelieferte fette Schweinefleisch infolge seines schlechten Aussehens als Schmalzfleisch zur Ausgabe gelangt ist.
- 4.) Die Verlagerung der Zuckervorräte der Luftschutzgründen kann infolge mangelhafter Gestellung von Eisenbahnwagen zum Abtransport nicht in dem notwendigen Ausmaße durchgeführt werden. In den am meisten luftgefährdeten Fabriken Schachwitz, Moderschan, Elbe-Kosteletz und Melnik lagern gegenwärtig ca. 500.000 dz Zucker. Zur möglichst schnellen Räumung beabsichtigt, eine Bevorschussung der Bevölkerung mit Zucker für die 63. bis 65. Versorgungsperiode vorzunehmen. Dem Herr Staatsminister hat sich hiermit einverstanden erklärt.

- 5.) Die Trinkmilchversorgung wird bis zum Beginn der Grünfütterung Anfang Juni im bisherigen Ausmaß beibehalten werden können. D.h., es werden an Normalverbraucher je Woche 6 Rationen ausgegeben. Die Zuteilung an Gaststätten und Kantinen entfällt. Die Werksküchen werden um 50 % gekürzt. Diese Regelung erstreckt sich auf das gesamte Protektoratsgebiet. Bei stärkerem Milchaufkommen hat sich der Herr Staatsminister die Entscheidung darüber vorbehalten, ob Gaststätten und Kantinen in Zukunft wieder mit Milch zu beliefern sind.
- 6.) Der Herr Staatsminister hat seine Zustimmung erklärt, daß nach Sicherstellung der Fettversorgung des Protektorats durch das Reich die aus dem Verkauf von ca. 6100 t Zucker bzw. Zuckersirup zu seiner Verfügung gehaltenen 6,500.000 Schweizer Franken nunmehr an das Reich ausgezahlt werden können.
- 7.) Die Rohstoffe der Fa. R u p a wurden so aufgeteilt, daß sämtliche Fertigfabrikate auf den Anteil der Waffen-4 entfallen. Die Kakaobestandteile wurden zu 1/3 der Waffen-4 und zu 2/3 dem zivilen Sektor zugewiesen. Die übrigen Vorräte wurden sinngemäß aufgeteilt.

Anlage:
Entwurf eines Schreibens
an den Herrn Wehrmachtbevoll-
mächtigten.

F. L. S.

Fernschreibstelle

Three empty boxes for sender information.

Staatsmin. Nr. 862

Fernschreibname

Laufende Nr.

Angenommen:
Aufgenommen:

Befördert:

Datum: 12/3 1944

Datum: 19

um:

um:

von:

an:

durch:

durch:

Rolle:

Vermerke: -- G E H E I M NR 1098 -----

Fernschreibpostale: SWVS NR 1028 11.3.44 1420 =====
Fernspruch:

AN SS-OBERGRUPPENFUEHRER STAATSMINISTER F R A N K

Vermerke für Beförderung vom Absender auszufüllen

P R A G =====

OBERGRUPPENFUEHRER.

GEHORSAMSTEN DANK FUER FERNSCHREIBEN VOM 8.3. BETR.

EINSATZ VON FREMDVOELKISCHEN HAEFTLINGEN AUF SS-TRUPPENEUEBUNGSPLATZ BOEHMEN. ICH HABE SS-GRUPPENFUEHRER UND GENERALLEUTNANT DER WAFFEN-SS GLUECKS SOFORT GEBETEN, IHNEN EINE ENTSPRECHENDE ERKLAERUNG ZUZULEITEN, DA ER ALS CHEF DER AMTSRUPPE D - KONZENTRATIONSLAGER-HIERFUER VERANTWORTLICH IST.=====

HEIL-HITLER. DR.ING. K A M M L E R

SS-W.-V.-HAUPTAMT =====

Handwritten signature: *Jim Torgony 2.17.45*
Unterschrift des Auftraggebers

Five empty boxes for recipient information.
Fernsprechanruf des Auftraggebers

Fernschreibstelle

Three empty boxes for address or identification.

Dr. Staatsmin. Nr. 998

Fernschreibname

Laufende Nr.

Angenommen:

Aufgenommen:

Datum: 19.3. 19 44

um: 1535

von: [Handwritten]

durch: Kubierant

Befördert:

Datum: _____ 19____

um: _____

an: _____

durch: _____

Rolle: _____

Handwritten blue mark: R 5913

Vermerke:

Fernschreiben:

K R - - SSSS 04313 19/3 1505 = G E H E I M -

AN SS- OBERGRUPPENFUEHRER STAATSMINISTER DR. F R A N K ,

Vermerke für Beförderung vom Absender auszufüllen

P R A G =

DER REICHSFUEHRER-SS HAT ENTSCHIEDEN, DASZ DIE STELLE DES BEFEHLSHABERS DER WAFFEN-SS BOEHMEN UND MAEHREN NEU BESETZT WIRD, DA MIT DER RUECKKEHR VON SS- GRUPPENFUEHRER K E P P L E R IN ABSEHBARER ZEIT NICHT ZU RECHNEN IST. ZUM BEFEHLSHABER DER WAFFEN-SS BOEHMEN UND MAEHREN WURDE ERNANNT

SS- BRIGADEFUEHRER UND GENERALMAJOR DER WAFFEN-SS GRAF PUECKLER, DER IHNEN AUS SEINER FRUEHEREN TAETIGKEIT DORT BEKANNT IST.

DESWEGEN ERUEBRIGTE SICH EINE VORHERIGE FUEHLUNGNAHME.

HEIL HITLER.- IHR J U T T N E R - SS- F H A / A D J U T A N T U R -

TGB.HNR. ROEM 2/ 3336/44 GEH. +

Handwritten signature: [Signature] 2. IV. 1944

Unterschrift des Auftraggebers

Fernsprechanschluß des Auftraggebers

Abteilung VI
Ernährung und Landwirtschaft

VI - R/3 - 130/45 g

Prag, den

6. III. 1945 120

Geheim

An den
Chef des Ministeramts
im Hause

Betrifft: Vortrag des Abteilungsleiters VI bei dem Herrn
Staatsminister am 3.3.1945.

- 7.) Aus dem Protektorat wurden bisher täglich mit geringen Unterbrechungen 2 Getreidezüge und alle 2 Tage ein Zuckerzug nach dem Reich verladen. Es wird angestrebt, die Verladung auf 5 Züge täglich zu erhöhen.

F. Pfeiffer

Abteilung VI
Ernährung und Landwirtschaft
VI - R/3 - 88/45 g

121
Prag, den 16. Februar 1945.

Geheim

An den
Chef des Ministeramts
im Hause.

Betrifft: Vortrag des Abteilungsleiters VI bei dem Herrn
Staatsminister am 15.2.1945.

- 1.) Der Herr Staatsminister ist damit einverstanden, daß zur
Sicherung der Kartoffelversorgung eine Rationssenkung für
Normalverbraucher ab 5.3.45 von 3 kg auf 2 kg erfolgt. Die
bisher ausgegebenen Rationen an Werksküchen und Gaststätten
werden weiterhin aufrechterhalten.

F. Müller

Abteilung VI
Ernährung und Landwirtschaft

Prag, den

6. III. 1945

VI - R/3 - 130/45 g

Geheim

An den
Chef des Ministeramts
im Hause

Betrifft: Vortrag des Abteilungsleiters VI bei dem Herrn
Staatsminister am 3.3.1945.

8.) Der Herr Staatsminister hat seine Zustimmung erteilt, die
Kartoffelanbaufläche von bisher ca. 308.000 ha auf 356.000 ha
zu erhöhen und darüber hinaus ca. 20.000 ha Pflichtanbau von
Kohlrüben vorzuschreiben. Der in Aussicht genommene Gemein-
schaftsanbau von Ölfrüchten (Flächen unter 0.2 ha dürfen
nicht angebaut werden) kann durchgeführt werden.

F. Pfeifer

Abteilung VI
Ernährung und Landwirtschaft
VI - R/3 - 130/45 g

Prag, den

6. III. 1945

123

Geheim

An den
Chef des Ministeramts
im Hause

Betrifft: Vortrag des Abteilungsleiters VI bei dem Herrn
Staatsminister am 3.3.1945.

- 6.) Der Herr Staatsminister hat entschieden, daß die Regierungs-
verordnung über die Sozialversicherung für die Landwirtschaft
des Protektorats zunächst geheim und im deutschen Sektor be-
arbeitet werden soll. Erst abschließend sollen Tschechen
unter Verpflichtung auf Geheimhaltung zugezogen werden.

F. Schmidt

Abteilung VI
Ernährung und Landwirtschaft

VI - R/3 - 130/45 g

Prag, den

124
6. III. 1945

Geheim

An den
Chef des Ministeramts
im Hause

Betrifft: Vortrag des Abteilungsleiters VI bei dem Herrn
Staatsminister am 3.3.1945.

3.) Der Herr Staatsminister hat der mit den Vertretern des Reichs getroffenen Absprache über die Verwertung von ca. 40.000 Stück Vieh zugestimmt. Danach werden die Tiere für die Versorgung des Frischfleischmarktes im Protektorat übernommen. Die Pflichtlieferungen werden vorläufig ausgesetzt und notfalls bei der erforderlichen Rücklieferung an das Reich entsprechend erhöht. Alle Zugtiere (Ochsen und Kühe) sind von der Schlachtung mit Rücksicht auf den großen zu erwartenden Bedarf bei der Zurückeroberung des Ostens von der Schlachtung auszunehmen, ebenso die gesunden zuchtauglichen Rinder und Schafe. Eine unangenehme Begleiterscheinung des Vieheintriebes in das Protektorat ist die Ausbreitung der Maul- und Klauenseuche.

F. Haupt

Abteilung VI
Ernährung und Landwirtschaft
VI - R/3 - 130/45 g

Prag, den

6. III. 1945 ¹²⁵

Geheim

An den
Chef des Ministeramts
im Hause

Betrifft: Vortrag des Abteilungsleiters VI bei dem Herrn
Staatsminister am 3.3.1945.

2.) Von Minister Dr. B e r t s c h wurde darauf hingewiesen,
daß es voraussichtlich nicht möglich sein wird, die in der
nächsten Kampagne zu erwartenden rund 28 Millionen dz Zucker-
rüben zu verarbeiten. Es wären dazu notwendig 450.000 t Kohle
und Koks und 95.000 t Kalkstein . Neben der Materialbeschaf-
fung ergeben sich Transportschwierigkeiten. Auch fehlt es an

den notwendigen Mineralölen. Der Herr Staatsminister ist
der Auffassung, daß aus ernährungswirtschaftlichen und
landwirtschaftlich-betriebswirtschaftlichen Erwägungen
die Zuckerrübenanbaufläche möglichst hoch erhalten bleiben
muß. Für die Verwertung von Zuckerrüben muß notfalls nach
geeigneten Ausweichmöglichkeiten gesucht werden. Die Ent-
scheidung über die Anbaufläche ist nicht allein aus den
Bedürfnissen des Protektorats heraus zu beurteilen, sondern
es ist auch eine Abstimmung mit Reichsminister B a c k e
erforderlich.

F. Schmidt

Geheim

An den
Chef des Ministeramts
im Hause

Betrifft: Vortrag des Abteilungsleiters VI bei dem Herrn
Staatsminister am 3.3.1945.

- 1.) Der Herr Staatsminister wurde über die im Reich geplanten Kürzungen unterrichtet, er ist grundsätzlich damit einverstanden, daß ähnliche Maßnahmen auch im Protektorat durchgeführt werden. Außer der Verlängerung der Lebensmittelkarten für die 72. und 73. Zuteilungsperiode um insgesamt eine Woche betragen die weiteren Rationskürzungen für die 73. Zuteilungsperiode im Reich 1000 g Brot, 250 g Nahrungsmittel und 125 g Fett. Bei Kindern von 3 - 10 Jahren beträgt die Kürzung bei Brot nur 500 g. Die Brotration der Kleinstkinder bis zu 3 Jahren wird nicht heruntergesetzt. Die Kürzung der Selbstversorgungerrationen ist/^{hier}noch nicht bekannt. Im Protektorat werden ebenfalls 1000 g Brot gekürzt. Aus kartentechnischen Gründen erfolgt bei Nahrungsmitteln zunächst lediglich eine Kürzung von 200 g. Die Fettrationen bleiben erhalten. Auch ohne Kürzung liegen die Fettrationen im Protektorat dann noch niedriger bei den Altersgruppen von 18 Jahren und mehr um 26 g, bei 14 - 18 Jahren um 250 g, bei 6 - 14 Jahren um 125 g. Höher liegen die Rationen um je 125 g bei den Altersgruppen von 3 - 6 Jahren und unter 3 Jahren. Von der 74. Zuteilungsperiode an sollen dann die Fettrationen möglichst an die Rationen des Reichs angepaßt werden.

F. Schmidt

Herrn Finckes.

127

Die vorgeschlossenen Pachtbriefe sind von
Ihre Gnade angefordert. Sie die dar.
schreibt selbst gleich zu den Akten, die das
Material über die Pachtbriefe der Abtheilung
lesen bei dem Herrn Staatsminister Auf.
beim.

x. 10/4. 44.

L.

2/ 4. 44.

Prag, den 28. III. 1944 28

VI - R/3 - 42/44 g

Geheim

An den
Chef des Ministeramts

im Hause.

Ministeramt

29. MRZ. 1944

Betrifft: Vortrag des Abteilungsleiters VI bei dem Herrn
Staatsminister am 27.3.1944.

1.) Der Herr Staatsminister hat sich mit folgender Änderung
der Fettversorgung für Normalverbraucher in der 61., 62.
und 63. Versorgungsperiode einverstanden erklärt:

61. Versorgungsperiode

- a) anstelle von 140 g Butter werden 150 g "fettes Schweinefleisch" ausgegeben,
 - b) 80 g Schweinerohfett werden durch 100 g "fettes Schweinefleisch" ersetzt,
 - c) Zuteilung von Margarine wie bisher 485 g
- Gesamtfettzuteilung in der 61. Versorgungsperiode 735 g
=====

62. Versorgungsperiode

- a) Butter wird in voller Höhe mit 140 g ausgegeben,
 - b) anstelle von 80 g Schweinerohfett 100 g "fettes Schweinefleisch",
 - c) anstelle von 485 g Margarine wie bisher 335 g Margarine und 150 g "fettes Schweinefleisch"
- Gesamtfettzuteilung in der 62. Versorgungsperiode 725 g
=====

63. Versorgungsperiode

- a) Butter 140 g
 - b) Schweinefett 80 g
 - c) Margarine 235 g
 - d) "fettes Schweinefleisch" 250 g
- Gesamtfettzuteilung in der 63. Versorgungsperiode 705 g.
=====

2.) Ich habe den Herrn Staatsminister unterrichtet, daß
Minister H r u b ý in letzter Zeit versucht, sich stärker

in

128a

in Personalfragen einzuschalten und insbesondere bestrebt ist, Angehörige der früheren Agrarpartei im Verband der Land- und Forstwirtschaft und angeschlossenen Organisationen möglichst verdienstgünstig zu placieren. Der Herr Staatsminister hat angeordnet, diese Entwicklung zu beobachten und die Beamten nach ihrer fachlichen und sonstigen Eignung zu beurteilen und sie notfalls auch gegen den Willen des Ministers zu halten bezw. ihre Einstellung zu verhindern.

3.) Ich habe den Herrn Staatsminister gebeten, die Angelegenheit Febrans, Firma Omnipol A.G., einer baldigen Klärung zuzuführen, da ich die Bemerkungen, die Febrans hinsichtlich meiner Person gemacht haben soll, nicht auf sich beruhen lassen kann.

Handwritten signature



57304

Abteilung VI
Ernährung und Landwirtschaft
VI - R/3 - 88/45 g

Prag, den 16. Februar 1945.

Geheim

An den
Chef des Ministeramts
im Hause .

Betrifft: Vortrag des Abteilungsleiters VI bei dem Herrn
Staatsminister am 15.2.1945.

- 2.) Aus kriegswirtschaftlichen Gründen soll in Zukunft eine Vorratslagerung bei Eiern nur noch für Lazarette, Krankenhäuser und KLV erfolgen. Im übrigen sollen die Eier so zur Verteilung kommen, wie sie gerade anfallen. Dabei ist im Rahmen der gegebenen Transportverhältnisse so wie bisher für eine möglichst gleichmäßige und gerechte Verteilung zu sorgen.

F. J. J.

Prag, den 16. Februar 1945.

Abteilung VI
Ernährung und Landwirtschaft
VI - R/3 - 88/45 g

Geheim

An den
Chef des Ministeramts
im Hause.

Betrifft: Vortrag des Abteilungsleiters VI bei dem Herrn
Staatsminister am 15.2.1945.

3.) Hinsichtlich der in Aussicht genommenen Milchpreiserhöhung für das Protektorat wurde der Herr Staatsminister über die Gründe für diese Erhöhung unterrichtet. Der Herr Staatsminister wäre mit einer Milchpreiserhöhung für die Verbraucherschaft nur für den Fall einverstanden, daß eine merkliche Steigerung der Milcherzeugung und Ablieferungsfreudigkeit durch diese Maßnahme zu erwarten wäre. Hiermit ist jedoch für das nächste halbe Jahr keinesfalls zu rechnen. Es wird daher vorläufig von einer Weiterverfolgung des Planes abgesehen.

H. Hofmeister

Abteilung VI
Ernährung und Landwirtschaft
VI - R/3 - 88/45 g

Prag, den 16. Februar 1945.

Geheim

An den
Chef des Ministeramts

im Hause.

Betrifft: Vortrag des Abteilungsleiters VI bei dem Herrn
Staatsminister am 15.2.1945.

- 4.) Im Hinblick auf die allgemein zu erwartenden Rationskürzungen wünscht der Herr Staatsminister, daß gegen den Rationssatz für Selbstversorger nach Verpflegungssatz IV angegangen wird. Es soll der Entwurf eines Schreibens an Reichsminister Backe vorgelegt werden.

F. B. ...

Abteilung VI
Ernährung und Landwirtschaft
VI - R/3 - 42/44 g

132
Prag, den 28. III. 1944

Geheim

An den
Chef des Ministeramts
im Hause.

Ministeramt

29. MRZ. 1944

Betrifft: Vortrag des Abteilungsleiters VI bei dem Herrn
Staatsminister am 27.3.1944.

2.) Ich habe den Herrn Staatsminister unterrichtet, daß
Minister H r u b ý in letzter Zeit versucht, sich stärker

in

in Personalfragen einzuschalten und insbesondere bestrebt ist, Angehörige der früheren Agrarpartei im Verband der Land- und Forstwirtschaft und angeschlossenen Organisationen möglichst verdienstgünstig zu placieren. Der Herr Staatsminister hat angeordnet, diese Entwicklung zu beobachten und die Beamten nach ihren Fähigkeiten und sonstigen Eignung zu beurteilen und sich nötigenfalls gegen ihr Willen des Ministers zu halten, die Eignung zu verändern.

1529

Prin Kongsang.

Si 1074.44.



57300

Jgestar



Geheim

An den
Chef des Ministeramts
im Hause.

Ministeramt

29. MRZ. 1944

Betrifft: Vortrag des Abteilungsleiters VI bei dem Herrn
Staatsminister am 27.3.1944.

- 1.) Der Herr Staatsminister hat sich mit folgender Änderung
der Fettversorgung für Normalverbraucher in der 61., 62.
und 63. Versorgungsperiode einverstanden erklärt:

61. Versorgungsperiode

- a) anstelle von 140 g Butter werden 150 g "fettes Schweine-
fleisch" ausgegeben,
b) 80 g Schweinerohfett werden durch 100 g "fettes
Schweinefleisch" ersetzt,
c) Zuteilung von Margarine wie bisher 485 g
Gesamtfettzuteilung in der 61. Versorgungsperiode 735 g

62. Versorgungsperiode

- a) Butter wird in voller Höhe mit 140 g ausgegeben,
b) anstelle von 80 g Schweinerohfett 100 g "fettes Schweine-
fleisch",
c) anstelle von 485 g Margarine wie bisher 335 g Margarine
und 150 g "fettes Schweinefleisch"
Gesamtfettzuteilung in der 62. Versorgungsperiode 725 g

63. Versorgungsperiode

- a) Butter wird in voller Höhe mit 140 g ausgegeben,
b) anstelle von 80 g Schweinerohfett 100 g "fettes Schweine-
fleisch",
c) anstelle von 485 g Margarine wie bisher 335 g Margarine
und 250 g "fettes Schweinefleisch" 250 g
Gesamtfettzuteilung in der 63. Versorgungsperiode 725 g

1339 pinn dokyany. /
Kü 94.44



57299

Abteilung VI
Ernährung und Landwirtschaft
VI - R/3 - 42/44 g

134
Prag, den 28. III. 1944

Geheim

An den
Chef des Ministeramts
im Hause.

Minister

29. MRZ. 1944

Betrifft: Vortrag des Abteilungsleiters VI bei dem Herrn
Staatsminister am 27.3.1944.

Ich habe den Herrn Staatsminister gebeten, die Angelegenheit
Febrans, Firma Omnipol A.G., einer baldigen Klärung
zuzuführen, da ich die Bemerkungen, die Febrans hinsichtlich
meiner Person gemacht haben soll, nicht auf sich beruhen las-

F. G. G.

1349 juun Hongary. / ki 1944

Jgestat

Jgestat



57298

Jgestat

Jgestat

11 - R/3 - 18/44 g

Prag, den 3. Februar 1944.

135

Geheim

An den
Chef des Ministeramts

im Hause.

Ministeramt

Eing.: -4. FEB. 1944

Vermerk über die Besprechung mit dem Herrn Staatsminister
am 3.2.1944 um 17 Uhr.

- 1.) Daß von Rechtsanwalt Dr. Krüger über slowakische Unterhändler angebahnte Zuckersirup- und Zuckergeschäft in einer Gesamtmenge von 6.100 t Zucker bzw. Zuckersirup soll durchgeführt werden. Der voraussichtliche Erlös von Schw.Frs. 6,500.000.- ist zur Verfügung des Herrn Staatsministers sicherzustellen. Bei dem Verkauf sind die Bedingungen des Fernschreibens des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 31.1.1944, gez. Riecke, zu beachten.
- 2.) Erörterung des Fernschreibens des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 2.2.1944, gez. Riecke, über die Versorgung des Protektorates mit Fett und Butter. Das Fernschreiben trägt den augenblicklichen Bedürfnissen des Protektorates Rechnung. Über die endgültige Klärung der Fettzuweisungen an das Protektorat soll in Kürze Führerentscheidung herbeigeführt werden.
- 3.) Zu dem Schreiben des Dr. Hans Febrans vom 21.1.1944 wurde von dem Herrn Staatsminister entschieden, daß von der Einholung einer Zustimmung in Berlin zum Schwarzverkauf von Schweizer Franken in Rumänien und Benachrichtigung des Herrn v. Killing mit Rücksicht auf die gelegentliche Unterrichtung des Führers durch den Herrn Staatsminister abgesehen werden soll.
- 4.) Der Herr Staatsminister wurde darauf hingewiesen, daß nach einem Bericht des zuständigen Sachbearbeiters Kottling die Versorgung der Arbeiter der Škoda-Werke mit Schwer-, Schwerst- und Langarbeiterkarten nicht den Verordnungen entspricht.

1359

Grill
l

spricht. Der Herr Staatsminister hat den Bericht zur Besprechung mit dem Rüstungsobmann Dr. Adolf zurückbehalten. Der Bericht soll nach dieser Besprechung der Abteilung VI wieder zugestellt werden.

5.) Unterrichtung des Herrn Staatsministers über die Schwierigkeiten in der Kartoffelversorgung zum Frühjahr 1944. Der Frühjahrsbedarf ist unter Ausschaltung der Wehrmacht erst mit ca. 25 % gedeckt. Bei einem Ersatz der fehlenden Kartoffelmenge in Höhe von ca. 95.000 t im Verhältnis 1 : 5 durch Getreide würden ca. 20.000 t Getreidenährmittel sicherzustellen sein.

6.) Unter Bezugnahme auf die Bemerkung des Herrn Staatsministers zu meinem Bericht an den Chef des Ministeramts über die Gemüseversorgung des Stadtgebietes Mähr.-Ostrau vom 29.1.1944 habe ich eine eingehende Begründung dafür abgegeben, warum Redewendungen wie "soll" und "angeblich" von mir gebraucht werden mußten. Um der Weisung des Herrn Staatsministers Rechnung zu tragen, wird ORR Lindemann zur Besprechung von mir nach Prag bestellt werden.

7.) Nach den Meldungen der Evidenzaufkäufer für Getreide beträgt die Erfüllung der Lieferungserwartung im Durchschnitt des Protektorates im Vergleich zu den in der Verwaltung des Bodenamts stehenden Gütern

| | | | |
|--------------------|--------|----|---------|
| bei Weizen | 95,1 % | zu | 111,8 % |
| bei Roggen | 91,3 % | zu | 106,4 % |
| bei Mohn | 74,8 % | zu | 102,1 % |
| bei Sommergetreide | 95,3 % | zu | 56,9 % |

Die letzteren Zahlen sind zum Vergleich nicht geeignet, da die Bodenamtsgüter vorwiegend Saatgut von Sommergetreide anbauen, das noch nicht zur Ablieferung gelangte.



F. J. ...

Jan Vojny

Abteilung VI
Ernährung und Landwirtschaft

136-1
Prag, den 20. III. 1944

VI - R/3 - 38/44 g.

Geheim

Ministeramt

Eing.: 21. MRZ. 1944

An den
Chef des Ministeramts
im Hause.

Betrifft: Vortrag des Abteilungsleiters VI bei dem
Herrn Staatsminister am 17.3.1944.

Anlage: 1 Übersicht.

- 7.) Nach den mir gewordenen Mitteilungen sind in Transnistrien 4.000 t Sonnenblumenkerne abgeschlossen worden. Der Transport wurde auf dem Wasserwege eingeleitet. Die Transporte sollen . auf dem Schwarzen Meer durch Feindeinwirkung gefährdet sein. Nach langwierigen Verhandlungen konnte eine Transportversicherung abgeschlossen werden, die sich voraussichtlich auf über 10 % des Warenwertes stellen wird.

Der Abteilungsleiter V

Prag, den 12. Februar 1944.

- Nr.V - 57/44 g -

Geheim

An

W-Obergruppenführer Staatsminister F r a n k .

Betrifft: Ausländereinsatz im übrigen Reichsgebiet,
hier: zahlenmässige Ergebnisse.

Das Generalreferat V 2 ist von mir angewiesen worden, auf Grund des Schreibens des Reichsministers und Chefs der Reichskanzlei vom 8. Januar 1944 - Rk.92 C - betr.Arbeitseinsatz 1944 jeweils festzustellen, wieviele ausländische Arbeitskräfte monatlich tatsächlich gewonnen wurden.

Die mir heute vorgelegte Meldung übertrifft meine Befürchtungen erheblich.

Zum Vergleich 2.12.45
mm

13691

Der Abteilungsleiter V

- Nr. V - 57/44 -
Danach wurden u. a. im Monat Januar 1944 gewonnen:

Geheim

aus Italien statt 250 000 3 341

aus Frankreich statt 91 000 2 584.

[Handwritten signature]



57298

[Handwritten note]
Für den V. 57/44

Abteilung VI
Ernährung und Landwirtschaft
VI - R/3 - 38/44 g.

Prag, den 20. III. 1944

Geheim

Ministeramt

Eing.: 21. MRZ. 1944

An den
Chef des Ministeramts
im Hause.

Betrifft: Vortrag des Abteilungsleiters VI bei dem
Herrn Staatsminister am 17.3.1944.

Anlage: 1 Übersicht.

- 8.) Nach Mitteilung von Generalreferent M ü l l e r , Berlin, vom 16.3.44 beabsichtigt das Reich, von der 61. Versorgungsperiode ab anstelle von Fett im Verhältnis 1 : 1 Schmalzfleisch auszugeben. Berlin ist bereit, die vom Protektorat beantragte Buttermenge von 1.325 t zur Verfügung zu stellen, weiterhin in der Höhe des Bedarfes anstelle von Fett Schmalzfleisch. Der Herr Staatsminister hat sich mit diesem Austausch unter der Bedingung einverstanden erklärt, daß er auch im Reich erfolgt.

1379

prim forgy aug.

Wetterforgy aug.

Dec 1944



Abteilung VI
Ernährung und Landwirtschaft
VI - R/3 - 38/44 g.

Prag, den 20. III. 1944

Geheim

Ministeramt

Eing.: 21. MRZ. 1944

An den
Chef des Ministeramts
im Hause.

Betrifft: Vortrag des Abteilungsleiters VI bei dem
Herrn Staatsminister am 17.3.1944.

Anlage: 1 Übersicht.

- 9.) Dem Herrn Staatsminister wurde ein Vermerk des Vorstandsmitgliedes der Ein- und Ausfuhrstelle Gebhardt über Auslassungen des Dr. Febrans, Firma OMNIPOL A.G., Prag, übergeben.



1389

pin kangas.

Lu 194.44.

Abteilung VI
Ernährung und Landwirtschaft

139
Prag, den 20. III. 1944

VI - R/3 - 38/44 g.

Geheim

Ministeramt

An den
Chef des Ministeramts

Eing.: 21. MRZ. 1944

im Hause.

Betrifft: Vortrag des Abteilungsleiters VI bei dem
Herrn Staatsminister am 17.3.1944.

Anlage: 1 Übersicht.

- 6.) Das Reich hat in Spanien 53.000 t Apfelsinen abgeschlossen, wovon dem Protektorat nach der bisherigen Schlüsselung 3.700 t zustehen. Nach Mitteilungen aus der Schweiz sollen hiervon 50 % zur Verladung freigegeben worden sein, jedoch nicht für das Protektorat. Ebenso wurden 5.000 t Zitronen abgeschlossen, wovon dem Protektorat 350 t zustehen würden. Laut Weisung des REM soll das Protektorat bei der Zitronenzuteilung nicht berücksichtigt werden. Die Apfelsinen sind dem Vernehmen nach lediglich für die luftgefährdeten Gebiete vorgesehen. Ich habe das Vorstandsmitglied der Böhmisch-Mährischen Ein- und Ausfuhrstelle G e b h a r d t beauftragt, in Berlin hiergegen vorstellig zu werden.

1309 p. m. Hongkong

10/4/44 Sei



57292

Abteilung VI
Ernährung und Landwirtschaft

140
Prag, den 20. III. 1944

WI - R/3 - 38/44 g.

Geheim

Ministeramt

Eing.: 21. MRZ. 1944

An den
Chef des Ministeramts
im Hause.

Betrifft: Vortrag des Abteilungsleiters VI bei dem
Herrn Staatsminister am 17.3.1944.

Anlage: 1 Übersicht.

- 3.) Der Herr Staatsminister wurde darüber unterrichtet, daß auf Wunsch von Berlin und mit Rücksicht auf das geringe Preisgebot der Schweiz das Angebot über 5.000 t Zucker storniert wurde.

1400 ринн дотг аур.

Кү 10/4.44



57291

Abteilung VI
Ernährung und Landwirtschaft
VI - R/3 - 38/44 g.

141
Prag, den 20. III. 1944

Geheim

Ministeramt

Eing.: 21. MRZ 1944

An den
Chef des Ministeramts
im Hause.

Betrifft: Vortrag des Abteilungsleiters VI bei dem
Herrn Staatsminister am 17.3.1944.

Anlage: 1 Übersicht.

- 4.) Der Herr Staatsminister wurde über die unzulängliche Bereitstellung von Eisenbahnwaggons unterrichtet. Besondere Schwierigkeiten ergeben sich in der Beförderung von Fleisch, Saatgut und Dünger. Von dem Bedarf von 500 Wagen je Woche zur Fleischbeförderung wurden in der vergangenen Woche 88 Wagen nicht beigestellt. Die Fleischversorgung wird z.Zt. dadurch sichergestellt, daß nicht mehr lebendes Vieh, sondern auf auswärtigen Schlachthöfen geschlachtetes Vieh nach Prag eingeführt wird. Dadurch beträchtliche Ersparnis an Beförderungsmitteln. Diese Lösung dürfte lediglich für die kühlere Zeit möglich sein.

141^a p^{re} l^{og}g^{an} / 11-9-44



57290

142

Abteilung VI
Ernährung und Landwirtschaft
VI - R/3 - 38/44 g.

Prag, den 20. III. 1944

Geheim

Ministeramt
Eing.: 21. MRZ. 1944

An den
Chef des Ministeramts
im Hause.

Betrifft: Vortrag des Abteilungsleiters VI bei dem
Herrn Staatsminister am 17.3.1944.
Anlage: 1 Übersicht.

2.) Der Trinkmilchverbrauch der Stadt Prag hat sich gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres um 40.000 l täglich erhöht. Die Milcherfassung ist um ca. 30.000 - 36.000 l niedriger geworden. Gegenüber dem Vorjahre müssen also täglich 70 - 80.000 l Milch mehr aus Landmolkereien nach Prag gebracht werden. Der Trinkmilchbedarf der Prager Molkereien beträgt 256.000 l, das Aufkommen jedoch nur 240.000 l. Die Fehlmenge von 16.000 l soll wie folgt gedeckt werden:

- Verringerung der Zuteilung an Werksküchen um 50 % = 2.000 l,
- Einstellung der Lieferung an Gaststätten u. Kantinen ... 5.000 l,
- Herabsetzung der wöchentlich 7 Zuteilungen von entrahmter Frischmilch an Normalverbraucher auf 6 Zuteilungen 9-10.000 l.

Der Herr Staatsminister hat sich mit Rücksicht auf die Notlage bis auf weiteres mit dieser Maßnahme einverstanden erklärt. Dem Minister für Land- und Forstwirtschaft soll auferlegt werden, sich für eine bessere Milchanlieferung seitens der Erzeuger einzusetzen unter der Androhung, daß bei weiterer Verschlechterung lediglich die Versorgung der Deutschen und der Industriearbeiter mit Milch durch den Marktverband sichergestellt würde.

142a

prim kongang

ku 10/4.44



57289

Auswärtiges Amt

Berlin, den 31. Januar 1944

Pol.VII 7639 g

Beheim

Im Anschluß an den Erlaß vom
31. Dezember 1943 - Pol I 9 g -

**Betr.: Die Besprechungen zwischen dem
Türkischen Staatspräsidenten und
den Alliierten in Kairo.**

Der Vertreter des Auswärtigen Amtes
in Rom, den 5. II. 1944
Anlagen: _____ Doppel: _____

Zur vertraulichen Information.

Am 4. Dezember begab sich der Türkische Staatspräsident İnönü auf Einladung der Nordamerikanischen, Britischen und Sowjetischen Regierung nach Kairo, um dort mit Roosevelt und Churchill zusammenzutreffen. In seinem Gefolge befand sich der Türkische Außenminister Menemencioglu, der Generalsekretär für Auswärtige Angelegenheiten Acikalin und eine Gruppe von 15 Beamten, unter denen militärische Sachverständige nicht vertreten waren. Die Türken reisten in Begleitung des Amerikanischen, Britischen und Sowjetischen Botschafters in Ankara. Die Besprechungen dauerten 3 Tage. Das gemeinsame Communiqué stellte fest, daß die

An

die Deutschen Botschaften
in Rom (Vat.), Ankara, Madrid, Paris

die Dienststelle Rahn

die Deutschen Gesandtschaften
in Bern, Lissabon, Stockholm, Budapest,
Bukarest, Sofia, Agram, Helsinki

den Bevollmächtigten des Reichs in Athen

die Dienststelle des Auswärtigen Amts in Belgrad

die Deutschen Generalkonsulate
in Barcelona, Istanbul, Tirana,

den Vertreter des Auswärtigen Amts
beim Reichskommissar Ostland, Riga

den Vertreter des Auswärtigen Amts
beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren, Prag III

den Vertreter des Auswärtigen Amts bei der
Deutschen Waffenstillstandskommission, Wiesbaden

- je besonders -

NR. 13 / 44 g.Rs.

Abteilung IV (Kulturpolitik)

Eing. am 1. II. 1944

Anlagen: A.3. & A.18-529/44g

*Stoffstück für
Gen. H. L. d. Hoff
8. g. d. d. d.*

Lut. Rahn 87/2

die Teilnahme Inönüs ein klares Beweis für die Kraft des Großbritannien und die Türkei verbindenden Bündnisses und für die feste Freundschaft sei, die zwischen dem türkischen Volk, den USA. und der Sowjetunion bestehe. Es habe sich gezeigt, daß zwischen den USA., der Türkei und Großbritannien in ihrer Haltung der Weltlage gegenüber engste Einigkeit herrsche. Die Identität der Interessen und Ansichten der großen Demokratien USA. und England mit denen der Sowjetunion sowie auch die Beziehungen traditioneller Freundschaft zwischen diesen Mächten und der Türkei seien während der Besprechungen erneut festgestellt worden.

Nach Abschluß der Konferenz betonte der Türkische Außenminister zu wiederholten Malen, die türkische Politik bleibe unverändert. Er stellte diese Feststellung immer wieder in den Vordergrund, wenn von den Vertretern der Presse versucht wurde, Näheres über die Folgen der Konferenz für das zukünftige türkische Verhalten zu ergründen. In seinem der türkischen und feindlichen ausländischen Presse gewährten Interview führte er aus, das türkisch-britische Bündnis sei aus der Konferenz "verstärkt" hervorgegangen. Die türkische Politik bleibe grundsätzlich unverändert. Die Verstärkung der Allianz mit England vollziehe sich nur in diesem Rahmen, der der türkischen Außenpolitik allgemein gesteckt sei.

"Unsere Besprechungen waren so intim und so weitreichend, daß wir auch sagen können, unsere Beziehungen zu den USA. und Rußland seien fast so herzlich und stark wie diejenigen zu England. Wir haben alle Aspekte mit einer manchmal brutalen Offenheit, jedoch mit Verständnis geprüft. Wir haben vieles erfahren, was wir nicht wußten, Unsere Freunde wiederum haben auch Dinge, die ihnen unbekannt waren, zur Kenntnis genommen. Wir haben uns ihnen genähert und sie haben sich uns genähert, damit wir einander besser verstehen in unseren Interessen und Möglichkeiten." (Transkontinent)

Auf die Frage eines deutschen Journalisten, ob die Entwicklung der Beziehungen zu Rußland etwa auf neuen Mitteilungen über die Meinung Stalins zur Neuordnung Europas und des Nahen Ostens beruhe, antwortete Numan:

"Die Frage berührt den Kernpunkt unserer Besprechungen. In Kairo haben wir alle Fragen erschöpfend behandelt, die den Krieg und die Nachkriegszeit betreffen. Im Rahmen der materiellen Außenpolitik der Türkei wurden auch die Beziehungen zu Rußland verstärkt, mit dem wir übrigens nie eine Reibung hatten. Bei Behandlung der Gesamtsituation haben wir auch das russische Problem

Problem besprochen, wobei die Engländer von den Russen bevollmächtigt waren, für diese zu sprechen".

x x

x

Die Feinde haben sich nach dem Zusammentreffen in Kairo bemüht, in Reden und Verlautbarungen die Haltung der Türkei als die eines treuen Bundesgenossen hinzustellen, dessen Sympathien seit jeher eindeutig auf Seiten der "Vereinigten Nationen" lägen. Die Türkei sei "nichtkriegführend" und habe ihrer moralischen Einstellung nunmehr erneut unzweideutig Ausdruck verliehen. Der Augenblick, in dem sie sich zum aktiven Eingreifen in den Kampf gegen die Achsenmächte entschließen könne, werde kommen und sei zweifellos nicht mehr allzufern. Die Teilnahme Rußlands an der Konferenz und der herzliche Verlauf der Besprechungen habe gezeigt, daß auch die türkische Besorgnis über den Umfang der russischen Ausdehnungsbestrebungen nunmehr gebannt sei. Damit komme der Konferenz historische Bedeutung zu.

Dieses von der feindlichen Seite der Welt suggerierte Bild steht in vollem Gegensatz zu der uns bekannt gewordenen Auffassung der türkischen Staatsmänner, wie sie von ihnen gelegentlich geradezu mit Leidenschaft vertreten und interpretiert worden ist und wie sie aus zuverlässigen Quellen bestätigt wird. Eine nüchterne Erwägung der Lage muß in der Tat zu ganz anderen Ergebnissen kommen.

Die Communiqués und Presseinterviews vermögen nicht darüber hinweg zu täuschen, geben vielmehr hier und da einen Anhaltspunkt dafür, daß die Besprechungen in Kairo einen zeitweise geradezu dramatischen Verlauf genommen haben müssen. Hatte der Türkische Außenminister Numan Memencioglu nach den Novemberbesprechungen, die er mit Eden nach der Moskauer Konferenz gleichfalls in Kairo führte, berichten können, Eden habe das Thema des türkischen Kriegseintritts vorsichtig angeschnitten, nichts "gefordert" sondern nur "angeregt" und "gebeten", so zeigen die Nachrichten über das Kairotreffen vom 4. bis 6. Dezember, welches also der Konferenz von Teheran folgte, daß nunmehr massiver Druck von Seiten der Feindmächte für angängig und angebracht erachtet wurde. Numans Schilderung der Presse gegenüber, man habe die Erörterung gelegentlich mit brutaler Offenheit geführt und habe sich gegenseitig Dinge erzählt, die der andere Teil nicht gewußt habe, spricht schon Bände. Vertrauliche Meldungen besagen, der Türkische Staatspräsident sei von der Atmosphäre in Kairo entsetzt gewesen und habe bedauert, persönlich erschienen zu sein. Das perniziöse Spiel der Gegner ist in Kairo also ganz offenbar geworden.

Hatte

Hatte das Ergebnis der Moskauer Konferenz noch eine rücksichtsvolle Behandlung des türkischen Bündnispartners angezeigt erscheinen lassen, so entschleierte Kairo, daß die Großmächte sich in Teheran offenbar handelseinig geworden waren. Die nunmehr unverhohlen von den drei Mächten gemeinsam erhobene Forderung auf Eintritt der Türkei in den Krieg ließ weitgehende Schlüsse auf den in Teheran eingegangenen Kuhhandel zu.

Die solidarische Forderung der drei Großmächte auf Eintritt der Türkei in den Krieg konnte von den Türken nur als ein Abrücken der englischen Politik von ihrer traditionellen Linie gedeutet werden. Man muß sich vergegenwärtigen, daß der britisch-französisch-türkische Vertrag von 1939 noch eine "Rußlandklausel" vorgesehen hatte, der zufolge die Türkei nicht gezwungen war, den Westmächten beizustehen, sofern sie hierdurch mit Rußland in Konflikt geraten könnte, eine Klausel, auf die sich die Türkei zum Mißfallen der Sowjetunion in den ersten Kriegsjahren unablässig berufen hatte. In türkischen Regierungskreisen mußte nun festgestellt werden, daß England Osteuropa und damit auch die Meerengen offensichtlich abgeschrieben habe. Man hatte der Türkei anscheinend die Rolle zgedacht, eine Aktion auf dem Balkan einzuleiten, um die Verbündeten Deutschlands zum Abfall zu bringen. Hierdurch sollte die ohne entscheidende strategische Erfolge mit ungeheuren Blutopfern gegen die deutsche Ostfront anrennende Sowjetunion Entlastung und Hilfe finden, während sich die Westmächte im Falle eines Erfolges dieser Balkanaktion vielleicht sogar der Notwendigkeit entziehen konnten, eine zweite Front zu errichten. Das für die Türkei äußerst unerfreuliche Bild wird noch abgerundet durch die Tatsache, daß die Engländer und Amerikaner sich den Türken gegenüber offenbar außerstande erklärt haben, Garantien gegen Rußland zu geben. Man verwies die Türkei auf den Weg unmittelbarer Verhandlungen mit der Sowjetunion, nicht ohne durchblicken zu lassen, daß die türkische Waffenhilfe wertlos werde und man die Türkei ihrem Schicksal überlassen müsse, wenn sie sich nicht bis zum Frühjahr entscheide.

Dieser für die Türkei recht trostlose Aspekt der politischen Situation zeigt auf der anderen Seite mitleidlos die Schwächen sowohl der russischen als auch der englischen Lage. Beide Partner dokumentieren hiermit, daß sie sich nicht allein, sondern nunmehr gemeinsam imstande fühlen, den Krieg erfolgreich zu beenden. Das bedeutet das Eingeständnis der Sowjetunion, die deutsche Ostfront nicht niederringen zu können. Es zeigt andererseits den Versuch des britischen Weltreiches, seine Position durch Auslieferung eminent wichtiger Belange an den historischen Gegner zu retten, dessen weitere Hilfe ihm zur Existenzfrage geworden ist.

In

In diesem Zusammenhange sei erwähnt, daß in Kairo im Kreise der Feindmächte nach den vorliegenden Meldungen anüsante Unterschiede in der Tonart bemerkt werden konnten, in der die gemeinsame Forderung auf Eintritt der Türkei in den Krieg vorgebracht wurde. Die bei den Novemberbesprechungen noch so vorsichtig vorgehenden Engländer führen angesichts der erneuten türkischen hartnäckigen Ablehnung aus der Haut und versuchten erfolglos, mit Einstellung der Kriegsmaterial-Lieferungen zu drohen, da sonst nur der Verdacht Moskaus genährt werde, England wolle die Türkei gegen die Sowjetunion aufrüsten. Demgegenüber trug Roosevelt immerhin einiges Verständnis für die türkischen Argumente zur Schau. Seine enge Fühlungnahme mit den türkischen Staatsmännern wurde von den Engländern mit scheelen Blicken verfolgt und nach Möglichkeit gestört. Was den sowjetischen Vertreter Wyschinski anlangt, so traf er post festum in Kairo ein, sodaß Numan der Presse später erklären mußte, die Sowjetunion sei auch ohne Wyschinski bei den Besprechungen anwesend gewesen.

Das Verlangen der Feindmächte auf Eintritt der Türkei in den Krieg ist auf der Konferenz selbst und später von Ankara aus in aller Form mit der Begründung abgelehnt worden, daß

- 1) die innen Lage der Türkei
- 2) der mangelhafte Stand der türkischen Aufrüstung
- 3) die ungeklärte Politik der Alliierten auf dem Balkan

einen solchen Schritt unmöglich mache. Insbesondere sei der Ausbau der Flugplätze und des Luftschutzes völlig unzureichend angesichts der Gefahr, daß der Kriegseintritt oder auch nur die Abgabe von Flugplätzen an die Feinde von den Achsenmächten mit einem Angriff beantwortet werde.

Die durch die Konferenz von Kairo entstandene Konstellation hat schlagartig beleuchtet, in welcher gespannten Lage und geradezu historische Krise die Türkei durch das britische Bündnis von 1939 geführt worden ist. Sie ist sich darüber im klaren, daß ein Kriegseintritt auf Seiten der Feinde sie nicht vor den Klauen der Sowjetunion wird retten können, daß auch jede englisch-amerikanische Garantie wertlos sein müßte, wenn sie überhaupt zu erreichen wäre. Wenn die Türkei eine europäische Macht und Herr der Meerengen bleiben will, dann ist es für sie unerläßlich, daß der Balkan von russischem Einfluß frei bleibt. Da aber der Balkan von den Westmächten ebenso wie der nördliche Teil Irans den Bolschewisten freigegeben zu sein scheint, alle übrigen türkischen Grenzländer

Grenzländer einschließlich Syriens nunmehr aber englische Interessensphäre geworden sind, bleibt der Türkei zunächst kein anderer Weg, als das Spiel zu spielen, das die Situation ihr aufdrängt. Dieser Weg - das sagt die nüchterne Überlegung - muß sich etwa folgendermaßen darstellen:

Die Türkei wird weiterhin alles aufbieten, um dem Kriege fern zu bleiben und sich dem Druck der Feindmächte mit dem Argument entziehen, daß sie zurzeit militärisch einem blitzartigen Zuschlage Deutschlands und seiner Bundesgenossen niemals gewachsen sein könnte. Sie wird ihre Bündnispflichten den Engländern gegenüber anerkennen, aber immer neue Gründe suchen, um einen Kriegseintritt aufzuschieben. Sie wird umfangreiche Kriegsmaterial-Lieferungen zur Erzielung ihrer vollständigen Aufrüstung verlangen, da sie weiß, daß diese, ohne Berücksichtigung der Ausbildung, länger als ein halbes Jahr in Anspruch nehmen. Sie wird keinen Zweifel aufkommen lassen, daß jede gewaltsame Besetzung türkischen Gebietes und türkischer Flugplätze die türkische Ehre herausfordern. Sie wird versuchen müssen, ihre Politik der Sowjetunion gegenüber neu zu orientieren und die Wiederherstellung eines vertrauensvollen Verhältnisses zu Rußland auf der Basis der Besprechungen von Kairo auf alle Fälle anzubahnen, ohne indessen die geheime Hoffnung aufzugeben, daß es der deutschen Ostfront gelingen möge, dem russischen Ansturm im Interesse der Zukunft des Balkan standzuhalten, des Balkan, auf dem eine führende Rolle zu spielen ihr eine Lebensfrage bedeutet.

Für die heutige politische Situation der Türkei ist die Äußerung eines türkischen Diplomaten kennzeichnend, der ausführte, es werde interessant sein zu sehen, ob die englischen Waffenlieferungen auch trotz des Nichteintritts der Türkei in den Krieg anhalten würden. Sei das der Fall, dann sei das ein gutes Zeichen; das bedeute ein Abrücken der Engländer von den Russen in der türkischen Frage.

Die etwas pythische, aber ständig wiederholte Äußerung Numans, die Außenpolitik der Türkei bleibe grundsätzlich unverändert, gewinnt ihren Sinn. Die Türkei erkennt ihre Verpflichtungen aus dem britischen Bündnisvertrage an, um nicht mit England zu brechen; sie stellt jedoch gleichzeitig fest, daß die militärischen und moralischen Voraussetzungen für einen Kriegseintritt nach wie vor fehlen.

Im Auftrag

Henke

III. Rücküberführung von tschechischen Arbeitern aus dem Reich in das Protektorat.

Der Führer hält es für möglich, daß tschechische Arbeiter im übrigen Reichsgebiet, die dort bei total bombengeschädigten Betrieben arbeitslos werden und bisher von den zuständigen Arbeitsämtern sofort

wiederum innerhalb des übrigen Reichsgebiets arbeitsvermittelt wurden, in das Protektorat rücküberführt werden könnten. Diese Angelegenheit ist jedoch nur im Einvernehmen mit Reichsminister Speer zu lösen und ihre Regelung an die Zustimmung Speers gebunden.

Ich teilte dem Führer den Inhalt einer mir von der Parteiverbindungsstelle in Böhmen und Mähren zugegangenen Niederschrift mit und gab bekannt, daß im Protektorat selbst keine "Erneuerungsbewegung" bestände und ich auch nicht die Absicht hätte, eine solche aufzuziehen, da ich bisher meine Politik vornehmlich mit den alten liberalen und demokratischen Elementen, Verbänden und Gruppen aus den ehemaligen tschecho-slowakischen Parteien gemacht habe. Aus diesem Grunde sei ich an der Veranstaltung dieses Kongresses in Prag desinteressiert und würde seine Abhaltung im Protektorat für

VI. Europäischer Kongreß.

Ich teilte dem Führer den Inhalt einer mir von der Parteiverbindungsstelle in Böhmen und Mähren zugegangenen Niederschrift mit und gab bekannt, daß im Protektorat selbst keine "Erneuerungsbewegung" bestände und ich auch nicht die Absicht hätte, eine solche aufzuziehen, da ich bisher meine Politik vornehmlich mit den alten liberalen und demokratischen Elementen, Verbänden und Gruppen aus den ehemaligen tschecho-slowakischen Parteien gemacht habe. Aus diesem Grunde sei ich an der Veranstaltung dieses Kongresses in Prag desinteressiert und würde seine Abhaltung im Protektorat für geradezu verfehlt halten. Anders würde ich die Sachlage beurteilen, wenn etwa einmal ein Kongreß europäischer Nationen im Protektorat auf anderer Basis und mit anderem Inhalt stattfinden solle. Der Führer pflichtete meiner politischen Einstellung hierszu ausdrücklich bei. Die Angelegenheit wird von Reichsleiter

VII. Kriegsverdienstkreuze I.Klasse ohne Schwerter.

Unter Hinweis auf die bisherigen guten Kriegseleistungen Böhmen und Mährens bat ich den Führer, eine etwas größere Anzahl von Kriegsverdienstkreuzen I.Klasse ohne Schwerter für meine Arbeitskameraden bewilligt zu erhalten, zumal in meinem Ministerium bisher in ganzen nur 5 Stück zur Verteilung gelangt seien. Der Führer genehmigte meine Bitte. Reichsleiter Bormann ersuchte mich um sofortige Übersendung meiner Vorschlagsliste, damit die Auszeichnungen bis zum 30. Januar 1944 übergeben werden könnten.

Übersicht mit dem Führerprotokoll vom 26. I. 1944

153

Hinsichtlich der noch offenen Angelegenheit der Ausübung des Gnadenrechtes im Protektorat teilte mir Reichsleiter Bormann mit, daß die Angelegenheit vor kurzem vom Führer im Sinne des hies. Vorschlages entschieden worden sei und eine Verständigung durch Reichsminister Dr. Lammers an mich unterwegs wäre. Ferner teilte mir Reichsleiter Bormann mit, daß der Haushaltsplan des Deutschen Staatsministeriums ebenfalls in Kürze einer günstigen Erledigung zugeführt werde.

- - -



Prag, den 29. Januar 1944.